



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„...development is possible,
if only we do the right thing.“

Britischer Kolonialismus im Uganda der 1930er
Jahre und seine Beiträge zur Universalisierung
eines Konzepts.

Verfasser

David Schlauß

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Mag. Dr. Gerald Hödl

Danksagung

Am Ende des Schreibprozesses angekommen,
finden sich also auch am Anfang meiner Diplomarbeit
ein paar Worte des Danks

an Martina und Walter vom Forschungsprojekt „Colonial Concepts of Development“
(welches mich finanziell unterstützt und zwei Archivaufenthalte
in London finanziert hat)

an Gerald, der zwar ebenfalls Projektmitarbeiter, vor allem aber mein Betreuer ist und
der damals, wie er meinte, über seinen Schatten springen musste, um
die Betreuung einer Diplomarbeit anzunehmen – es ist ein
langer Schatten geworden. Danke für die unermüdliche
Unterstützung, Deine Geduld und Gesellschaft!

an Miša, die am unmittelbarsten meinen Stress zu spüren bekommen, doch mich zu
jeder Zeit (auch inhaltlich) unterstützt hat.

an meinen Vater, der sich die Mühe gemacht hat, diese Arbeit zu korrigieren.

an diejenigen, die während dieser Zeit ihr Leben mitunter mit mir geteilt haben –
Flo, Korbinian, Magda, Maurizio und Stefan.

an Angelika, Heinz-Georg, Helmut, Johanna, Johannes, Josephine, Renate,
Sebastian und Sophia, denen diese Arbeit gewidmet ist.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	2
Inhaltsverzeichnis	3
1. Einleitung.....	5
2. Entwicklung und Kolonialismus.....	23
2.1 Das „größere Gut“ und die europäische Expansion seit dem 16. Jahrhundert	23
2.2 Der Kolonialismus als das „Andere“ von Entwicklung(sdiskursen)?	26
3. Historischer Kontext I: British Empire und koloniale Entwicklung.....	35
3.1 Die Inwertsetzung der Kolonien als „Zivilisierung“ und „Entwicklung“	37
4. Historischer Kontext II: “We do not value Uganda for what she is, but for what she might become.”	46
4.1 Rahmenbedingungen kolonialer Machtergreifung	46
4.2 Der Kolonialstaat und das Credo der finanziellen Unabhängigkeit der Kolonien	48
4.3 Die koloniale Ökonomie Ugandas	50
4.4 Entwicklungsexkurs: Krankheit und Demographie.....	54
5. Bedrohungsszenarien und die Machbarkeit ordnender Entwicklung	57
5.1 Die 1930er Jahre: Diversifizierung kolonialstaatlicher Entwicklungsansätze	58
5.2 „Entwicklung“ als eine sinnstiftende Kategorie der Kolonialadministration.....	62
5.3 Ökologischer Kollaps - das koloniale Projekt an den Grenzen seines „natürlichen“ Wachstums.....	67
5.4 Der „Report of the Development Committee“ (1936).....	75
5.4.1 Die drei Aufgabenbereiche des Komitees – Fragen der Priorität, Finanzierung und der Umsetzung von Projekten.....	75
5.4.2 „Entwicklung“ 1936	76
5.5 Die Unterbringung öffentlich Bediensteter: „...in which he can live his own life while remaining under control“?	79
5.6 Town Planning and Urban Development (1937) - „Die Gesundheit der Stadt“, die „Armen“ Kampalas und die ambivalente „Steigerung ihres Lebensstandards“	81
5.7 „Agricultural Survey“ at work I: Der „Interim Report of the Agricultural Survey Committee“ (1937)	90
5.8 „Agricultural Survey“ at work II: Das „Pilotprojekt Teso“ - die Grenzen des Wachstums, die Eingrenzung der Bevölkerung und die Entgrenzung kolonialstaatlicher Visionen	94

5.8.1 „Seeing Like a State“: die aufwändige Erfassung und Konstruktion des problematischen status quo	96
5.8.2 Reißbretter und Schachfiguren: über den Teso-Distrikt als „Pilotprojekt“ ..	100
6. Conclusio.....	109
7. Quellenverzeichnis	117
7.1 Primärquellen	117
7.2 Sekundärliteratur	121
8. Anhang	128
8.1 Zusammenfassung	128
8.2 Summary	129
8.3 Lebenslauf	130

1. Einleitung

Everywhere in the world today, what divides left and right, however defined, is not whether or not to develop, but which policies are presumed to offer most hope that this objective will be achieved. We are told that socialism is the road to development. We are told that *laissez-faire* is the road to development. We are told that a break with tradition is the road to development. We are told that a revitalised tradition is the road to development. We are told that industrialisation is the road to development. We are told that increased agricultural productivity is the road to development. We are told that delinking is the road to development. We are told that an increased opening to the world market (export-oriented growth) is the road to development. Above all, we are told that development is possible, if only we do the right thing.

(Wallerstein 1988: 2017)

Entwicklung ist, so verdeutlicht Wallerstein, ein Konzept, unter dem sich recht unterschiedliche und (größten)teils widersprüchliche Politikansätze subsumieren lassen können. Es handelt sich um einen Zugang zu den Nord-Süd-Beziehungen, der während des 20. Jahrhunderts zu solch einem Grad prägend wurde, dass das Öfteren von einer „Entwicklungsära“ die Rede ist. So beginnt beispielsweise das von Wolfgang Sachs herausgegebene „Development Dictionary“ mit der Aussage, dass „[t]he last 40 years can be called the age of development“ (Sachs 1992: 1).

Wichtiger noch als die spezifischen Inhalte, die Entwicklung in unterschiedlichen Kontexten zugeschrieben werden, so scheint Wallerstein nahezulegen, ist zunächst die Auffassung, dass Entwicklung machbar/möglich ist: „Above all, we are told that *development is possible, if only we do the right thing.*“ (Wallerstein 1988: 2017; Hervorh. DS) Gilbert Rist stellt indes die Frage, wie dies als notwendig erachtet werden konnte: „What is the origin of this collective task which, though constantly criticized for its lack of success, appears to be justified beyond all dispute?“ (Rist 2008: 1)

Nicht nur Wolfgang Sachs (s.o.) nimmt an, dass es sich bei der Entwicklungsära und dem Entwicklungsapparat (vgl. Ferguson 1994: 55ff.) um eine relativ rezente historische Entwicklung handelt, deren Entstehung zumeist mit dem „Truman-Jahr“ in Verbindung gebracht wird: „We propose to call the age of development that particular

historical period which began on 20 January, 1949, when Harry S. Truman for the first time declared, in his inauguration speech, the Southern hemisphere as ‚underdeveloped areas‘.“ (Sachs 1992: 2)

Hintergrund der Arbeit ist die Beobachtung, dass die Geschichte von Entwicklung und Entwicklungshilfe oftmals von historischen Prozessen kolonialer Herrschaft losgelöst geschrieben wird, eine Annahme, die mir durch das Forschungsprojekt „Colonial Concepts of Development in Africa (1920-1960)“, innerhalb dessen die Diplomarbeit entstanden ist, gewissermaßen mit auf den Weg gegeben wurde. Die grundlegende Aussage jenes Geschichtsverständnisses ist, dass sich hier zwei getrennte Epochen einander ablösen: der Kolonialherrschaft wäre die Entwicklungsära gefolgt (s. 2. Kapitel). Zur Diskussion steht letztlich, inwieweit das oben skizzierte gängige Geschichtsbild zutreffend ist und welche der grundlegenden kolonialen Annahmen ihre eigene Epoche überdauerten und Entwicklungskonzepte bis heute prägen.

Ein Blick in die (spät)koloniale Vergangenheit des British Empire zeigt, dass einige der Fragen, die nach dem Ende der Kolonialzeit innerhalb der heterogenen Entwicklungspolitik, -planung, -hilfe und -forschung behandelt wurden und nach wie vor werden, bereits so oder ähnlich von Kolonialbeamten formuliert wurden. Dies betrifft vor allem die Periode von ca. 1940 bis Anfang der 1960er Jahre, eine Phase kolonialer Herrschaft, die in der wissenschaftlichen Literatur unter dem Stichwort „Second Colonial Occupation“ thematisiert wird (vgl. Hodge 2007: 209). Hierunter wird ein historischer Prozess verstanden, der eine Ausweitung kolonialstaatlicher Aktivitäten und des kolonialen Verwaltungsapparats sah, eine verstärkte kolonialstaatliche Hinwendung zu Fragen sozialer Entwicklung („welfare“), die systematischere Erfassung der zu entwickelnden Ressourcen der kolonialen Territorien sowie das Aufkommen von Entwicklungsplanung.

Laut Cooper müsse es demnach um ein dynamisches Verständnis der Geschichte von Entwicklung gehen, „[a] dynamic view of development history [that] starts with the colonial period itself.“ (Cooper 2010: 9) Im Zusammenhang mit den unsicheren Zukunftsaussichten, denen die kolonialen Projekte – allen voran jene Frankreichs und Großbritanniens – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausgesetzt gewesen seien, spricht Cooper davon, dass „the relationship of development and colonialism underwent a dramatic change. It is the reconfiguration of colonialism and development in the 1940s – not a timeless essence of colonialism – that constitutes a point of departure for asking what did and did not change with independence.“ (ebd.)

Mittlerweile existieren eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten zu unterschiedlichsten Facetten kolonialer Entwicklungsansätze, ihre Geschichte jedoch „has been given scant attention by those scholars who are supposed to be most interested in it, that is those of Development Studies“ (Hödl, Kopf, Schicho 2009: 2), wie es im Antragsschreiben des Forschungsprojekts heißt.

Innerhalb der Sekundärliteratur zum Thema lässt sich in der Tendenz eine Schwerpunktsetzung auf den Entwicklungskolonialismus (vgl. Osterhammel 2006: 45) der Kriegs- und Nachkriegsjahre (1940er bis 1960er Jahre) ausmachen, wie ebenfalls im obigen Zitat von Cooper zum Ausdruck kommt. Die bereits erwähnte Second Colonial Occupation setzte mit den *Colonial Development and Welfare Acts* der Jahre 1940 und 1945 ein, kann als der Höhepunkt kolonialer Entwicklungsansätze betrachtet werden und brachte das Planungsinstrument des kolonialen Entwicklungsplans hervor. Zwischen 1943 und 1947 entstanden für alle britischen Territorien Afrikas (bis auf Südrhodesien) zumeist auf zehn Jahre ausgelegte Entwicklungspläne und „[t]his surge of planning arose directly from the enactment, by the United Kingdom parliament, of the Colonial Development and Welfare Acts of 1940 and 1945.“ (Hougham 1981: 528) Neumann reduziert jene Phase auf drei wesentliche Dreh- und Angelpunkte. Erstens wäre die Second Colonial Occupation Teil einer staatlichen Reformagenda gewesen, die den zumeist schlechten Lebensstandard in den Kolonien anerkannte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eben jener zum Ziel hatte. Zweitens hätte der Ansatz einen wichtigen Platz beim Wiederaufbau Großbritanniens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielen und drittens die Legimität der britischen Kolonialherrschaft über den Zweiten Weltkrieg hinaus sicherstellen sollen. „‘Development’, in official parlance, became the moral, political, and economic raison d’etre for continued colonial occupation after World War II.“ (Neumann 2002: 28)

Neumann bringt in seinem Artikel beispielsweise die Second Colonial Occupation in Zusammenhang mit dem intensivierten Schutz der lokalen Flora und Fauna in Form von Reservaten, Schutzwäldern und Nationalparks (vgl. ebd.: 30ff.). Andreas Eckert hat in Bezug auf Tanganyika und ausgehend von der Beobachtung, dass „during and after the Second World War the vague concept of social welfare became a favoured means of expressing a new imperial commitment to colonial peoples“ (2004: 468), kolonialstaatliche Ansätze zur Regulierung des Sozialen analysiert. Auch wenn dies ein wesentlicher und interessanter Aspekt des spätkolonialen britischen Entwicklungskolonialismus war, so war es doch zumeist die exportorientierte

landwirtschaftliche Produktion, deren Effizienz und Steigerung als zentral erachtet wurde. Die Second Colonial Occupation stand somit beispielsweise auch im Zeichen der „Colonial Development Corporation“, die, wie es der britische Minister für Ernährung, John Strachey, 1947 ausdrückte, die „public corporation method of development“ darstellte (zitiert nach Wicker 1955: 214). Agroindustrielle Großprojekte wie die „Tanganyika Groundnut Scheme“, die zumeist und so auch in diesem Fall kläglich scheiterten, waren die Folge von jenem Entwicklungsansatz (vgl. Hogendorn und Scott 1981; Bonneuil 2000).

Es gibt also gute und weitere Gründe dafür, die 1940er und (zu einem geringeren Grad) die 1950er Jahre als den Höhepunkt kolonialer Entwicklungsbemühungen zu bezeichnen. Hodge hat beispielsweise des Weiteren herausgearbeitet, dass diejenigen Kolonialbeamte, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Colonial Civil Service eine der zahlreichen Stellen im relativ jungen „nach-kolonialen“ Entwicklungsapparat übernahmen, größtenteils während der 1940er und 1950er Jahre als Kolonialbeamte tätig waren „and it was during this period of late colonialism that their thinking about development and modernization first began to gel.“ (2010: 27)

Dennoch legt die vorliegende Arbeit ihren Schwerpunkt auf die Jahre, die der Second Colonial Occupation unmittelbar vorausgingen. Zum Einen stehen oftmals die nachfolgenden zwei Jahrzehnte im Zentrum der bereits bestehenden Analysen, was nicht zuletzt angesichts des „Entwicklungs-Booms“ der 1940er und der darauf folgenden Jahre durchaus einen Sinn ergibt. Es gibt jedoch im Falle Ugandas inhaltliche Gründe dafür, die 1930er Jahre in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen; Gründe, die sich erst ergeben haben, nachdem ich die relevanten Dokumente aus der gesamten Zeitspanne spätkolonialer Entwicklung (in meinem Fall 1935-1962) in einem ersten Schritt analysiert hatte.

Allgemein gesprochen liegt es auf der Hand, dass beispielsweise die Prozesse, die zur Verabschiedung des *Colonial Development and Welfare Acts* des Jahres 1940 führten, nicht in erster Linie im Jahr 1940, sondern in den Jahren zuvor zu suchen sind (vgl. Havinden und Meredith 1993: 187ff.). Analog hierzu lässt sich in Bezug auf meinen Untersuchungsgegenstand feststellen, dass zentrale Momente ugandischer Entwicklungsansätze der 1940er und 1950er Jahre zum ersten Mal während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre ausformuliert wurden. Es verdichtete sich der Eindruck, dass Konzepte und Ansätze, die bereits in den zentralen Dokumenten kolonialer Entwicklung der 1940er Jahre als nicht hinterfragungswürdige Paradigmen gehandelt wurden, noch

während der 1930er Jahre aufgrund ihrer Novität anders, d.h. expliziter, formuliert werden mussten.

Wie das Forschungsprojekt, so zielt auch die vorliegende Analyse kolonialstaatlicher Entwicklungsansätze im Uganda der 1930er Jahre hauptsächlich auf deren konzeptuelle Ebene und nicht beispielsweise auf den schwieriger zu erfassenden und komplexeren Prozess der Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen. Im Vordergrund der Arbeit stehen die ideellen Beiträge, die britische Kolonialbeamte im Uganda der 1930er Jahre im Zusammenhang mit Konzepten von Entwicklung hervorgebracht haben.

Die übergeordnete und forschungsleitende Fragestellung war von Anfang an weit gefasst: Welches sind die Ziele von Entwicklung und durch welche Mittel sollen sie erreicht werden? Um den letztendlichen Fokus dieser Arbeit, d.h. ihre Forschungsfrage, die Art und Weise ihrer Beantwortung und die Beschränkung auf die relativ geringen und frühen Jahre spätkolonialer Entwicklungsansätze nachvollziehbar machen zu können, soll im Folgenden auf den theoretischen und methodischen Hintergrund dieser Arbeit sowie das gesichtete und analysierte Datenmaterial eingegangen werden.

Entwicklung theoretisieren

Wissenschaftliche Ansätze zur Erforschung des „Phänomens Entwicklung“ weisen eine ebensolche Bandbreite und einen Grad der Widersprüchlichkeit auf, wie die durch Wallerstein angesprochenen Politikansätze. Eine Feststellung, die angesichts der stark vertretenen „practical ambitions of ‚development theory‘“ (Leys 2005: 109) wenig verwundert – Entwicklungsforschung zeichnet sich seit jeher durch einen hohen Grad der Verzahnung mit (Entwicklungs)politik aus, da durch sie akut die Frage in den Raum gestellt wird, „whether human beings can act, collectively, to improve their lot“ (ebd.).

Im nächsten Kapitel wird es teilweise darum gehen, wie ein bestimmtes Verständnis der Herkunft von Entwicklung dabei hilft, ihr Scheitern erklären zu können. An dieser Stelle soll anhand bestimmter AutorInnen erläutert werden, wie sie sich und infolge dessen ich mir das vorläufige Scheitern von Entwicklung erkläre.

Ein erstes Problem mit Entwicklung ergibt sich aus ihrer Diskrepanz zwischen Anspruch und Umsetzung. Entwicklungsansätze stehen gemeinhin im Zeichen der Humanität und moralischen Verpflichtung, „to put an end to the extreme poverty that is the scourge of most of the world“ (Rist 2008: 19). Die kollektive Hoffnung, die durch sie zum Ausdruck gebracht wird, ist jene „of improving the conditions of life of the majority of mankind. They express a will not to be encouraged by past setbacks. They

reveal a (mostly sincere) commitment to the most deprived, and a real desire to help them by taking action.“ (ebd.) Bei der Kritik an Entwicklung geht es mir weniger darum, *[the] (mostly sincere) commitment* derjenigen infrage zu stellen, die im Entwicklungsapparat tätig sind, sondern um die strukturellen Grenzen, die die Machbarkeit von Entwicklung einschränken.

„Entwicklung“ sollte nicht nur Mitte des 19. Jahrhunderts das Chaos der Industrialisierung beheben helfen (vgl. Cowen und Shenton 1996: 32), sondern kann auch heutzutage als eine Strategie verstanden werden, die Probleme, die sich aus der Expansion des kapitalistischen Weltsystems ergaben und ergeben, abzufedern. Der Slogan „Handel statt Hilfe“ bringt dies zum Ausdruck, da sein „zutreffender Grundgedanke war, dass die Strukturen der Weltwirtschaft für die ‚Entwicklung‘ der Länder der Südhälfte von weitaus größerer Relevanz sind als die eigentliche ‚Entwicklungshilfe‘.“ (Ziai 2007: 182)

Auf zwei Sätze reduziert ist dies der Rahmen, innerhalb dessen sich der Mikrokosmos „Entwicklung“ entfaltet. Was Entwicklung selbst anbelangt, so basiert das Konzept aufgrund seiner Gegenüberstellung von „entwickelt“ und „unterentwickelt“ und der ungleichen Verteilung der Ressourcen für Entwicklung auf einer inhärenten Ungleichheit der an Entwicklung beteiligten Akteure. Bei Entwicklung handelt es sich so gesehen um ein Paradoxon, da sie ihrem humanitären und moralischen Anspruch nach einerseits diese Machtasymmetrien beseitigen soll, andererseits jedoch in der Analyse und Umsetzung auf ihnen aufbaut und sie insofern (re)produziert. „Even the best of development projects, irrespective of their content, engender power relations and help constitute strategies of domination“, wie DuBois (1991: 27) verallgemeinernd anmerkt.

Die allseits propagierte Notwendigkeit und Machbarkeit von Entwicklung fußt auf der Überzeugung, dass die eine Akteursgruppe (die Geberstaaten, internationale Organisationen und NGOs und nicht zuletzt die EntwicklungshelferInnen) erstens weiß, wie der Weg in Richtung Entwicklung beschritten werden kann und zweitens, dass jene Akteure im Besitz der hierfür notwendigen Mittel sind. Die andere, „unterentwickelte“ Akteursgruppe, wird in erster Linie über das definiert, was sie nicht ist: entwickelt. Diese Feststellung ist einerseits banal, da klarerweise nur dort die Notwendigkeit für Entwicklung identifiziert werden kann, wo es an ihr fehlt. Andererseits ist jener Entwicklungsdiskurs, der auf der Identifizierung von Mängeln beruht, historisch aus

kolonialen Diskursen hervorgegangen (vgl. Ziai 2007: 38) und bezeichnet nicht zufällig vor allem die ehemals kolonisierten Regionen als „unterentwickelt“.

Koloniale und Entwicklungsdiskurse beruhen gleichermaßen auf der Etablierung von Gegensatzpaaren, die das „westliche“ Eigene dem „exotischen“ Anderen gegenüberstellen (vgl. ebd.). Auch wenn sich die Zusammensetzung jener Dichotomisierungen im Laufe des 20. Jahrhunderts und im Zuge des Übergangs vom kolonialen zum nachkolonialen Entwicklungsregime geändert hat, bleibt die Hierarchisierung der Welt, vermittelt durch Entwicklung und Unterentwicklung, bestehen. Insofern kann Entwicklung „as a particular cast of mind“ (Sachs 1992: 1) verstanden werden.

Nachdem allgemein gehaltene Fragen nach Entwicklung erneut im zweiten Kapitel aufgegriffen werden, wird an dieser Stelle auf eine weitere Diskussion verzichtet.

Der Textkorpus und seine Auswertung

Der ursprüngliche Analysezeitraum sah die Jahre zwischen 1940 und 1962 vor. Simultan zur weiteren Vertiefung in die Geschichte britischer kolonialer Entwicklungsansätze und die Kolonialgeschichte Ugandas bereitete ich mich mittels der Online-Suche des Nationalarchivs in London auf meinen ersten Archivaufenthalt im Juli 2011 vor. Durch gezielte Suchanfragen und das systematische Durchblättern der Akten unterschiedlicher Abteilungen des Colonial Office gelangte ich – bedingt durch die breite Fragestellung – zu einer recht langen Liste an Akten.

Das Colonial Office in London war nach thematischen und regionalen Abteilungen organisiert. Innerhalb dieser Abteilungen legten die Beamten des Colonial Office jeweils eigene Aktenreihen an, sogenannte Korrespondenzen („Correspondence“). Die ministeriumsinternen Signaturen der Akten von damals unterscheiden sich von ihren heutigen, da bei der Überführung der Akten in das Nationalarchiv auf die dort gängige Systematik umgestellt wurde (was es teilweise erschwerte, den damaligen Querverweisen auf andere Akten nachzugehen). Die Signatur einer jeden Akte des Colonial Office im Nationalarchiv beginnt heutzutage mit dem Kürzel „CO“ für Colonial Office. Die Uganda-Korrespondenz der Jahre 1905-1951 trägt die Signatur „CO 536“, mit dem Jahr 1951 wurde sie der Ostafrika-Korrespondenz zugeordnet, die die Signatur „CO 822“ trägt. Uganda-bezogene Akten finden sich nicht nur in jenen Korrespondenzen. Wie sich bereits bei der Internetsuche und darüber hinaus im Laufe

des Archivaufenthalts und der ersten Sichtung des Materials herausstellte, sind jene Akten über eine Reihe von Abteilungen verstreut¹.

Die Akten, die mir nach dem ersten Archivaufenthalt vorlagen, ergaben – was ihre Themen, die Textsorten und den Umfang anbelangt – kein einheitliches Bild. Manche der Akten enthalten einen kurzen Briefwechsel zwischen dem ugandischen Gouverneur und beispielsweise Beamten des Colonial Office oder auch dem Kolonialminister und sind lediglich wenige Seiten stark. Andere Akten wiederum bestehen neben dem Schriftverkehr aus einer Reihe von Memoranden, Berichten oder Sitzungsprotokollen und kommen auf insgesamt über 400 Seiten.

Prinzipiell war die Kommunikation des Colonial Office breit gefächert und lässt sich nicht auf jene zwischen London und der Kolonie beschränken. Entsprechend vielfältig sind die in den Akten vorzufindenden Textsorten. Eine jede Akte enthält zu Anfang ein separates Inhaltsverzeichnis, das gleichzeitig als eine interne Kommunikationsplattform für die Beamten des Colonial Office diente. Hier ergibt sich eine erste Textsorte (die sogenannten „Minutes“), die – zumeist handschriftlich verfasst und an die eigenen Kollegen gerichtet – deshalb besonders interessant ist, weil sie einen Blick auf die am wenigsten formalisierte Form des Austauschs von Ideen, Eindrücken und Einschätzungen freigibt.

Der Briefwechsel zwischen kolonialem Zentrum und Peripherie kann in einen offiziellen und einen semi-offiziellen Bereich unterteilt werden. Sir Philip Mitchell,

¹ Nachrichtendienstliche Berichte zur politischen Stabilität in Uganda finden sich beispielsweise in der Korrespondenz „Colonial Office and predecessors: Confidential General and Confidential Original Correspondence“ (CO 537, 1949-51) und in der Korrespondenz der „Intelligence and Security Departments“ (CO 1035, 1956). Akten zu einer Zementfabrik in Uganda (1948-49), zu einem Entwicklungskredit (1960-62), zur „Development Finance Company, Uganda“ (1962-63) und zu einem alle Kolonien betreffenden „Pilot Schemes Committee“ (1950-51) finden sich beispielsweise in der Korrespondenz „Economic General Department and predecessors“ (CO 852). In der allgemeinen Afrikakorrespondenz (CO 847) findet sich ein Bericht von Lord Perth anlässlich seiner Reise nach Uganda und Kenya (1959). Auch das ministeriumsinterne „Social Services Department“, das 1939 eingerichtet wurde und wiederum eine eigene Korrespondenz verwaltete (CO 859), führte mehrere Akten zu den Themen Blinde, Gesundheit und Bildung, die sich auf Uganda bezogen. Das „Public Relations Department“ (CO 875) des Colonial Office führte ebenso Akten aus und über Uganda. Mit dem Ende der Kolonialzeit im Jahr 1962 übernahmen die zuvor hauptsächlich über das Colonial Office abgewickelten Beziehungen Großbritanniens zu Uganda entweder das Außen- (OD) oder das Finanzministerium (T; „Overseas Development Divisions“).

Gouverneur des Protektorats während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, machte beispielsweise vom inoffiziellen Briefwechsel stark Gebrauch: „Mitchell appears to have been particularly addicted to this form of correspondence, and would thereby keep the Colonial Office informed of action he proposed to take and ensure that he did not embark upon policy changes which would be likely to be opposed in London, whilst at the same time retaining the initiative for policy changes firmly in his own hands.“ (Morris 1972: 306) Die Akten enthalten des Weiteren eine Vielzahl an Memoranden, die das Colonial Office zumeist im Auftrag des jeweiligen Kolonialministers an die Kolonien weiterleitete: zentralistische Vorgaben in den Bereichen der Administration und Politikgestaltung.

Doch nicht nur in London wurden Memoranden verfasst, auch in Uganda wurde diese Form der Kommunikation gewählt. Einerseits sind kurze Berichte zu bestimmten Themengebieten (beispielsweise zur Bodenerosion) mit „Memorandum“ betitelt. Darüber hinaus war Entebbe, wo die Kolonialadministration ihren Sitz hatte, für den Rest Ugandas das, was London für die Kolonien war – das politische Zentrum, von dem aus unterschiedlichste Vorgaben in Form von Memoranden an die Commissioners der ugandischen Distrikte ergingen. Eine weitere Textsorte, die häufig vorzufindenden Berichte, ist zu heterogen, als dass sie sinnvoll zu einer einzelnen Kategorie zusammengefasst werden könnte: Berichte wurden beispielsweise von Mitgliedern des Parlaments verfasst, nachdem sie aus Ostafrika zurückgekehrt waren; ebenso von britischen Ingenieurbüros zu bestimmten Bauvorhaben in Uganda; von britischen Sonderkommissionen, die Uganda bereisten und zu spezifischen Themengebieten arbeiteten; ebenso von ugandischen Kommissionen etc.. Daneben enthalten die Akten kolonialstaatliche Erlässe und Gesetze, die jährlichen Budgets (genannt „Blue Books“), Pressemitteilungen oder auch jährliche Fortschrittsberichte des Gouverneurs, die vor dem kolonialstaatlichen Demokratie-Residuum, dem „Legislative Council“, verlesen wurden.

Die bisher genannten Dokumente enthalten teilweise zentrale Passagen zu kolonialstaatlichen Entwicklungskonzepten, befinden sich jedoch alle außerhalb jener Textsorte der „Entwicklungsliteratur“, die während der Hochphase kolonialer Entwicklungsansätze entstand: die Entwicklungspläne.

Nach dem Archivaufenthalt ergab eine erste Sichtung der Dokumente nicht nur ein Gefühl für die soeben vorgestellten Dokumententypen, sondern zudem eine Liste mit jenen, die am relevantesten erschienen. Allein dieser Arbeitsschritt war in Anbetracht

von 7000-8000 Seiten, die geordnet, erneut gesichtet und auf ihre Relevanz hin bewertet werden mussten, relativ zeitintensiv. Angesichts des großen Materialumfangs erachtete ich vor allem jene Dokumente als zentral, die das Wort „development“ in ihrem Titel trugen.

Es stellte sich heraus, dass bis zum Ende der Kolonialherrschaft im Jahr 1962 in Uganda drei originär koloniale, protektoratsweite und thematisch übergreifende Entwicklungspläne entstanden waren. Im Jahr 1944 wurde unter Gouverneur Charles Dundas der erste Entwicklungsplan von einem Gremium erarbeitet, welches lediglich die unterschiedlichen Projektanträge der kolonialstaatlichen Ministerien zusammentrug. Dieser Plan war noch auf relativ bescheidene sechs Jahre ausgelegt und trug den Titel „Joint Report of the Standing Finance Committee and the Development and Welfare Committee on Post-War Development“ (vgl. CO 536/214/2, Nr. 11)². Der institutionelle Rahmen änderte sich unter Dundas' Nachfolger John Hathorn Hall, da dieser den „Entwicklungsexperten“ Edgar Barton Worthington (seines Zeichens Zoologe) mit der Erstellung eines neuen Entwicklungsplans beauftragte. Ende 1946 stellte Worthington den auf zehn Jahre ausgelegten Entwicklungsplan „A Development Plan for Uganda“ fertig (vgl. CO 536/218/3, Nr. 5). 1948 erachtete es die koloniale Verwaltungsriege Ugandas aufgrund von Teuerungen und falschen Berechnungen Worthingtons als notwendig, den Entwicklungsplan aus dem Jahr 1946 zu überarbeiten, eine Arbeit, die von Douglas Harris übernommen wurde. Dieser hielt den neu geschaffenen Posten des Entwicklungsberaters („Development Commissioner“) inne und stellte die Überarbeitung im selben Jahr fertig („A Development Plan for Uganda. 1948 Revision“, vgl. CO 536/218/3, Nr. 4). Auf jenen überarbeiteten Entwicklungsplan folgten für sechs Jahre hauptsächlich jährliche Überarbeitungen und Anpassungen, bis im Jahr 1954, unter Halls Nachfolger Sir Andrew Cohen, ein weiterer Entwicklungsplan erstellt wurde. Hier war es eine Kommission – der „Development Council“ –, die die Arbeit

² Üblicherweise sehen Verweise auf Dokumente des Nationalarchivs folgendermaßen aus: TNA (PRO): CO 536..., wobei sich TNA auf „The National Archives“ in London bezieht und PRO für „Public Record Office“ steht. Nachdem sich alle verwendeten Primärquellen im PRO des Nationalarchivs befinden, wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit lediglich die genaue Signatur der Akte vermerkt, das „TNA (PRO)“ also weggelassen. Die Nummer nach der Signatur, die im obigen Fall angegeben ist (Nr. 11), bezieht sich auf die Nummerierungen, die den einzelnen Teilen einer Akte von den Beamten des Colonial Office gegeben wurde und soll die Nachvollziehbarkeit erleichtern.

übernahm, den mit „A Five Year Capital Development Plan, 1955-1960“ (vgl. CO 822/1018) betitelten Plan zu erarbeiten.

Neben den soeben genannten Entwicklungsplänen arbeitete ich eine Reihe weiterer Dokumente durch: ein Memorandum aus dem Jahr 1935; ein Schreiben von Gouverneur Mitchell aus dem Jahr 1936 zu einem Entwicklungsprogramm und weitere Akten aus den 1930er Jahren, die im Titel das Schlagwort „development“ trugen; ein ugandisches Memorandum aus dem Jahr 1941 zu administrativen Neuerungen im Zusammenhang mit „Entwicklung“; ein 30-seitiges Memorandum von Gouverneur Charles Dundas aus dem Jahr 1943, das als eine Art Vorarbeit zum ersten Entwicklungsplan aus dem Jahr 1944 gesehen werden kann; ein 15-seitiger „Plan for Social Welfare in Rural Areas“ (1944, vgl. CO 536/215/5, Nr. 1) und – über den gesamten Untersuchungszeitraum verteilt – viele mehr.

Der zweite und kürzere Archivaufenthalt im Oktober 2011 war hauptsächlich der Suche nach dem ugandischen Entwicklungsprogramm aus dem Jahr 1936 gewidmet, welches ich vor meinem ersten Londonaufenthalt übersehen hatte. Wie sich im Oktober herausstellte, ist das Dokument leider (entgegen der Einträge im Onlineverzeichnis des Archivs) verschollen.

Grundlage meiner Analyse und der Befassung mit *Konzepten* kolonialer Entwicklung ist die Beobachtung, dass die Analyse von Sprache als Ausdruck der Wirklichkeit ein lohnendes Unterfangen ist. Cornwall und Brock haben in Bezug auf Schlagwörter des Entwicklungsdiskurses argumentiert, dass

[o]ne way to approach this would be a comprehensive look at what is actually being done in the name of participation, empowerment and poverty reduction, and to ask questions about the extent to which this represents real differences in practice — or is simply the appropriation of nice-sounding words to dress up ‚business as usual‘. This is an important task, one that several researchers have turned their attention to in recent years.

But, we suggest here, another tack is to enquire into what these words, as words, do for development policy. (Cornwall und Brock 2005: 1044)

Darüber hinaus argumentieren sie, dass „comparing statements of intent with what actually happens is to misunderstand their purpose“ (ebd.) und lenken hiermit den Fokus auf den legitimierenden Charakter, den Entwicklungsakteure für ihre Interventionen bräuchten (vgl. ebd.). In Anlehnung hieran erarbeitete ich

Zusammenfassungen der Dokumente, konsultierte, um ihren Kontext einschätzen zu können, die Notizen der Beamten des Colonial Office und den Briefwechsel zwischen Entebbe und London und bezog die Aussagen der Dokumente auf mein Wissen, das ich mir in Bezug auf den britischen Kolonialismus in Afrika bzw. Uganda, koloniale Entwicklungsansätze, koloniale Diskurse und den Entwicklungsdiskurs angeeignet hatte. Je mehr Dokumente in die Analyse einbezogen wurden, desto deutlicher kristallisierten sich wiederkehrende Themen und spezifische Aussagen heraus, denen im Zusammenhang mit Entwicklung offensichtlich Relevanz zukam.

Insofern folgt meine Analyse einer klassischen hermeneutischen Vorgehensweise, bei der die Dokumente in einem ersten Schritt inhaltlich zusammengefasst werden, in einem zweiten Schritt auf das vorhandene Vorwissen und Lücken hierin befragt werden und abschließend erneut analysiert werden (vgl. Simonis und Elbers 2003: 126f.).

Prinzipiell achtete ich bei der Analyse der Dokumente darauf, in welchen Bedeutungszusammenhängen das Wort „development“ benutzt wurde, und gemäß meiner Fragestellung stand im Vordergrund, welche Ziele „Entwicklung“ zugeschrieben wurden und mit welchen Mitteln diese erreicht werden sollten. Gleichzeitig achtete ich darauf, welche Akteursgruppen in den Dokumenten auf welche Art und Weise beschrieben wurden. Relevant erscheinende Textpassagen arbeitete ich in die Datenbank des Forschungsprojekts ein.

Der Beschränkung auf einen relativ kleinen Teil der empirischen Daten und auf einen relativ kurzen Untersuchungszeitraum – die Dokumente entstanden zwischen 1935 und '37 – liegt die These zugrunde, dass in ihnen Schlüsselmomente der Reform kolonialer Entwicklungskonzepte zum Ausdruck kommen. Durch den Überblick, den ich mir über koloniale Entwicklungskonzepte zwischen 1935 und 1962 verschaffte, entstand zunächst ein Gefühl für jene Schlüsselmomente, von denen sich, wie ich meine, ein Teil bereits während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre abzuzeichnen begann. Kann mein Diplomarbeitsunterfangen insgesamt als eine Fallstudie bezeichnet werden, stellt die Quellenanalyse im 5. Kapitel eigentlich eine verdichtete Fallstudie innerhalb der breiter angelegten Fallstudie kolonialer Entwicklungskonzepte in Uganda dar: Thesen, die sich durch die Arbeit mit den Dokumenten aus dem gesamten Untersuchungszeitraum (1935-1962) ergaben, sollen exemplarisch an den Vorgängen der 1930er Jahre verdeutlicht werden.

In der Arbeit mit den Dokumenten der 1940er und '50er stellte sich inhaltlich bald heraus, dass sich Autoren häufig mit der Frage auseinandersetzten, wie das Verhältnis

von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung gedacht werden und aussehen sollte – eine Diskussion darüber, ob sich ein solides Wirtschaftswachstum aus der direkten kolonialstaatlichen Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung ergeben würde oder ob nicht vielmehr gezielte kolonialstaatliche Maßnahmen im Bereich der sozialen Dienstleistungen/Entwicklung notwendig wären, um eben jenes sicherzustellen. Hiermit verhandelten die Kolonialherren von damals Fragen von Entwicklung auf eine Art und Weise, die das Entwicklungsregime bis heute prägt: Zur Diskussion standen u.a. die Erstellung landwirtschaftlicher Gutachten; Effizienzsteigerungen und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion inklusive entsprechender Trainingsprogramme; der Aus- und Aufbau des Transportwesens; agrotechnische Versuchsreihen und der Einsatz von Düngern und Traktoren; die gezielte Förderung von Mädchenbildung; der Ausbau des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems; öffentlich finanzierte Mikrokredite an „progressive“ Bauern und afrikanische HändlerInnen in spe, die in ihrem Dasein als Positivbeispiele für den „nicht progressiven“ Teil der Bevölkerung gestärkt werden sollten; der Aufbau von Gemeinschaftszentren, welche den Zusammenhalt stärken, die Vorzüge „modernen“ („hygienischeren“) Wohnens nahe bringen und das abwechslungsarme Landleben durch unterschiedliche Angebote (Büchereien, Sporteinrichtungen) bereichern sollten; der Einsatz modernster Kommunikationsmittel (Radio, mobile Filmvorführungen); Frauen, die als „natürliche Hausfrauen“ und als die „sozialeren Wesen“ Trainingsprogramme absolvieren sollten und sowohl als Multiplikatoren auf der Dorf- als auch der häuslichen Ebene die Vorzüge gesunder Ernährung und Hygiene vermitteln sollten; der Ausbau der Sekundärindustrie; oder auch die Bereitstellung geldwirtschaftlich gehandelter Importgüter, um über die Schaffung einer entsprechenden Nachfrage nach diesen gleichzeitig die Nachfrage nach Geld und somit den Output der exportorientierten Landwirtschaft zu erhöhen. Diese Liste ließe sich problemlos fortführen, zeigt jedoch bereits an dieser Stelle, dass der ugandische Kolonialstaat während der 1940er und '50er Jahre über ein breites Maßnahmenbündel diskutierte, um dem Ziel der „Entwicklung“ des Protektorats näher zu kommen.

Es ist den Charakteristika kolonialer Herrschaft geschuldet, dass das Primat der wirtschaftlichen Entwicklung (größtenteils handelte es sich hierbei um landwirtschaftliche Produktionssteigerung) zu jedem Zeitpunkt eine Klammer für all jene Maßnahmen darstellte. Laut Douglas Harris etwa wären die Maßnahmen im Bereich der „urban development“ nicht zu rechtfertigen

if the object to be attained were merely, or even mainly, to increase the amenities of those enjoying them. This is not, however, the case; the real object of the expenditure is to create conditions in which trade, industry and commerce can reasonably be expected to establish and maintain themselves. The same considerations apply to urban African housing; the object is not primarily to provide greater comfort for the African but to produce conditions which will result in his becoming a more regular, more contented and therewith more productive worker.

(Dezember 1949, CO 536/218/3; Nr. 4)

Drei Jahre zuvor hatte Worthington in seinem Entwicklungsplan angemerkt, dass „[t]he vicious circle which depends on lack of education-malnutrition-disease-inefficient work-low production – must be broken at some point.“ (CO 536/218/3, Nr. 5, S. 45). An der niedrigen Produktion und Produktivität etwas zu verändern war das ultimative Ziel von Entwicklung, so viel scheint sich durch die Vielzahl der Dokumente, die ich analysierte, bestätigt zu haben. Dies war und blieb der zentrale Bezugspunkt, wie Worthington in seiner Aneinanderreihung unterschiedlicher Variablen verdeutlichte: alle Maßnahmen sollten das Problem der *low production*³ beheben helfen. Das Verhältnis sozialer Dienstleistungen bzw. sozialer Entwicklung zu ihrem wirtschaftlichen Pendant war somit scheinbar eindeutig geregelt. Das Interessante hieran ist, dass jenes Verhältnis explizit thematisiert wurde.

In einem der Gespräche mit meinem Diplomarbeitsbetreuer Dr. Gerald Hödl fragte ich ihn, ob denn nicht kolonialstaatliche Entwicklungsansätze als Versuch verstanden werden könnten, die Existenz und spezifische Qualität der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital zu gewährleisten. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, antwortete er letztlich mit einer Gegenfrage: Das sei alles schön und gut, aber worin läge das spezifisch „Entwicklerische“ und nicht bloß übliche Regierungspraxis unter kapitalistischen Bedingungen?

Meine vorläufigen Antworten auf diese Gegenfrage – die Thesen, die die Relevanz der Fallstudie des Analysekapitels unterstreichen – lassen sich in drei Bereiche unterteilen.

³ Kursiv geschriebene Passagen in englischer Sprache sind immer solche, die ich bereits zitiert habe und ein weiteres Mal aufgreife.

These 1

Die Rationalisierung des Sozialen

Die oben zitierte Worthington'sche Formel beinhaltet mehr, als dass es bei „Entwicklung“ letztlich nur um Wirtschaftswachstum ginge, da sie den anderen, den beeinflussenden Faktoren – Bildung, schlechte Ernährung, Krankheit, ineffiziente Arbeitskräfte – einen hohen und instrumentellen Stellenwert beimisst. Verstanden als Inputfaktoren zur Steigerung des wirtschaftlichen Outputs, gerieten die Parameter „sozialer Entwicklung“ verstärkt ins Blickfeld spätkolonialer Entwicklungsansätze, wurden einem Rationalisierungsprozess unterzogen und bildeten den Ausgangspunkt für kolonialstaatliche Maßnahmen der Marke „social engineering“ (zu „social engineering“ vgl. Eckert 2004 und Bonneuil 2001). Je dringlicher und komplexer das jeweilige kolonialstaatliche Problem aus Sicht der Autoren war, desto tiefgreifender und vehementer sollten die kolonialstaatlichen Antworten ausfallen und stand die Transformation des „afrikanischen Geistes“ („the native outlook“) auf der Agenda, da es von diesem abzuhängen schien, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen Anklang finden würden oder nicht.

Spätkoloniale Entwicklungsansätze formulierten aus, dass es eine volkswirtschaftlich positive Gesamtrechnung ergäbe, in die (soziale) Entwicklung der „Unterentwickelten“ zu investieren. Gleichzeitig wiesen sie den Maßnahmen im Bereich sozialer Entwicklung einen nachrangigen Platz zu. In den Worten von Gouverneur Hall: „Health and education ultimately produce rich dividends but they are delayed, long-range dividends and meanwhile national bankruptcy would have supervened. It is no good starting off on a journey in a Rolls-Royce with only enough petrol for a Ford ,Ten'.“ (Hall in seinem Vorwort zum Entwicklungsplan 1946, CO 536/218/3, Nr. 5, S. xii)

These 2

Koloniale „logical frameworks“ – Entwicklungsplanung und die Rationalisierung staatlicher Intervention

Die US-amerikanische Entwicklungshilfeagentur USAID entwickelte während der 1960er Jahre ein Projektplanungs- und Evaluierungsinstrument, das seit den 1980er Jahren auch innerhalb anderer staatlicher Entwicklungsagenturen und seit den 1990er Jahren im NGO-Sektor verstärkt zur Anwendung kommt (vgl. Coleman 1987 und Wiggins und Shields 1995): den sogenannten „logical framework“, kurz logframe, „which provides not only sound guidance on the structuring of a monitoring and

evaluation system but also helps to emphasise the role of planners and managers in specifying the intermediate and final objectives of the programme or project concerned.“ (Coleman 1987: 251) Für Coleman ein hilfreiches Instrument, das in der Entwicklungshilfe verstärkt angewendet werden sollte (vgl. ebd.), argumentiert Dale „that the methodology, as currently understood and applied, reflects a conception of development planning that is too standardised and often simplistic. In particular, I would challenge the social engineering notion upon which the approach is usually based.“ (Dale 2003: 58)

Spätkoloniale Entwicklungsansätze in Uganda etablierten und benutzten das „Prinzip Entwicklungsplanung“, welches sowohl in Bezug auf die Entwicklung des gesamten Protektorats (Entwicklungspläne) als auch auf der Ebene einzelner „Projekte“ ausgemacht werden kann. Ähnlich, wie dies durch Planungsinstrumente wie die des logframe ausgemacht werden kann, transportierten Ansätze kolonialer Entwicklungsplanung die Botschaft, dass die entscheidenden Parameter einer soliden Entwicklung erfassbar und beeinflussbar seien – inklusive der Strukturen gesellschaftlichen Lebens. „Claiming a link between colonialism and development [...] and colonial administration and development administration [...] is not, of course, in itself original“ (Cooke 2003: 47), wie es Cooke in seinem Artikel „A new continuity with colonial administration: participation in development management“ beschrieben hat – erwähnenswert ist es dennoch.

These 3

Die Macht über jene, „die halb noch Kinder sind, halb Teufel.“⁴

Rassismus und das Protektorat als „entwicklerisches“ Experimentierfeld

Kolonialherrschaft, gleich ob britischer, französischer, niederländischer, deutscher oder anderer Couleur, baute auf einem rassistisch fundierten Weltbild der europäischen Aufklärung auf (vgl. Melber 1992, Hall 1994).

In Verbindung zur vorherigen lässt sich die These formulieren, dass der genuin koloniale Beitrag zu Entwicklungskonzepten darin bestand, dass in Hinblick auf die „rückständige“ Bevölkerung, die weniger dicht besiedelten Gebiete und die politische Macht des kolonialen Staats, kolonialstaatliche Interventionen teils auf einer

⁴ Aus dem Gedicht „The White Man’s Burden“ (1898) des Briten Rudyard Kipling, zitiert nach Melber 1992: 16.

omnipotenten Ebene gedacht werden konnten (und „mussten“). Wie die sogenannten „pilot schemes“ exemplarisch verdeutlichen, wurde letztlich die Schaffung einer gänzlich neuen (Agrar-) Gesellschaft angedacht. Worthingtons Plan war es, Gebiete der vierfachen Größe Wiens zu besiedeln, mit der nötigen Infrastruktur auszustatten und unter laborgleichen Bedingungen eine optimierte Agrargesellschaft zu erschaffen: effizientere Anbaumethoden, das richtige Verhältnis der Bevölkerung zum Ausmaß sozialer Dienstleistungen etc. Hier wäre eine „more intense development“ (CO 536/218/3, Nr. 5, S. 84) möglich und „a high degree of supervision will solve the problem of achieving a rate of sustained production per unit area and per head of population much higher than is yet customary in native areas.“ (ebd.: 85) Einerseits eine künstliche Laborsituation fast schon paradiesischer Qualität, sollte jedoch trotzdem auf realistische Bedingungen geachtet werden, sodass „experience gained in pilot schemes will be directly applicable to other parts of the country about ten years hence.“ (ebd.) Dieser spezifische und der Idee nach totalitäre Zugriff auf und Eingriff in die Bevölkerung, der im Analyseteil dieser Arbeit in Bezug auf den Teso-Distrikt herausgearbeitet wird, scheint vor allem unter Bezugnahme auf das koloniale Setting – seine Herrschafts- und Diskursstrukturen – erklärt werden zu können.

Aufbau der Arbeit

Die Diplomarbeit ist folgendermaßen aufgebaut. Im nächsten Kapitel widme ich mich dem breiteren Kontext dieser Arbeit, d.h. dem Verhältnis von Kolonialismus und Entwicklung. Im Vordergrund steht die Frage, vor welchem Hintergrund sich das heutige Entwicklungsregime Mitte des 20. Jahrhunderts formierte.

Kapitel drei und vier gehen auf den historischen Kontext kolonialstaatlicher Entwicklungsansätze im Uganda der 1930er Jahre ein. Das dritte Kapitel bietet einen Überblick über britisch-koloniale Entwicklungskonzepte und -Ansätze seit der Wende zum 20. Jahrhundert. Das vierte Kapitel geht auf die frühe Kolonialgeschichte Ugandas ein, arbeitet die Grundzüge der kolonialen Ökonomie Ugandas heraus und endet mit einem „Entwicklungsexkurs“ zu frühen kolonialstaatlichen Ansätzen in den Bereichen der Gesundheit und Demographie.

Das Analysekapitel führt zunächst in den geschichtlichen Kontext der 1930er Jahre ein, bevor im ersten Unterkapitel die Frage aufgeworfen wird, welche Aussagekraft die sich ändernden Aktennamen ugandischer Dokumente in Bezug auf Fragen kolonialstaatlicher Entwicklung haben. Die weiteren Unterkapitel folgen im

Wesentlichen der chronologischen Reihenfolge der analysierten Dokumente. Hierbei werden drei Bereiche bearbeitet: landwirtschaftliche Produktion bzw. Bodenerosion, das Entwicklungsprogramm aus dem Jahr 1936, sowie das Thema der Stadtplanung Kampalas. Hierdurch hoffe ich, meine Thesen im abschließenden Kapitel plausibel zusammenführen zu können.

2. Entwicklung und Kolonialismus

2.1 Das „größere Gut“⁵ und die europäische Expansion seit dem 16. Jahrhundert

Europäische bzw. „westliche“ Denkweisen und Praktiken, die darauf zielen, Menschen, Nationen oder Völker mit den eigenen Segnungen beglücken zu wollen, haben eine weit über das „Truman-Jahr“ (1949) hinausgehende Geschichte. Zwar mag Entwicklung „keinen Inhalt, aber doch eine Funktion [haben]: [Der Begriff] verleiht jedem beliebigen Eingriff die Weihe, im Namen eines höheren, evolutionären Zieles vollzogen zu werden. ‚Entwicklung‘ ist ausgehöhlt bis auf ein leeres Plus.“ (Sachs zitiert nach Nuscheler 2005: 225) Es scheint hilfreich zu sein, jenes „leere Plus“ zunächst einmal als einen Platzhalter für Konzepte zu verstehen, unter denen „Entwicklung“ lediglich eine unter vielen Möglichkeiten darstellt, eine Positivität auszudrücken. Immanuel Wallerstein spricht in Bezug auf die europäische Expansion seit dem 16. Jahrhundert und in Bezug auf die Geschichte des „modernen Weltsystems“ von einem „größeren Gut [...], das eine derartige Expansion den Völkern der Welt gebracht habe.“ (Wallerstein 2007: 11) Und weiter:

Das übliche Argument lautet, die Expansion habe etwas verbreitet, das abwechselnd als Zivilisation, wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung und/oder Fortschritt bezeichnet wird. Alle diese Begriffe sind als Ausdrucksformen universeller Werte interpretiert worden, verankert in dem, was oft Naturrecht genannt wird. Man hat deshalb behauptet, daß diese Expansion nicht nur der Menschheit nütze, sondern auch historisch unvermeidlich sei. Die Sprache, in der man diese Handlungsweise gewöhnlich beschrieb, entstammte mal der Theologie, mal einer weltlich-philosophischen Weltanschauung. (ebd.)

Bereits die von Wallerstein angeführte Debatte zwischen den Spaniern Las Casas und Sepúlveda im Zuge der Eroberung weiterer Teile Amerikas, geführt Mitte des 16. Jahrhunderts, warf „eine zentrale Frage [auf], die die Welt auch heute noch beschäftigt – Wer hat das Recht zur Intervention, und wann und in welcher Form?“ (ebd.: 14) Zwischen den von mir analysierten Dokumenten und Wallersteins Quellen liegen ca.

⁵ Wallerstein 2007: 11

400 Jahre, der folgende Aspekt legt jedoch nahe, dass sich in der Diktion während jener 400 Jahre relativ wenig verändert hat. Sepúlveda verteidigte die politischen Vorgaben der spanischen Regierung unter anderem durch die Charakterisierung der Indios als „Barbaren, einfach, ungebildet und unerzogen, Wilde, völlig unfähig, etwas anderes als mechanische Fähigkeiten zu erlernen, voller Laster, grausam und so geartet, daß es ratsam war, daß sie von anderen regiert wurden“ (Sepúlveda zitiert nach ebd.). Es ist bemerkenswert, dass all diese Charakterisierungen auch im ugandischen kolonialen Entwicklungsdiskurs eine Rolle gespielt haben, obwohl sich in den offiziellen Dokumenten ab den 1940er Jahre Plädoyers dafür häuften, „den Afrikaner“ als „human after all“ (Governor Dundas 1943; CO 536/209/15) zu sehen.

Dieses in polit-ökonomische Rahmenbedingungen eingebettete Denken über die „Barbaren“, „Unzivilisierten“ und – später – „Unterentwickelten“ ist es, was die „Repräsentation der Anderen“ (vgl. Hall 1994: 155ff.) genannt wurde. Vielfach wurde herausgearbeitet, dass die von Wallerstein angesprochene europäische Expansion mit einem Denken über die heutigen „Unterentwickelten“ einherging, das auf einem tief sitzenden Glauben an die eigene zivilisatorische Überlegenheit, an Wissenschaft und Technik und die Machbarkeit eines eindeutigen und linearen Fortschritts aufbaute. Rassismus und Eurozentrismus, dies waren und sind wesentliche Bestandteile jenes „kolonialen Blicks“ (vgl. Melber 1992), der die kolonialen Herrschaftsregime u.a. in Form von „Entwicklung“ überlebte. Rund um das Schlagwort Entwicklung entstand nach dem Zweiten Weltkrieg nach und nach jener Teil der internationalen Beziehungen, der als ein Entwicklungsregime verstanden werden kann. Obwohl bereits zuvor bzw. parallel hierzu ein koloniales Entwicklungsregime ausgemacht werden kann, bezieht sich „Entwicklungsregime“ im Folgenden immer auf den scheinbar nicht- oder nach-kolonialen Teil von Entwicklung.

Die Parallelen zwischen der Repräsentation der „Anderen“ in den Ausführungen Sepúlvedas und in den in dieser Arbeit analysierten Dokumenten sind bemerkenswert und verweisen auf eine jahrhundertelange Tradition der europäischen Repräsentation des „Anderen“. Es allein bei dieser Betrachtungsweise zu belassen und beispielsweise der Frage nachzugehen, inwieweit sich die Repräsentation der „Anderen“ änderte oder nicht, würde jedoch meiner Meinung nach dem Ansatz spätkolonialer britischer Herrschaft in Uganda nur unzureichend nachspüren können. Letzterer zielte darauf ab, durch Wissenschaft und Technik und ein breites Spektrum an sozialtechnischen

Interventionen das Paradoxon aus Konservierung und gleichzeitiger Expansion durch die Entwicklungsformel zu „lösen“.

Entwicklung als ein europäisches Konzept intentionaler staatlicher Interventionen war laut Cowen und Shenton während der ersten Hälfte bzw. der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Antwort auf das gefühlte und tatsächliche Chaos der Industrialisierung und der damit einhergehenden Proletarisierung und dem „Geschwür“ (Journal des travailleurs) der Arbeitslosigkeit: „The modern meaning of development (imbued with an overt sense of design) emerged to confront this ‚hideous sore‘. This new meaning was in direct opposition to the idea of progress as a ‚natural‘ process without intentionality.“ (Cowen und Shenton 1996: 32) Auch wenn dies als ein wichtiges Moment in der Entstehung des Entwicklungsgedankens angesehen werden kann, verweist doch die Funktion von Entwicklung als ein größeres Gut sowie die Geschichte kolonialer Entwicklung auf ein wesentlich expansives Moment von Entwicklung.

Für die Analyse kolonialer Entwicklung stehen demnach Begriffe von Entwicklung zur Verfügung, die sich scheinbar widersprechen: auf der einen Seite Entwicklung als der Versuch, die negativen Folgen der Moderne (auch in der kolonialen Peripherie) abzufedern, auf der anderen Seite als eine Strategie, eben jenen Modernisierungs- und Zivilisierungsprozess voranzutreiben.

Von Wallerstein und Sachs ausgehend kann von einem „leeren größeren Gut“ gesprochen werden, das im Verlauf der letzten gut 500 Jahre beständig umformuliert und mit anderen Inhalten gefüllt wurde und dem bei der Legitimierung europäischer Herrschafts- und Interventionsansprüche in Bezug auf die Lebensbereiche jener Menschen, die als „barbarisch“, „unzivilisiert“ oder „unterentwickelt“ dargestellt wurden und teils werden, eine entscheidende Funktion zukam.

2.2 Der Kolonialismus als das „Andere“ von Entwicklung(sdiskursen)?

The characterization of colonialism as ‚bad‘, however, or indeed the denial of a colonial genealogy, has allowed many of those in the aid industry to work unquestioningly and unproblematically in, and on, Third World countries. This ahistoricism is continually legitimized by the pervasive representation of development as Western philanthropy, as a humanitarian mission that bears no resemblance to the perceived inequalities and exploitations of empire. Thus, development can only be ‚good‘ when set against a colonialism that was ‚bad‘. (Kothari 2005: 62f.)

Das Entwicklungsregime wird von seiner Entstehung an begleitet von der Frage, warum Entwicklung nicht hält, was sie verspricht, wie also die Diskrepanz zwischen hehren Zielsetzungen und den mageren Ergebnissen erklärt werden kann. Obwohl die Erfolge von Entwicklungspolitik und -hilfe unterschiedlich bewertet werden, scheint die Feststellung, dass eine gewisse Diskrepanz vorliegt, absoluter common sense zu sein. Während die Antwort auf die Frage nach den Unzulänglichkeiten von Entwicklungspolitik und -hilfe im Wesentlichen in der Hinzunahme immer „neuer“ Themenbereiche und Ansätze bestand (vgl. Bernstein 2005: 119) und die Entwicklungsforschung entweder nachzog oder ihrerseits Themen und Ansätze einfließen ließ, erwuchs innerhalb letzterer ein breiter Konsens über den Ursprung von Entwicklung. Dieser Vorgang kann als ein Teil des Versuchs gesehen werden, das Scheitern von Entwicklungspolitik und -hilfe nachzuvollziehen: dass Entwicklungshilfe mit der Truman-Rede 1949 begann und als Teil der Außenpolitik im Kalten Krieg ein beträchtlicher Teil der Containment-Politik und somit instrumentell war (vgl. Bernstein 2005: 112ff.), half, die altruistischen und viel versprechenden Verlautbarungen mit den größtenteils enttäuschenden Praktiken und ihren Ergebnissen in Einklang zu bringen. Nick Cullather bringt diesen Ansatz in seinem in der Zeitschrift „Diplomatic History“ erschienenen Artikel und in Bezug auf die USA folgendermaßen auf den Punkt: „This historicist approach offers a way to write about development without accepting its clichés, and to see the record of Americans’ cynical, heroic, disastrous, occasionally inspired, and benevolent attempts at global humanitarianism in all of their moral and political complexity.“ (Cullather 2000: 642)

So wichtig es ist, die Entstehung der heutigen Entwicklungshilfe in den Kontext der Blockkonfrontation zu stellen, hatte und hat diese Verortung von Entwicklung zur Folge, dass primär das Neue der Blockkonfrontation analysiert und mitbedacht wird, während der koloniale Teil von Entwicklung weitestgehend aus dem Blickfeld gerät.

Einen ähnlichen Mechanismus der Verdrängung hat Gilbert Rist in Bezug auf den nicht-akademischen Bereich der „EntwicklerInnen“ identifiziert: „What is really surprising [...] is the amnesia affecting this [colonial] period. It is as if the ‚developers‘ wanted people to believe in the originality of current policies, and thus forget the long-term trajectory into which those policies are inserted.“ (Rist 2008: 56) Die Entwicklungsforschung wiederum stand – ähnlich wie ihr praxisorientiertes Pendant der Entwicklungshilfe – zum Zeitpunkt ihrer Entstehung unter dem Eindruck eines „world-historical drama“ (Zweiter Weltkrieg, Blockkonfrontation, Erosion kolonialer Herrschaft): „This was a moment, then, of asking big questions and pursuing big ideas, with an expansive intellectual agenda...“ (Bernstein 2005: 113).

James Ferguson hat herausgearbeitet, dass Aussagen von Entwicklungsagenturen in und über Lesotho bestimmten Begrenzungen unterliegen – „there are a host of statements and lines of thought which are, if not actually forbidden, at any rate profoundly unhelpful in a discourse of a ‚development‘ agency.“ (Ferguson 1994: 68) Hierzu gehören vor allem all jene Aussagen, die Lesotho als ein Land mit einer komplexen Vergangenheit und Gegenwart im Kontext seiner polit-ökonomischen Rahmenbedingungen darstellen und eine Intervention von Entwicklungshilfeagenturen wenn nicht verunmöglichen, so doch zumindest ungleich verkomplizieren würden (vgl. Ferguson 1997: 224). Parallel hierzu lässt sich in Bezug auf das expansive Moment von Entwicklungshilfe und -forschung (1950er und ’60er Jahre) festhalten, dass Aussagen, die ihre Originalität, ihren expansiven Charakter abgeschwächt hätten, „if not actually forbidden, at any rate profoundly unhelpful“ (ebd.) gewesen wären – und es nach wie vor sind.

Meine These in diesem Zusammenhang ist, dass die „amnesia affecting this [colonial] period“ (Rist 2008: 56) auch in Bezug auf bestimmte Themen bestand, die der expansiven, euphorischen Grundstimmung des entstehenden Entwicklungsregimes zuwidergelaufen wären. Zu denken wäre hier beispielsweise an jenen Themenkomplex, der heutzutage „Nachhaltigkeit“ genannt wird und scheinbar mit den „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome, 1972) begann. Das British Empire widmete sich bereits spätestens ab den 1930er Jahren jenen Grenzen des Wachstums, ein Prozess, der in

dieser Arbeit nachgezeichnet wird und durch den sich zeigt, dass eine Lücke zwischen kolonialer und nach-kolonialer Entwicklung entstand, die bezeichnend ist für grundlegende Verdrängungsprozesse des jungen Entwicklungsregimes. Biccum merkt in diesem Zusammenhang an, dass „the narration of rupture around World War II produces the world as new, progressive and distinct from the ‚old imperialism‘ of Europe.“ (Biccum 2009: 156)

Somit wird mit der Geschichte von Entwicklung-als-Containment sowohl eine zutreffende Problematisierung von Entwicklung erzeugt als auch durch den im gleichen Atemzug konstruierten Bruch mit der Vergangenheit eine weniger hinterfragbare Positivität derselben geschaffen.

Wie das Eingangszitat von Kothari und das bisher Gesagte verdeutlichen, bedingt(e) das Entwicklungs-Narrativ des Bruchs zudem eine bestimmte und eindeutige Gegenüberstellung von Entwicklung und Kolonialismus: „development can only be ‚good‘ when set against a colonialism that was ‚bad‘.“ (Kothari 2005: 62f.) Uma Kothari zielt auf analytische Scheuklappen ab und die folgende Aussage eines ehemaligen Kolonialbeamten verweist aus einem anderen Blickwinkel auf einen ähnlichen Vorgang, nun in Bezug auf BritInnen in Uganda, die sich von ihren kolonialen Vorgängern hätten abheben wollen:

I realise, of course, that nowadays the anti-colonial myth is very strong in this country and elsewhere. I am sure many here have suffered from that myth themselves. When I was working for the Uganda government after independence, some of my colleagues were repeatedly invited to the British High Commission. [...] My friends would come back from the High Commission and say, „we don’t understand these people; they took us aside and they said ‚please understand we are not like these wicked people who have been oppressing you all these years, we are your friends‘.“ (Andrew Stuart, Kommentar zu/in Thompson 1999: 146)

Spekulationen darüber, dass es sich bei den FreundInnen von Andrew Stuart um Angehörige der städtischen Mittel- oder Oberschicht gehandelt haben mag; dass landlose Kleinbäuerinnen und -bauern wahrscheinlich anders auf die neue Haltung der British High Commission reagiert hätten und inwieweit die These des *anti-colonial myth* zutreffend ist, sind an dieser Stelle weniger von Bedeutung. Möchte man Andrew Stuarts Anekdote jedoch teilweise Glauben schenken, so war die British High

Commission nach der Unabhängigkeit Ugandas im Jahr 1962 bemüht, sich von ihren kolonialen VorgängerInnen abzusetzen und zu zeigen, dass hier etwas Neues am Werk war: „we are your friends“ (ebd.).

Die Repräsentation der „Anderen“ im Entwicklungsdiskurs der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tritt einerseits in der Achse „entwickelt – unterentwickelt“ zutage. Repräsentation zielt in diesem Zusammenhang darauf ab, durch die Identifizierung von etwas „Anderem“ (beispielsweise von „unterentwickelten“ Ländern), das „Eigene“ als höherwertig, als „entwickelt“ verstehen bzw. diese Eigenwahrnehmung bestätigt sehen zu können. Wie angemerkt, ist das Konzept der Entwicklung und Unterentwicklung nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil westlicher Denkweisen über die eigene Höherwertigkeit und die Rückständigkeit anderer Weltregionen.

Hinsichtlich der Gegenüberstellung von Kolonialismus und nach-kolonialer Entwicklung kann jedoch eine weitere Repräsentation des „Anderen“ ausgemacht werden, die auf der eindeutigen Gegenüberstellung von Entwicklung als das Eigene/das Positive/die Gegenwart und Kolonialismus als das Andere/das Negative/die Vergangenheit aufbaut. Die zwei genannten Repräsentationen finden zwar auf unterschiedlichen Ebenen statt, sind aber beide Teil eines sehr allgemein verstandenen Identifizierungsprozesses von Entwicklung. „Entwicklung“ wird identifiziert als das „Eigene“ im Gegensatz zum unterentwickelten „Anderen“, ihre Identität speist sich aber zudem aus einem weiteren Ausschluss: „Entwicklung“ als das, was nicht kolonial und neu ist.

Doch wie eigentlich jede Repräsentation, scheint auch die entwicklungsdiskursive Repräsentation des Kolonialismus als dem „Anderen“ von Entwicklung ambivalent zu sein (vgl. zur Ambivalenz kolonialer Diskurse Bhabha 2000: 125-136), d.h. aus der diskursiven Konstruktion eines ermöglichenden Pendants zu bestehen. Einerseits beruht sie zwar auf der These des Kolonialismus-als-schlecht, andererseits hat jedoch der Kolonialismus scheinbar den Grundstein für das Projekt, die „Unterentwickelten“ zu „entwickeln“, gelegt.

Dieser Eindruck drängt sich zumindest auf, nimmt man Franz Nuschelers breitenwirksames „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“ in die Hand: der Kolonialherrschaft werden dann positive Eigenschaften zugeschrieben, wenn es darum geht, sie nicht als griffiges Argument „afrikanische[r] Politiker und Intellektuelle[r]“ (Nuscheler 2005: 211) für Gründe von Unterentwicklung gelten zu lassen. In diesem Zusammenhang werden die „zivilisatorischen Leistungen des Kolonialismus, der nicht

nur Unheil anrichtete“ (ebd.: 213) bemüht und weiter: „Gerade dort, wo der Kolonialismus eine kolonialwirtschaftliche ‚Inwertsetzung‘ anstrebte, hat er auch entwicklungsfähige Produktions- und Verkehrsstrukturen hinterlassen; je größer sein Interesse war, desto größer waren seine positiven Hinterlassenschaften.“ (ebd.) Nicht zuletzt sei der Kolonialismus „eine schwere Hypothek, aber Hypotheken schaffen nicht nur Lasten, sondern auch Chancen, sie durch Eigenleistung abzutragen.“ (ebd.) Nuschelers Handbuch arbeitet entwicklungspolitische und entwicklungswissenschaftliche Debatten (notwendigerweise selektiv und verkürzt) auf und kann meinem Eindruck nach als ein brauchbarer Indikator für jenen Mainstream gelten, den das Handbuch als handlungsanleitendes Nachschlagewerk versucht abzubilden und gleichzeitig zu befördern: es versteht sich als ein kritisches Handbuch, Nuscheler möchte aber „nicht zuletzt für Entwicklungspolitik werben“ (ebd.: 19).

Meine These ist also, dass Nuschelers Zugang bis zu einem gewissen Grad als symptomatisch dafür angesehen werden kann, wie sich der entwicklungspolitische und entwicklungsforscherische Mainstream dem Thema Kolonialismus annähert. Der positive Bezug auf den Kolonialismus (als Teil einer insgesamt ambivalenten Annäherung an koloniale Herrschaft) kann, wie Nuschelers Augenmerk auf die „zivilisatorischen Leistungen des Kolonialismus“ (Nuscheler 2005: 213) nahelegen, auf eine Grundhaltung zurückgeführt werden, die auf eurozentristischen Prämissen eines geordneten, staatlichen Fortschritts nach dem Vorbild des „Westens“ beruht. Diese eurozentristische Grundhaltung kann nicht auf die Entwicklungsforschung beschränkt werden und deutet auf ihre Einbettung in breitere gesellschaftliche und wissenschaftliche Grundhaltungen hin. Ellis hat in seinem Artikel „Writing Histories of Contemporary Africa“ angemerkt, dass

In the last resort, few academic writers are able to escape the supposition that a stable, prosperous and non-violent existence is the aim of all right-thinking people and that this is best ensured by public policy in a well-ordered state, one organised according to the western models that have become just about universally accepted, at least in theory. [...] This direction for all humanity was known to the nineteenth-century colonizers of Africa as ‚civilization‘, and its lineal descendant today is called ‚globalization‘. Whatever the name, it is taken to be a progressive movement along a more or less identifiable path. Any human society that fails to follow this route, in the view of many leading thinkers and technocrats in the west and elsewhere, is considered to have deviated from the one and only road leading towards human improvement. (Ellis 2002: 9f.)

Ermöglichend ist der Kolonialismus, gedacht als Pendant von Entwicklung, demnach auf zwei miteinander zusammenhängenden Ebenen. Zum einen hätte die koloniale Expansion Europas den entwicklungsfähigen „zivilisatorischen“ Grundstock für Entwicklung gelegt, zum anderen kann sie als die vergangene Negativität wahrgenommen werden, vor deren Hintergrund sich das Eigene/die Entwicklung als originell, expansiv und unproblematisch begreifen lassen kann.

Interessanterweise wird die soeben herausgearbeitete Unterscheidung zwischen Kolonialismus-als-schlecht und Entwicklung-als-gut von zwei gegensätzlichen Standpunkten aus infrage gestellt: von der Warte ehemaliger Kolonialbeamter aus sowie durch wissenschaftliche Arbeiten, die sich kritisch mit Prozessen kolonialer Entwicklung auseinandersetzen und denen mehr oder weniger explizit die These zugrunde liegt, dass das neue Entwicklungsregime der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitaus weniger neu ist, als weithin angenommen wird. Als ein Beispiel für ehemalige Kolonialbeamte lässt sich Alan Forwards Publikation „You have been allocated Uganda“ (1999) nennen. Alan Forward war ab der Mitte der 1950er Jahre District Officer in Uganda und arbeitete nach der Unabhängigkeit Ugandas 1962 für die Obote-Regierung. Das Buch ist eine Zusammenstellung von Erinnerungen und Reflexionen über Forwards Jahre als Kolonialbeamter in Form von nachträglich geschriebenen Briefen an einen imaginären Freund. Ein Beiblatt des Buches stellt werbend Pressestimmen und andere Reaktionen auf das Buch zusammen und endet mit folgendem Absatz (Lord Hurd wurde bereits zuvor von Alan Forward zitiert):

Our role, albeit changed, continues. As Lord Hurd also said, **‘So do not let us regard the history of which we should be proud as something which has been shoved into a corner and which should be forgotten and as of interest only to students of the past. It is also of interest, and of relevance, to the practitioners of the present (our soldiers and aid workers) for the needs (for maintaining law and order and for development) are still there. If the needs are not met, then continents like Africa, and not just Africa, but the Balkans, the Caspian, the Caucasus, are likely to deteriorate into chaos and misery for the people who live there. And there is enough of that already. So, the wheel turns, the names change, but the work goes on’.**

(Forward 1999: „Author’s Note“, Beiblatt datiert auf Nov. 2001; Hervorh. im Original)

Das Zitat ist von der kolonialen Zivilisierungsmission getragen - *the needs (for maintaining law and order and for development)* – und bezieht diesen kolonialen Duktus auf die Bedürfnisse der heutigen Zeit: *the needs [...] are still there*. Begründet wird die Mission des größeren Guts bezeichnenderweise damals wie heute mit dem drohenden Chaos ganzer Kontinente und Regionen. Die positive Arbeit, die heute geleistet werden würde, wäre während der britischen Kolonialherrschaft bereits da gewesen, so die implizite These: die Relevanz und Richtigkeit damaliger Ansätze wird mit den Ähnlichkeiten zum Hier und Jetzt des Jahres 2001 untermauert – was die Kolonialbeamten von damals waren, wären die *practitioners of the present (our soldiers and aid workers)*. Nicht nur in meinen Augen, auch in den Augen Hurds oder Forwards sind die Gründe für koloniale Interventionen anno 1950 bis zum heutigen Datum in der Begründung von Entwicklungspolitik und –hilfe anzutreffen. Insofern ließe sich sagen: *the [colonial] needs (for maintaining law and order and for development) are still there*.

Ein Beispiel für wissenschaftliche Beiträge zum Verhältnis von kolonialer und nach-kolonialer Entwicklung ist Uma Kothari, ihres Zeichens Geografin und Entwicklungsforscherin, die ehemalige britische Kolonialbeamte interviewt und herausgearbeitet hat, dass nicht nur einige jener Beamte kurzerhand in die Entwicklungshilfe gingen oder als EntwicklungsexpertInnen tätig wurden (vgl. hierzu auch Hodge 2007 und 2010), sondern dass einige von ihnen von der

Vergangenheitsbewältigung ihrer jüngeren KollegInnen – der EntwicklungshlferInnen – erstaunt waren, wie das folgende Beispiel verdeutlicht:

I shouldn't say this but I will. When I meet young chaps who now work as development advisers or listen to people talking about development aid, and they say ,We're doing X, Y and Z' I think ,Oh my God, we were doing that twenty years ago and we failed as well!' I am astonished sometimes that we go on inventing the wheel and the wheel goes round, and I don't think that this is just a silly old man talking. (zitiert nach Kothari 2005: 58)

Joseph Hodge hat in seiner umfangreichen Arbeit zum kolonialen Expertentum (v.a. im Agrarbereich) in seinen zusammenfassenden Anmerkungen festgehalten, dass „[i]t seems the development debate had come full circle, but, sadly, few of its participants saw much value in examining the lessons of the past; what is worse, many of them remained unaware that there were any.“ (Hodge 2007: 271) Welche Praktiken, Politik- und Denkansätze sind es also, die in Vergessenheit gerieten oder die in Aberkennung ihrer kolonialen Vergangenheit eher unbewusst in den Kanon nach-kolonialer Entwicklungsansätze übergingen?

Gilbert Rist hat mehr am Rande darauf hingewiesen, dass die „Kolonialwissenschaften“ den Grundstein für die junge Entwicklungsforschung bildeten (vgl. auch Bonneuil 2000: 260f.), dass bereits während der Kolonialzeit die kulturelle Dimension von Entwicklung, die Relevanz einer funktionierenden medizinischen Grundversorgung und die Notwendigkeit einer an lokale Verhältnisse angepassten Bildung anerkannt wurden (vgl. Rist 2008ff.). Das Konzept der „village credit banks“ sowie ein „special concern for the situation of women“ (ebd. 57) wären ebenfalls bereits durch den Kolonialismus begründet worden.

Mehr auf der konzeptuellen Ebene argumentierend, sieht Cooke in Lugards „The Dual Mandate“, insbesondere in dem Teil, in dem es um die moralische Verpflichtung der Kolonialmacht geht, den „zivilisatorischen Fortschritt“ der Kolonisierten zu gewährleisten „themes that have current development management parallels – the need to train to build capacity, the importance of the rule of law and the absence of corruption, the role of education in progress, flexible labour markets, fair revenue collection, and espoused support for the rural poor.“ (Cooke 2003: 49)

Christophe Bonneuil geht auf die Bedeutung kolonialer Pilotprojekte („pilot schemes“) als „Development as Experiment“ ein, wie sein Artikel benannt ist (vgl. Bonneuil

2000). In Bezug auf die paysannats des Belgisch-Kongo und hinsichtlich der afrikanischen unabhängigen Eliten im Allgemeinen merkt er an, dass sich trotz der aufkommenden Skepsis des kolonialen Establishments gegenüber groß angelegten Pilotprojekten während der 1950er Jahre das Konzept jener auf Mechanisierung und Experimente ausgelegter Großprojekte hielt. Die paysannats wären zurückgegangen, „but most other large-scale development projects that started in the late colonial period continued after independence.“ Und weiter: „a spectacular renewal of large technocratic schemes marked the postindependence years at the initiative of the new ruling elites, who expected to turn their modernist aspirations into reality.“ (ebd.: 264) Die Ansätze, ländliche Gesellschaften und landwirtschaftliche Produktion „von oben“ zu modernisieren, würden etwas über den Entwicklungsstaat an sich offenlegen, „whether colonial or postcolonial.“ (ebd.: 265)

Das bisher Gesagte verdeutlicht, dass mit Fragen kolonialer Entwicklungsansätze mehr verhandelt wird, als „lediglich“ ihre konkrete historische Artikulation, da sie in den größeren Zusammenhang der europäischen Expansion gestellt werden können. Darüber hinaus habe ich anklingen lassen, dass durch den Zusammenhang, der oftmals zwischen „Entwicklung“ und der Blockkonfrontation hergestellt wird, die koloniale Vergangenheit tendentiell verdrängt wird und dies altbekannte Denkmuster über Kolonialherrschaft auf der einen und „Entwicklung“ auf der anderen Seite (re)produziert.

Als Vorbereitung auf den empirischen Teil der Arbeit wende ich mich im folgenden Abschnitt der britischen Geschichte kolonialer Entwicklungsansätze zu.

3. Historischer Kontext I: British Empire und koloniale Entwicklung

...those [East African] Protectorates have now reached a critical stage in their development, where it appears to [the Secretary of State for the Colonies] Mr. Harcourt to be essential that something should be done if only in the interests of the British taxpayer.... His Majesty's Government have, therefore, a direct pecuniary interest in devising means whereby the Protectorates can obtain funds to provide the necessary facilities for transport.

(aus einem Schreiben des Colonial Office ans Finanzministerium, Juli 1913, bezüglich des East African Protectorates Loan, 1914; zitiert nach Constantine 1984: 20)

Britische Entwicklungspolitik während der Kolonialzeit „begann“ als ein autozentrierter Versuch, der Notwendigkeit gezielter staatlicher Investitionen in die koloniale Infrastruktur einen Namen zu verleihen und politisch zu vermitteln, dass nur über den Aufbau einer funktionierenden kolonialen Exportwirtschaft der britische Staatshaushalt vor jahrzehntelanger Subventionierung der Kolonien bewahrt werden könne. Es lässt sich ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen kolonialen Unternehmen und kolonialem Staat feststellen, da eine wichtige Existenzgrundlage und Existenzberechtigung des letzteren in der Schaffung einer eigenen finanziellen Basis bestand (und bei der Schaffung dieser der Privatwirtschaft eine entscheidende Rolle zugesprochen wurde).

Koloniale Entwicklung war vage genug, um den zivilisatorischen Auftrag in sich aufzunehmen und diesen zu artikulieren und einige wichtige implizite Annahmen kolonialer Herrschaft zu transportieren, darunter die Komplementarität imperialer Märkte, oder auch der zivilisatorische Fortschritt, der sich beinahe automatisch aus der wirtschaftlichen Entwicklung des British Empire ergeben würde: „It was part of the nineteenth century laissez-faire doctrine that the investment of capital in profitable enterprises would result in economic development *and* improved human welfare.“ (Hetherington 1978: 90; Hervorhebung D.S.) Es blieb der internen Entwicklungskritik (wirtschaftliche Entwicklung verstanden als zu rasche Modernisierung „traditionaler“

Gesellschaften, die der Gefahr einer „detrribalisation“ ausgesetzt sein würden), die seit den 1920er Jahren aufkam, der internationalen Kritik, die u.a vom Völkerbund ausgehend zurückhaltend infrage stellte, ob denn die Gleichung koloniale Entwicklung=wirtschaftliche Entwicklung=soziale Entwicklung aufging (1920er und 30er Jahre), sowie der kolonie-internen Kritik kolonialer Herrschaft vorbehalten, einen vage bleibenden Ausdifferenzierungsprozess anzustoßen, der schließlich zur teilweisen Unterscheidung zwischen kolonialer Entwicklung als wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Entwicklung als „welfare“ führte. Symptomatisch für diesen Ausdifferenzierungsprozess waren die *Colonial Development and Welfare Acts* der Jahre 1940 und 1945, die kraft eines *nomen est omen* zu vermitteln versuchten, dass der soziale Fortschritt der Kolonien nicht länger nur als ein inhärenter Automatismus wirtschaftlicher Entwicklung verstanden wurde – die Unterscheidung zwischen „development“ und „welfare“ kann als die zwischenzeitlich erstaunlich ehrliche Feststellung angesehen werden, dass es sich bei „Entwicklung“ zuvorderst um wirtschaftliche Entwicklung handelte.

Nichtsdestotrotz blieben auch die thematisch und sektoral immer komplexer werdenden Ansätze kolonialer Entwicklung einer Rentabilitätslogik unterworfen und sind als komplexer werdende Antworten auf die gleiche simple Frage zu verstehen – wie kann der Einfluss des British Empire wirtschaftlich wie politisch abgesichert werden? So sehr die Ausdifferenzierung kolonialer Entwicklungsansätze der Versuch war, auf die zunehmende Kritik an der britischen Kolonialherrschaft eine möglichst zufrieden stellende Antwort zu finden, war sie darüber hinaus abhängig von den konkreten Erfordernissen und den zur Verfügung stehenden Mitteln, jenen Erfordernissen nachzukommen – Konzepte kolonialer Entwicklung und das imperiale Entwicklungsbudget beeinflussten sich gegenseitig. Die „Second Colonial Occupation“ (Hodge 2007: 209), jene expansive Phase der „Entwicklung“ nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde einerseits durch die Bereitstellung von Entwicklungsgeldern Großbritanniens ermöglicht, hing aber zu einem wesentlich größeren Teil von der finanziellen Ausstattung der Kolonien selbst ab. In Uganda war es der Zweite Weltkrieg, der es dem Kolonialstaat ermöglichte, sich einen wesentlich größeren Anteil am Wert der Kaffee- und Baumwollausfuhren anzueignen, als dies zuvor möglich war. Dass diese Praxis das Ende des Kriegs überlebte, wurde nicht nur mit „Entwicklung“ legitimiert, sondern ermöglichte gleichzeitig jene als Entwicklung benannte Expansion des Kolonialstaats.

3.1 Die Inwertsetzung der Kolonien als „Zivilisierung“ und „Entwicklung“

„Health and education ultimately produce rich dividends, but they are delayed, long-range dividends and meanwhile national bankruptcy would have supervened. It is no good starting off on a journey with a Rolls-Royce with only enough petrol for a Ford ,Ten’.“ (CO 536/218/3, Nr. 5, S. xii)

Im Vorwort zum ugandischen Entwicklungsplan aus dem Jahr 1946 brachte Governor Hall einmal mehr die Überzeugung zum Ausdruck, dass wirtschaftliche Entwicklung/Wirtschaftswachstum die ultimative Voraussetzung dafür sei, die von mehreren Seiten eingeforderten sozialen Dienstleistungen/soziale Entwicklung befördern zu können. 40 Jahre zuvor war von staatlich zur Verfügung gestellten sozialen Dienstleistungen bzw. der intentionalen Zuwendung zu sozialen Aspekten einer allgemein verstandenen Entwicklung kaum die Rede, vielmehr ging die politische Führungsriege des British Empire davon aus, dass sich die Zivilisierung der kolonisierten Völker quasi automatisch aus dem Aufbau einer „modernen“, exportorientierten Kolonialwirtschaft ergeben würde – eine Überzeugung, die Hall, trotz der explizit gemachten Erfordernis sozialer Dienstleistungen, letztlich teilte. Dass es nach dem „Scramble for Africa“ nicht darum gehen könne, aus dem als eine Tabula Rasa wahrgenommenen Afrika einen Rolls-Royce zu erschaffen, war kolonialer Mainstream – zu eindeutig war das Missverhältnis zwischen den finanziellen Mitteln, die zur Administration und „Entwicklung“ des Empire zur Verfügung standen und den eigentlichen Erfordernissen. Kein Wunder also, dass die Erfordernisse heruntergespielt wurden und durch den Rückgriff auf das Credo des „laissez-faire“ und „trickle-down“ ein an sich eher schwieriges Unterfangen so konzipiert wurde, dass es einfacher umsetzbar erschien.

Die folgende häufig zitierte Aussage von Chamberlain nehmen Meredith und Havinden zum Anlass, die Wichtigkeit seiner Person in Bezug auf koloniale Entwicklungsansätze zu unterstreichen, denn 1895 verlautbarte der Kolonialminister, dass „...by the judicious investment of British money those estates which belong to the British Crown may be developed for the benefit of their population and for the benefit of the greater population which is outside“ (zitiert in Havinden und Meredith 1993: 88). Jener Ansatz

des „[d]eveloping the ‚Great Estate‘“ (ebd.: 64) betonte die schier unermesslichen Reichtümer, die sich innerhalb des British Empire befinden und förmlich darauf warten würden, durch relativ geringe Investitionen v.a. in Infrastruktur *for the benefit of their population and for the benefit of the greater population which is outside* erschlossen zu werden. Dieser Entwicklung wurde nicht nur ein rein wirtschaftlicher Vorteil für die betroffene Bevölkerung zugesprochen, sondern implizit – als die andere Seite derselben Medaille – eine zivilisierende Funktion. Der „multiplier effect“, den Abbott in Bezug auf den *Colonial Development Act* aus dem Jahr 1929 herausgearbeitet hat (vgl. Abbott 1971), lag bereits 30 Jahre zuvor implizit dem Ansatz zugrunde.

Der Ansatz des *developing the great estate* kann auch in Hinblick auf die geänderten Rahmenbedingungen gesehen werden, denen sich das British Empire Ende des 19. Jahrhunderts gegenüber sah. Diese bestanden u.a. aus dem formellen Besitz afrikanischer Gebiete und dem Verlust der hegemonialen Stellung Großbritanniens zur See (1897) und „brought with it the notion of ‚national efficiency‘ demanding the co-ordination of financial and strategic efforts throughout the world to meet the challenges to British power.“ (Louis 1999: 3) Lord Milner – zunächst Gouverneur der Kapkolonie, dann Gouverneur der Oranje-Fluss-Kolonie und nach dem Ersten Weltkrieg Kolonialminister – äußerte sich 1906 dahingehend, dass „the years 1896-1903 were years of progress, and mark the transition from the old system of *laissez-faire* and stagnation to the new policy of activity and development“ (zitiert nach Constantine 1984: 11, Hervorh. im Original). Havinden und Meredith gehen davon aus, dass nach dem Ende von Chamberlains Amtszeit „the development issue was fixed permanently on the British government’s agenda“ (Havinden and Meredith 1993: 90). Nach dem Ersten Weltkrieg, in seiner Funktion als Kolonialminister, war Milner in Bezug auf Ostafrika – ihm schwebte ein ostafrikanisches „white dominion“ vor – „convinced that if we can once get the country fairly [sic] started we might see a development there almost as great as that of the West Coast“ (zitiert nach Constantine 1984: 55).

Milners enthusiastische Darstellung der *new policy of activity and development* (s.o.) Anfang des 20. Jahrhunderts ließ jedoch außer Acht, dass bestenfalls die geographische Ausrichtung „neu“ war, das Konzept der Entwicklung jedoch beispielsweise im British Raj bereits Anwendung gefunden hatte: „The concept of ‚development‘ as an objective of colonial government had perhaps first been seriously discussed around 1900 in response to Joseph Chamberlains’s initiatives. It had been articulated in the 1920s and 1930s and become an issue of utmost urgency during the Second World War and

afterwards. By 1900 ‚development‘, even if the concept was not explicitly used, had been the concern of the government of India for generations.” (Marshall 1999: 2f.)

Zudem ruft Constantine ins Gedächtnis, dass während der 40 Jahre zwischen 1875 und 1915 insg. £13,2 Mio. für „koloniale Entwicklung“ ausgegeben wurden (davon £11,8 Mio. in Form von Krediten) und resümiert, dass die Entwicklungsausgaben während der Amtszeit Chamberlains zwar angestiegen sein mögen, insgesamt jedoch niedrig blieben (vgl. Constantine 1984: 12).

Diese exemplarische Diskussion rund um Chamberlains Amtszeit als Kolonialminister veranschaulicht eine deutliche Diskrepanz zwischen den proklamierten Absichten und Erfolgen und dem, was hiervon tatsächlich umgesetzt wurde und kann als ein grundlegendes Merkmal britischen Kolonialismus (in Afrika) und britischer Entwicklungsbemühungen angesehen werden. Ausgangspunkt für jene Diskrepanz waren schlicht die knapp bemessenen Mittel, die für Chamberlains (und seiner Nachfolger) Strategie der *developing the great estates* zur Verfügung standen. Was Thompson in Bezug auf den ugandischen Kolonialstaat angemerkt hat – „Had to’ – but could not: that was the unfortunate verdict of the late 1940s in Uganda” (Thompson 1999: 139) – trifft demnach ebenso auf britische Entwicklungsbemühungen im Allgemeinen zu. Noch nicht einmal die relativ bescheidene Rolle des kolonialen „Nachtwächterstaates“ konnte ausgefüllt werden, einmal ganz abgesehen davon, dass der eiserne Glaube an die trickle-down-Effekte einer solchen (Wirtschafts- und Sozial-)Politik noch lange nicht die gewünschten Ergebnisse gezeitigt hätte.

Koloniale Entwicklung als ein Ansatz, der durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen die imperiale Wirtschaft beflügeln sollte (jedoch des Öfteren nicht konnte); der als Hintergrund für Diskussionen rund um das Für und Wider staatlicher Investitionen/Interventionen diente und insgesamt dazu beizutragen hatte, die imperiale Moral – den Glauben an die Rechtmäßigkeit kolonialer Herrschaft – aufrecht zu erhalten: all dies sind Eck- und Angelpunkte, die britischer kolonialer Entwicklung bis zu ihrem offiziellen Ableben im Jahr 1970, als der Overseas Development and Service Act von 1965 auslief (vgl. Constantine 1984: 1), erhalten blieben.

Auch wenn Chamberlain eine zielgerichtete Entwicklung der Kolonien eingefordert hatte und dem Staat hierin ein entscheidendes, wenn auch beschränktes Moment zuschrieb, blieben koloniale Entwicklungsansätze bis wenigstens in die 1930er Jahre hinein von der Absenz einer solchen Chamberlain’schen Praxis geprägt und vor allem

eines: charakterisiert durch chronische Unterfinanzierung und hiermit durch einen deutlich reaktiven Charakter.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs trug das Mandatssystem des Völkerbunds nicht nur zur territorialen Vergrößerung des British Empire bei, sondern auch zu einer beginnenden Internationalisierung der kolonialen Frage, die während der 1930er Jahre durch Untersuchungskommissionen des Völkerbunds (Ernährungssituationen in den Kolonien, insbesondere den West Indies) verstärkt in den Vordergrund trat und ein Faktor bei der Verabschiedung des *Colonial Development and Welfare Act* (1940) werden sollte (s.u.). blieb der selbstaufgelegte zivilisatorische Auftrag der Berliner Afrika-Konferenz (1884/85) mehr als vage und unverbindlich, stimmte das British Empire nach dem Ende des Ersten Weltkriegs auf politischen Druck hin der Formel des „Trusteeship“ zu. Nach beiden Weltkriegen – nach dem Zweiten mehr als nach dem Ersten – waren es vor allem die USA, die ihr politisches Gewicht in die Waagschale und Konzepte der „Selbstbestimmung“ in die internationalen Verhandlungen warfen. Lloyd George sprach 1918 vor seinem Kabinett davon, dass der „most difficult point“ die ehemals deutschen Kolonien seien, da Großbritannien den Eindruck vermeiden müsse, „merely trying to annex more territory to an over-gorged Empire.“ Die Frage nach den (ehemals) deutschen Kolonien sollte einer Konferenz anvertraut werden „whose decision must have primary regard to the wishes and interests of the native inhabitants of such colonies.“ (Lloyd George; zitiert nach Havinden and Meredith 1993: 129)

Das British Empire verpflichtete sich in Bezug auf die Mandatsgebiete dem Papier nach zu den Prinzipien des „Trusteeship“ und übernahm die Verantwortung für „peoples not yet able to stand by themselves under the strenuous conditions of the modern world“ und akzeptierte, dass „there should be applied the principle that the well-being and development of such peoples form a sacred trust of civilization“ (zitiert nach Pearce 1982: 5). William Rappard, Leiter des Sekretariats der *Permanent Mandates Commission* des Völkerbunds, fasste wesentliche Eckpunkte und Fragen im Zusammenhang mit dem Mandatssystem sowie die Hoffnung auf eine „humanere“ bzw. „altruistischere“ Kolonialherrschaft folgendermaßen zusammen:

The mandatory Power exercises its authority as a sacred trust, in the primary interest of the native, on behalf of the League of Nations – that is, practically on behalf of civilised mankind - whom the inhabitant of the mandated territory has a right to petition. Of course the best colonial

administrators have in the past already considered their task in the light of a „Dual Mandate.“ To be sure, also, the mere assumption of a mandate by an unprincipled Government would not transform its officials from brutes into saints. Is it not likely, however, that the international obligation of altruism, undertaken by the mandatory Power and the international supervision to which its administration is by law subjected, may stimulate the best colonial administrator and restrain the worst? And if this is the case, is it not likely also that the native may, in some measure, respond to the touch of disinterested action which the mandatory Power has publicly undertaken to exercise toward him? (Rappard 1925: 210)

Eigentlich auf die neu geschaffenen Mandatsgebiete beschränkt, wuchs sich das Konzept des „Trusteeship“ zu einer imperialen „quasi-theological doctrine“ aus – „Its very vagueness was its strength, in that it could appeal to all sorts and conditions of men for contrasting reasons.“ (Pearce 1982: 4) Im Zusammenhang mit der Rolle Großbritanniens als „Trustee“ wurde zudem während der 1920er nicht nur international, sondern auch und vor allem innerhalb des British Empire, die Frage verhandelt, wieviel „Entwicklung“ die Kolonien vertrugen – erwuchs aus der Bürde, die sich Großbritannien in Form seiner Kolonien auferlegt hatte, das Recht auf eine schnelle wirtschaftliche Ausbeutung kolonialer Ressourcen oder war es nicht vielmehr die Pflicht Großbritanniens, primär das Wohlergehen der kolonialen Völker zu gewährleisten, die Probleme, die sich aus einer allzu „schnellen Entwicklung“ für die Regierbarkeit der Kolonien ergaben, anzuerkennen und dem Credo der „Native Paramountcy“ zu folgen? (vgl. Abbott 1971: 69) Frederick Lugards „The Dual Mandate in British Tropical Africa“ aus dem Jahr 1922 transportierte die verheißungsvolle Nachricht, dass beides zugleich möglich und nötig sei und funktionierte nach dem Motto „obligation first, exploitation second. [...] Having apparently given moral and ethical issues primacy, the second part of the mandate went on to address economics, concerning ‚material obligations ... (the) development of natural resources for the mutual benefit of the people and mankind in general‘” (Cooke 2003: 49). Die ultimative Begründung für die britische Kolonialherrschaft sah Lugard darin, dass „we hold these countries because it is the genius of our race to colonize, to trade, and to govern“ (zitiert nach Cooke 2003: 49).

Dass es sich in den 1920er Jahren hierbei um einen Konflikt zwischen „Entwicklung“ auf der einen und „Trusteeship“/„Native Paramountcy“ auf der anderen Seite handelte,

verdeutlicht einmal mehr, dass koloniale Entwicklung in erster Linie die möglichst rasche exportorientierte wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien in den Blick nahm. Die Einschätzung des liberalen Parlamentsabgeordneten F.C. Linfield war lediglich eine unter vielen und wiederholte im Wesentlichen die Eckpunkte des Chamberlain'schen Ansatzes: „We have within the Empire millions of acres of fertile land and enormous mineral resources only waiting for development by the provision of roads, bridges, and railways.“ (Linfield 1926: *Empire Development*, zitiert nach Hetherington 1978: 93)

Auf der anderen Seite standen seit den 1920er Jahren „colonial administrators, including some, though not all, of the governors, and the permanent officials of the Colonial Office, tended to stress the ‚welfare‘ arguments for slower development or even none at all.“ (Havinden und Meredith 1993: 138, vgl. auch Hetherington 1978: 94)

Diese Konfliktlinie blieb nicht auf die 1920er Jahre und den oben skizzierten Gegensatz zwischen den tendentiell entwicklungsskeptischeren Kolonialregierungen und Teilen des Colonial Office auf der einen und der politischen Londoner Führungsriege auf der anderen Seite beschränkt. Für Joseph Hodge ist der Gegensatz zwischen den beiden skizzierten Polen einer der Gründe für das Scheitern britischer Entwicklungsbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg, da er sich in konfligierenden Politikansätzen gezeigt habe und „[o]fficials and experts vacillated between the need to reassert order and stability, on the one hand, and the imperative of increasing productivity and efficiency on the other. Some wanted to use the state as the prime agent for transforming and modernizing rural communities, while others hoped to employ its power to bolster and strengthen them.“ (Hodge 2007: 19) Andreas Eckert hat in Bezug auf dieselbe Phase in Tanganyika nachgezeichnet, dass jene Konfliktlinie zwischen den tendentiell jungen und modernisierungsfreudigen „social development officers“ auf der einen und den District Officers auf der anderen Seite verlief – letztere befürchteten, dass die Modernisierungs- und Entwicklungsbemühungen das „tribalistische Sozialgefüge“ und nicht zuletzt ihre eigene Autorität untergraben würden (vgl. Eckert 2004: 485).

Ein weiterer Aspekt, der ab den 1920er Jahren verstärkt in die Diskussionen über die Ausrichtung und Ziele kolonialer Entwicklung einfluss – auch wenn er keinesfalls in dem Sinne neu war – war das Konzept der Komplementarität imperialer Märkte. „We should speed up, as much as possible, railway construction and other development in the Empire, particularly in Africa. I am convinced that nationally the most remunerative expenditure we can incur is in the development of markets which will be

complementary and not competitive“ (zitiert nach Havinden und Meredith 1993: 144; Hervorh. D.S.), wie es der Präsident des *Empire Marketing Boards* 1925 ausdrückte. Leo Amery, Kolonialminister von 1924-29 verlautbarte 1929 vor dem Unterhaus, dass „it is not very probable, or, indeed, very desirable in the interests of the populations themselves, that industrial development should be unduly accelerated.“ (zitiert nach Constantine 1984: 249) Genau wie der Präsident des *Empire Marketing Board* brachte Amery hiermit einen wichtigen Eckpfeiler kolonialer kapitalistischer Expansion auf den Punkt – eine Expansion, innerhalb derer den Kolonien die Rolle der Primärgüterproduzenten zugeschrieben wurde, während Großbritannien die Rolle des Importeurs eben jener kolonialen Exporte und die des Exporteurs von Industriegütern einnehmen sollte. Das Zitat verweist zudem darauf, dass Konzepte wie die des „Trusteeship“, des „Dual Mandate“ oder der „Native Paramountcy“ – und nicht zuletzt das Konzept kolonialer Entwicklung selbst – in ihrer jeweiligen Lesart der Legitimierung dieses damals wie heute ungleichen Tauschs dienten. Die Zukunft der Kolonien als Rohstofflieferanten schien nicht nur in ihrer Geschichte und Natur begründet zu sein, sondern diesen Zustand aufrecht zu erhalten war zudem die Pflicht eines verantwortungsvollen „Trustee“. So resümieren Havinden und Meredith, dass die beiden Eckpunkte kolonialer Wirtschaftspolitik während der 1920er Jahre weiterverfolgt wurden: „Private enterprise remained predominantly British and the rise of native capitalism was resisted. The colonial economies remained complementary to the British economy, providing foodstuffs, raw materials and absorbing manufactured goods.“ (Havinden und Meredith 1993: 159)

Koloniale Entwicklung war auf der einen Betrachtungsebene eine Angelegenheit, die zwischen London und der jeweiligen Kolonie verhandelt werden musste. Zur Diskussion standen bis nach dem Ersten Weltkrieg in erster Linie Kredite an Kolonien, deren Volumen im Verhältnis zur Größe des British Empire gering waren und zu 90% in den Bau von Eisenbahnen in West- und Ostafrika geflossen waren (vgl. Havinden und Meredith 1993: 140). Zusätzlich zu den bereits bekannten Größen, die die Ausrichtung kolonialer Entwicklung beeinflussten, gesellte sich während der 1920er Jahre die britische Arbeitslosigkeit, die die politische Agenda in London immer mehr zu beeinflussen begann. Der *East Africa Loans Act* (1926) sah vor, dass die Hälfte des zur Verfügung gestellten Geldes in Großbritannien selbst ausgegeben werden sollte. Darüber hinaus schien klar, dass „the indirect benefits of increased trade and production within the Empire will more than counterbalance any initial sacrifice.“ (zitiert nach

Constantine 1984: 119) In diesen Zusammenhang gehört zudem der viel diskutierte *Colonial Development Act* (CDA) aus dem Jahr 1929, dem nicht rein zufällig im Gegensatz zu seinen Pendants aus den Jahren 1940 und '45 die Erweiterung seines Titels um den „welfare“-Aspekt abging. Wichtige Eckpunkte im Hinblick auf den weiteren Verlauf dieser Arbeit scheinen die administrativen Neuerungen und bis zu einem gewissen Grad die Komposition der finanzierten Entwicklungsprojekte zu sein, die der CDA mit sich brachte. Der erstmals in der Geschichte kolonialer Entwicklung geschaffene allgemeine Fonds, der den aus den Kolonien einlangenden Projektanträgen gewidmet war, wurde vom *Colonial Development Advisory Committee* (CDAC) verwaltet und die einzelnen Projektanträge somit einer zentralen Verwaltungsstruktur unterworfen. Die dezidiert als Entwicklungsgelder deklarierten Mittel des Fonds bedingten zudem einen graduellen Umbenennungsprozess kolonialstaatlicher Projekte, wie sich aus der Analyse der Uganda-bezogenen Dokumente des Coloniale Office ablesen lässt (s. Kapitel 5), ein Prozess, der nicht auf die ugandischen Projekte beschränkt blieb (vgl. Havinden und Meredith 1993: 90).

Der Druck auf das CDAC, Projekte zu finanzieren, die der britischen Wirtschaft direkt zugute kommen sollten, wuchs mit Beginn der Weltwirtschaftskrise weiter an: „The Advisory Committee will be invited to concentrate their recommendations on schemes which will give the greatest and speediest benefit to this country.“ (*Memorandum on the Measures Proposed by His Majesty's Government to Secure Reductions in National Expenditure*, 1930; zitiert nach Abbott 1971: 75) Trotz dieses (öffentlichen) Drucks lag der durchschnittliche Anteil der „tied aid“ letztlich lediglich bei 35% (vgl. ebd.) und somit deutlich unterhalb der 52% bis 69%, die Großbritannien Mitte der 1980er Jahre in Form von offizieller bilateraler „tied and partially untied [aid]“ ausgab (vgl. Jepma 1991: 22f.). Die 1930er Jahre zeigten überdies erneut, dass koloniale Entwicklung beileibe kein krisensicherer Ausgabenposten war, denn abgesehen von den beiden Finanzjahren 1935-37 gab das Komitee durchschnittlich nicht einmal die Hälfte der jährlich zur Verfügung stehenden 1 Million Pfund frei (vgl. Abbott 1971: 74f.).

Abschließend lässt sich festhalten, dass die britisch-koloniale Entwicklungspolitik bis in die 1920er Jahre hinein davon geprägt war, dass ein deutlicher Schwerpunkt auf Infrastrukturmaßnahmen gelegt wurde. Infrastruktur, vor allem das Transportwesen, würden zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonien führen, Großbritannien und den Kolonien wirtschaftlich zugute kommen und in den Kolonien einen Zivilisierungsprozess anregen. Der Glaube des kolonialen Establishments an diese

Formel saß tief und wurde nicht aufgegeben, dennoch lässt sich bezüglich der 1920er Jahre sagen, dass im Zusammenhang mit dem Konzept des „Trusteeship“ die Einfachheit jener Formel anfänglich hinterfragt wurde. Der CDA aus dem Jahr 1929 kann als ein erster Schritt in Richtung einer formalisierteren Entwicklungsplanung verstanden werden. Entwicklungen der 1930er Jahre werden am Anfang des 5. Kapitels dargestellt.

4. Historischer Kontext II: “We do not value Uganda for what she is, but for what she might become.”⁶

In diesem Kapitel wird zunächst der Gründungsmoment des ugandischen Protektorats nachvollzogen. Danach gehe ich auf jene Prozesse ein, die zur Etablierung der ugandischen Kolonialwirtschaft führten. Nicht nur das Transportwesen, auch beispielsweise Fragen der Besteuerung der afrikanischen Bevölkerung führten dazu, dass sich der Baumwollsektor in Uganda zu Anfang des 20. Jahrhunderts immer mehr ausbreitete und zusammen mit Kaffee schließlich zur wirtschaftlichen Basis des Protektorats wurde.

4.1 Rahmenbedingungen kolonialer Machtergreifung

„The development of Uganda is not new. It commenced with the explorers and early missionaries, and received its first main impetus when the British Government accepted responsibility for the Protectorate in 1893. Since then development has been continuous, and its pace has been accelerated. During the past 25 years annual revenue, and consequently expenditure on public services, has increased from less than £1,000,000 to more than £3,000,000 (see Figure 1).” (CO 536/218/3, Nr. 5, S. 5)

Dass Großbritannien die „Bürde“ auf sich nehmen würde, die mit der Errichtung des ugandischen Protektorats im Jahr 1894 einherging, war während der 1880er und Anfang der 1890er Jahre nicht selbstverständlich. Wie Immanuel Wallerstein aufgezeigt hat, ging der „Scramble for Africa“ der 1880er Jahre keineswegs von der Freihandelsmacht Großbritannien aus, die eigentlich von jenem Tag träumte „when Africa would be completely dominated by Britain, but this would not be through colonies, but by gradual penetration, decade by decade, of British trade and British missionaries.” (John E. Flint zitiert nach Wallerstein 1982: 403) Die auf der Berliner Afrikakonferenz von 1884 vereinbarten „spheres of interest“ in handfeste Kolonien umzuwandeln bedeutete

⁶ Lord Salisbury vor der Protektoratsgründung im Jahr 1894, zitiert nach Omolo-Okalebo et al. 2010: 154

einerseits, sich die Grenzen des eigenen Politikansatzes vor Augen zu führen und andererseits, dass jene nun offiziell übernommene Verantwortung nicht nur Rechte, sondern auch – beispielsweise finanzielle – Pflichten mit sich bringen würde, die nicht zwangsläufig im Sinne Londons waren. „The fact was that the majority of the Cabinet was opposed to any kind of extension of the British Empire, and in particular to the extension of direct imperial responsibility: they argued that the empire was large enough already.“ (Low 1971: 58) Für Frankreich und Deutschland jedoch schien der einzige Weg, den Anschluss an Großbritannien nicht vollends zu verlieren, über politisch – d.h. auch: wirtschaftspolitisch – klar abgegrenzte Räume zu führen. „Thus started the Scramble for Africa; and once it had been started, Britain had no choice but to join in or be the loser.“ (Wallerstein 1982: 403)

Die Geschichte Ugandas verdeutlicht, dass es nicht zwangsläufig nur der oben umrissene internationale Rahmen war, der einer offiziellen Annexion durch das British Empire Vorschub leistete, sondern ebenfalls damit zusammenhängen konnte, dass der zunächst primär privatwirtschaftlich organisierte britische Zugriff auf die Region an seine Grenzen stieß.

Lord Lugard wurde Anfang der 1890er Jahre als offizieller Vertreter der privatwirtschaftlichen *Imperial British East Africa Company* (IBEAC) nach Buganda beordert, um die Interessen der IBEAC (und letztlich Großbritanniens, so die Auffassung) in Buganda abzusichern. Der Konkurs der Lugard'schen Mission, der wenig später akut wurde, konnte auch die finanzielle Unterstützung, die die Missionare der IBEAC zukommen ließen, nichts Grundlegendes ändern (vgl. Low 1971: 55ff.). Britische Steuergelder hingegen schon, auch wenn zunächst mehr als ungewiss war, ob London die BritInnen in Uganda unterstützen würde.

Es ist vor diesem Hintergrund zu sehen, dass sich zu den internationalen Rahmenbedingungen nun ein weiterer Aspekt gesellte, der aus der Region nördlich des Viktoriasees das britische Protektorat Uganda machen sollte: Lugard und Vertreter der CMS versuchten, mittels einer „short, sharp campaign“ (Low 1971: 62) die britische öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen. Insgesamt wurden 147 Resolutionen verabschiedet sowie elf Memorials und 16 Petitionen verfasst (vgl. ebd.). Die Stoßrichtung: „...there can be little doubt that the evacuation of Uganda in March next will retard the civilization of that important country, perhaps for centuries, besides imperilling of many native Christians and giving a fresh impetus to the slave trade now largely held in check“, wie es Reverend G.A. Sowter in einem Brief an Außenminister

Lord Rosebery im Oktober 1892 ausdrückte (zitiert nach ebd.: 65). Die erst kürzlich ins Amt gewählte liberale Regierung in London sprach sich in Person des Premierministers Gladstone zwar zunächst prinzipiell gegen die Ausweitung des formalen British Empire aus, Außenminister Rosebury, ein liberaler Imperialist, hingegen dafür.

Zunächst kam es zu einem Kompromiss, durch den die IBEAC mit genügend staatlichen Geldern ausgestattet wurde, um bis April 1894 die Stellung halten zu können. Überdies wurde ihr nunmehr ein offizieller britischer Gesandter, Commissioner Sir Gerald Portal, zur Seite gestellt. Am 12. April 1894 beschlossen beide Kammern in London, die britische Präsenz in Uganda aufrecht zu erhalten (vgl. Karugire 1980: 82ff.). Am 27. August 1894 wurde das *Protectorate of Uganda* gegründet, „not because it had any perceived economic potential but because it contained the source of the Nile. It was this strategic consideration – which linked Uganda to Egypt, to the Suez Canal and thereby to India – which necessitated a somewhat reluctant colonial claim. So Britain’s purpose was possession; and this (minimal) purpose largely dictated the scale and form of colonial rule thereafter.” (Thompson 1999: 132)

4.2 Der Kolonialstaat und das Credo der finanziellen Unabhängigkeit der Kolonien

War laut Karugire in militärischer Hinsicht ein wesentlicher Aspekt der Kolonialisierung Ugandas das Vermögen Großbritanniens „to make other peoples fight her wars” (Karugire 1980: 96), so könnte eine weitere Strategie analog zu Karugire folgendermaßen beschrieben werden: to make other peoples pay her colonial project. Dass die IBEAC nach der Logik wirtschaftlicher Rentabilität operierte, liegt auf der Hand. Doch nicht nur Kolonialunternehmen, auch der koloniale Staat war in gewisser Hinsicht einer Rentabilitäts-Logik unterworfen: militärische Interventionen, der Aufbau einer – wenn auch zunächst relativ losen – Verwaltungsstruktur, Maßnahmen im Infrastrukturbereich etc. waren kostspielige Unterfangen. Aus London kam sowohl eine Anschubfinanzierung als auch der fortwährende Druck, genügend Einnahmen zu generieren, um lieber heute als morgen nicht mehr auf die finanzielle Hilfestellung der Metropole angewiesen zu sein.

Der bereits zitierte Artikel aus der *Times* brachte in der Diskussion rund um das Für und Wider der Ausweitung des British Empire auf Uganda einen wesentlichen Aspekt des

kolonialen Unterfangens auf den Punkt. Es seien anfänglich staatliche Investitionen vonnöten, doch seien diese angesichts dessen, was auf dem Spiel stehe, mehr als gerechtfertigt und darüber hinaus Ausgaben auf Zeit (und auf Pump, wie hinzugefügt werden sollte) – „until Administration becomes, as it probably soon would, self-supporting.“ (zitiert nach Low 1971: 59) Die Erwartungshaltung des kolonialen Zentrums war, dass, wenn man schon dazu bereit war, die „Bürde des Weißen Mannes“ auf sich zu nehmen und ein weiteres Gebiet in Übersee zu „zivilisieren“, sich jene Bürde zumindest nicht länger als notwendig negativ auf den britischen Staatshaushalt auswirken sollte. Jenes Credo der finanziellen Unabhängigkeit der Kolonien von britischen Steuergeldern war ein wesentliches Ziel der Metropole und Gegenstand zahlreicher Diskussionen innerhalb und außerhalb des kolonialen Verwaltungsapparates. Auch wenn sich Großbritannien mit der Verabschiedung des CDA im Jahr 1929 offiziell aufmachte, jenes Credo im Namen von Entwicklung aufzuweichen, kam es zumindest in Bezug auf Uganda zu keinem Zeitpunkt zu einer substantiellen Veränderung. Und auch eine Äußerung des Gouverneurs von Nigeria aus dem Jahr 1939 scheint diesen Eindruck auf einer allgemeineren Ebene zu stützen, monierte er doch, dass „the plain fact is that no British Government has yet laid down a clear cut policy in this important matter of colonial development [...] The ‚doctrine of individual self-sufficiency‘ has never been abandoned.“ (zitiert nach Havinden und Meredith 1993: 174) War sie bis zum Jahr 1939 nie aufgegeben worden, so war jene Doktrin 40 Jahre zuvor in Uganda vollständig intakt und eine der beiden „colonial measures of progress – increased exports and self-financing administration“ (Jørgensen 1981: 63).

Im Vergleich zur IBEAC war der Kolonialstaat potenter, um die positive Gesamtrechnung, die von der Metropole erwartet wurde, auch tatsächlich zu erfüllen – Gewalt-, Steuer- und (potentiell) Handelsmonopol, Zugriff auf den britischen Kader der Kolonialbeamten, Politikberatung durch das Colonial Office oder auch die Deckung des kurzfristigen Kapitalbedarfs durch den Londoner Finanzmarkt oder das britische Finanzministerium etc. Dem gegenüber stand ein ebenso verbreitetes Spektrum an Aufgaben.

4.3 Die koloniale Ökonomie Ugandas

Der skizzierte „Scramble for Uganda“ kann als ein Prozess interpretiert werden, der wichtige Rahmenbedingungen für die nun nicht mehr nur privatwirtschaftliche, sondern staatliche Präsenz/Expansion setzte. Allein schon die relativ geringen finanziellen Mittel, die der Protektoratsverwaltung für die Verfolgung ihrer Ziele (Law and Order, exportorientiertes Wirtschaftswachstum u.a.) zur Verfügung standen, machten eine Anwendung der viel zitierten und unzählige Male diskutierten Strategie des „indirect rule“ unerlässlich. Somit entspann sich auch im ugandischen Protektorat ein komplexes Machtgefüge, das mit der einfachen Gegenüberstellung von Kolonialherren und Kolonisierten nur unzureichend erfasst werden kann, sodass Thompson in Bezug auf die 1930er Jahre festgestellt hat: „A pattern of collaboration and interdependence had evolved between rulers and ruled. In fact, at one level, this was a relationship between rulers and rulers – British, and indigenous.“ (Thompson 1999: 132)

Erkennt man an, dass das ugandische Protektorat zunächst nur nominell existierte und sich der Kolonialstaat in einer Phase des Aufbaus befand, so schafften es die britischen Verwalter innerhalb von bemerkenswerten 15 Jahren, die Erwartungshaltung der Metropole zu erfüllen und im Haushaltsjahr 1914/15 einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erwirtschaften (vgl. Jørgensen 1981: 51).

Bis zum budgetären Durchbruch im Jahr 1915 waren die jährlichen Haushaltsdefizite starken Schwankungen unterworfen; Schwankungen, die sich u.a. auf die militärischen Aktivitäten zurückführen lassen, die zur „Pazifizierung“ Ugandas respektive der Konsolidierung der Kolonialherrschaft notwendig waren. Das anfängliche jährliche Defizit von £52.821 wuchs in den letzten drei Jahren des 19. Jahrhunderts aufgrund des Widerstands, der in Buganda und Bunyoro geleistet wurde, auf jährlich durchschnittlich £246.894 an, um während der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts – „during final punitive expeditions against opponents of the new order“ (Jørgensen 1981: 51) – auf £120.486 zu sinken. Danach fiel es auf den anfänglichen Wert von £57.148. Zwischen 1894 und 1915 wurde der Kolonialstaat mit britischen Steuergeldern in Höhe von 2,5 Millionen Pfund subventioniert (vgl. ebd.), danach trug sich das koloniale Projekt abgesehen von punktuellen Krediten für größere infrastrukturelle Maßnahmen selbst.

Gingen die Ausgaben im militärischen Bereich sukzessive zurück, so vollzog sich auf der Einnahmenseite simultan eine entgegengesetzte Entwicklung, ohne die ein ausgeglichener Haushalt nicht möglich gewesen wäre. „The question of taxation in Uganda is tied up with government’s earliest attempts at making the country financially

self-sufficient.” (Jamal 1978: 418) Einerseits diente die Einführung einer Hüttensteuer durch das *Buganda Agreement* von 1900 (welche später durch eine rentablere Kopfsteuer ergänzt bzw. ersetzt wurde) dem Ziel, direkte Steuern zu erheben und ein Geldwesen einzuführen (vgl. Jørgensen 1981: 50), andererseits diente sie dem Zweck, die Subsistenzwirtschaft teilweise zugunsten der kleinbäuerlichen Produktion von cash crops zu verdrängen und/oder aus Bauern Arbeiter zu machen (in Anlehnung an den Buchtitel *Wie aus Bauern Arbeiter wurden*; vgl. Bockhorn, Grau und Schicho 1998). Oder, wie es der britische Gesandte in Entebbe, Hayes Sadler, 1903 auf den Punkt brachte (aus dem Posten des „Commissioner“ wurde ab 1910 der des „Governor“):

With regards to products generally, the great difficulty is to get the native to cultivate the right kind, and in sufficient quantities. [...] In this I have great hopes of the hut tax, which obliges those who cannot pay in cash to do a month's work for the Government, and if, as I trust, Uganda becomes a producing country on a large scale, it will be largely due to the effects of this measure... When once the people see that it is easier to bring a load of produce for sale to the merchants than to do a month's work in building and roads, and that there is money to be made, the inducement to extend cultivation will follow. (zitiert nach Jørgensen 1981: 52)

Ein Jahr später fasste er vor der *Royal African Society* den entscheidenden Punkt folgendermaßen zusammen: „I have no hesitation in saying that this tax will prove to be the making of the country, not only because of the revenue it brings in but because of the habits of work it inculcates” (zitiert nach Mamdani 1976: 51). Zunächst unterlagen Exporte keiner Besteuerung, doch als ab den 1920er Jahren genau hiermit begonnen wurde, trugen die Kopfsteuer und Exportsteuer im Jahr 1923 zu rund der Hälfte der Staatseinnahmen bei, während sich der Rest im Wesentlichen aus Importzöllen zusammensetzte (vgl. Jørgensen 1981: 63).

Es gilt nicht nur in Bezug auf den Belgisch-Kongo, dass, wie Walter Schicho herausgearbeitet hat, die Interessensgruppen der kolonialen Triade (bestehend aus kolonialer Wirtschaft, kolonialer Verwaltung und den Missionen) um die neu geschaffene und immer wieder aufs Neue zu schaffende Arbeitskraft konkurrierten. Somit kommt jenen von Commissioner Sadler angesprochenen *habits of work* (s.o.), die zu verändern sich der koloniale Staat auf die Fahnen geschrieben hatte, eine zentrale Stellung im kolonialen Projekt zu, ging es doch um den „Wettbewerb um den

wichtigsten Faktor der Produktion, [die] Arbeitskraft.“ (Schicho 1998: 128). In Uganda stellte sich bereits 1905 heraus, dass die erst vor wenigen Jahren eingeführte Hüttensteuer im Sinne der kolonialen Triade zu geringe Auswirkungen hatte und es zu einer Unterversorgung an Arbeitskräften gekommen war. Zusätzlich zur Hüttensteuer (3 Shilling/Jahr) wurde eine Kopfsteuer von 2 Shilling eingeführt und die nördlichen Distrikte Ugandas langsam aber beständig zu einem Arbeitsreservoir für den bereits für den Exportmarkt produzierenden, geologisch wie geographisch günstiger gelegenen Süden Ugandas ausgebaut (vgl. Mamdani 1976: 51f.). Die Eisenbahnlinie, die den Süden Ugandas mit Mombasa und damit dem Weltmarkt verband und 1902 in Betrieb genommen wurde, tat ihr Übriges, um das Nord-Süd-Gefälle und eine exportorientierte Kolonialwirtschaft zu schaffen: die Transportkosten fielen von £130 bis £300 auf £2,40 je Tonne, die Transportzeit von Kampala (über Kisumu) nach Mombasa betrug nicht mehr 3 Monate, sondern sechs Tage. „Hence it was the railway which allowed Uganda to be integrated into the world economy.“ (Jørgensen 1981: 42) Ein Landwirtschaftsbeamter legte 1925 nahe, „to refrain from actively stimulating the production of cotton or other economic crops on outlying districts on which it is dependent for a supply of labour for the carrying out of essential services in the central or producing districts“ (zitiert nach Mamdani 1976: 52; vgl. ebd.: 51f.).

Hatte bisher lediglich Elfenbein einen solch hohen Preis erzielt, der die hohen Transportkosten hatte wettmachen können, sollte die Zukunft des ugandischen Exportsektors (und damit letztlich der Steuerbasis) bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein hauptsächlich im Baumwollanbau liegen. Es war die *Uganda Company*, die als wirtschaftlicher Arm der CMS im Namen des „legitimen Handels“ mit dem Baumwollanbau zu experimentieren begann. Letztlich führte eine Allianz, bestehend aus der CMS, der *British Cotton Growing Association* (BCGA) – „the spearhead of the British industry's campaign to encourage cotton growing in the empire and thus lessen Lancashire's dependence on American supplies“ (Youé 1978: 177) – der Protektoratsverwaltung und den Baganda „chiefs“, zur Etablierung dieses wichtigen Exportsektors. Bereits 1908/09, nach vier Jahren der Versuche, den Baumwollanbau in Uganda zu verbreiten, betrug der Wert der Baumwollexporte £41,223, nur um sich während der nächsten sieben Jahre mehr als zu verfünffachen und im Jahr 1915/16 rund die Hälfte der gesamten ugandischen Ausfuhren zu bestreiten (vgl. Jørgensen 1981: 54). Diese Entwicklung spielte nicht nur der britischen Baumwollindustrie in die Hände, sondern bescherte zudem der ugandischen Kolonialverwaltung dringend benötigte

Steuereinnahmen. Youé zeigt auf, wie die Baumwolllobby aus Lancashire nicht nur ihren Einfluss in Whitehall und hiermit bis zu einem gewissen im Colonial Office geltend machen konnte, sondern auch den direkten Umgang mit ugandischen Kolonialbeamten suchte. Zwei Wochen, nachdem Gouverneur Coryndon während eines Heimaturlaubs im Frühjahr 1920 als Ehrengast bei der BCGA anwesend war, teilte er dem *Royal Colonial Institute* in der Central Hall, Westminster, seine Auffassung mit, dass „the crop upon which, I am convinced, the Protectorate will depend increasingly is cotton.“ (zitiert nach Youé 1978: 181)

Der Verfall der Weltmarktpreise 1921 setzte die europäische und indisch dominierte ugandische Plantagenwirtschaft unter Druck: Banken weigerten sich, ihnen Kredite zu gewähren und die Erträge gingen zurück. Wurde während der 1910er Jahre die Zukunft Ugandas unter den Vorzeichen der Vor- und Nachteile einer starken Präsenz europäischer SiedlerInnen im Gegensatz zu einer hauptsächlich afrikanisch und kleinbäuerlich dominierten Gesellschaft und Wirtschaft verhandelt, war Anfang der 1920er Jahre deutlich geworden, dass die Plantagenwirtschaft unter den gegebenen Umständen mehr zu einer Belastung geworden war, als dass von ihr in den Augen der Protektoratsverwaltung ein wertvoller Beitrag erwartet werden konnte. Zu klein war der wirtschaftliche Output, zu artikuliert die politischen Forderungen des europäischen Teils der Plantagenwirtschaft und zu verheißungsvoll ihre ugandischen KonkurrentInnen. Afrikanische Kleinbäuerinnen und -bauern konnten je nach wirtschaftlicher Großwetterlage relativ flexibel zwischen Subsistenzwirtschaft und der billigen Produktion von cash crops hin- und herwechseln und wurden schließlich von der Kolonialverwaltung als die Zukunft des Protektorats gehandelt (vgl. Youé 1978: 182ff.; van Zwanenberg und King 1977: 61ff.):

The output of agricultural produce by natives on a large scale is the proper and indeed the only commercial destiny of the country, and of this the cotton industry is of paramount importance... It is hardly possible to over-estimate the necessity of devoting every energy in pushing this industry, not only in the interests of Eastern Africa but because the Empire must produce all the raw cotton possible within its own borders... The Protectorate revenue is derived in the main, as you are aware, from two items viz. Poll

Tax and Customs duties. The whole of the revenue derived from the former source and a large proportion of that derived from the latter depends on the wealth of the native...” (Governor Coryndon an Churchill, Juni 1922; zitiert nach Youé 1978: 182)

Es ist vielleicht in diesem Zusammenhang zu sehen, dass ab 1922 vonseiten des Kolonialstaats versucht wurde, den Anbau von Kaffee nicht länger der Plantagenwirtschaft zu überlassen, sondern auf den Bereich der kleinbäuerlichen ugandischen Produktion auszuweiten (vgl. van Zwanenberg und King 1977: 79).

Mit Erfolg. Wurde Robusta-Kaffee, was die Anbaufläche angeht, 1922 noch zu 95% auf Plantagen angebaut, waren die Plantagenwirtschaft und die ugandischen KleinbäuerInnen Anfang der 1930er Jahre in etwa gleichauf. Im Jahr 1938 machte der Anteil der Plantagen nur mehr 20% aus und allein in Buganda lag rund die Hälfte der Fläche, auf der Kaffee angebaut wurde (vgl. Mamdani 1976: 47). 1940 kamen 80% der im Vergleich zum Baumwollanbau bis zu zehnfach lukrativeren Kaffeeproduktion aus Buganda (vgl. van Zwanenberg and King 1977: 70).

War der Baumwollsektor von jeher von einer starken Konkurrenz geprägt (sowohl im Anbau als auch und vor allem in der Weiterverarbeitung und Vermarktung), war das ugandische Landwirtschaftsministerium („department“) bei der Einführung neuer cash crops, allen voran Kaffee, darauf bedacht „to organize both processing and marketing along monopoly lines from the outset.“ (Mamdani 1976: 105) Auch in diesem Sinne trug der Anbau von Kaffee wesentlich zu einer weiteren Ausdifferenzierung der ugandischen Wirtschaft und Gesellschaft bei.

4.4 Entwicklungsexkurs: Krankheit und Demographie

Nicht erst die Entwicklungsprogramme der 1940er und 50er Jahre konzeptualisierten die Frage nach der Bereitstellung kolonialer Arbeitskraft breiter, als sich lediglich auf die Auswirkungen von Steuern zu verlassen. Der kolonialstaatliche Umgang mit Krankheiten seit der Wende zum 20. Jahrhundert kann als ein Beispiel in diese Richtung verstanden werden und wirft letztlich die Frage nach den Unterschieden zwischen der frühen und späten Periode kolonialer Herrschaft auf. Noch während der „Pazifizierungsphase“ und inmitten der Bemühungen, die exportorientierte ugandische Wirtschaft aufzubauen und einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu bewerkstelligen, machte sich der britische *District Commissioner* (DO) aus Busoga Gedanken darüber,

auf welche Art und Weise junge Ugander aus der Region wohl am besten dazu motiviert werden könnten, auf die Jagd nach Tsetse-Fliegen zu gehen. Sein Hauptaugenmerk „lay with the financial cost of avoiding an epidemic in the region. A sleeping-sickness epidemic might threaten the availability of African labour before it could be put to British advantage.“ (zitiert nach Hoppe 1997: 86) Bereits 1906 führte die Protektoratsverwaltung die Kategorie der *Infected Areas* ein, leitete groß angelegte Umsiedlungsprogramme ein und/oder sprach ein Ansiedlungsverbot aus (vgl. Hoppe 1997: 86f.). Wie in Bezug auf jede (kolonial)staatliche Maßnahme, so lässt sich auch in Hinblick auf die Umsiedlungsprogramme feststellen, dass Kolonialherrschaft eine relationale und relative Angelegenheit war, die fortwährend zwischen machtvollen Momenten – dem Willen und der Fähigkeit, zu intervenieren – und Aspekten, die die Grenzen jener Macht aufzeigten, schwankte. Während also Commissioner (Gouverneur) Hesketh Bell, frustriert durch das Ausbleiben von Antworten des Colonial Office, seine Umsiedlungspläne in Eigenregie „erfolgreich“ umsetzte, zeigt Hoppe in seiner Oral History auf, dass jene offizielle Version nicht mit der Art und Weise, wie die betroffene Bevölkerung mit den restriktiven Maßnahmen umging, übereinstimmte: „After [depopulation] police were not out when it was dark. During the day the men hid from the police . . . Most of them did not get the sickness. [Kinbya, 1993]“ (zitiert nach Hoppe 1997: 91), wie sich der Sohn eines Mannes erinnerte, der seine Jagdgewohnheiten trotz des Verbots nicht vollständig änderte. Insgesamt legt Hoppe nahe, dass die Möglichkeiten des Kolonialregimes, seine kontrollierenden Ambitionen auch tatsächlich umzusetzen, stark beschränkt waren. Wie Kirk-Greene in Bezug auf den britischen Kolonialismus im Allgemeinen argumentiert hat, bedeutete dies jedoch keinesfalls, auf die Ausübung von Gewalt zu verzichten: „Nevertheless, coercion was, at certain periods and under certain circumstances, an administrative tool. This was particularly the case in the supply of labour“ (Kirk-Greene 1980: 41)

Abgesehen von Umsiedlungsprogrammen wurden zwischen 1905 und 1915 Kommissionen gegründet, Ärzte nach Uganda geholt und relativ schnell konnte Commissioner Hesketh Bell verlautbaren: „*fait accompli*“ (Bell, 1946, zitiert nach Hoppe 1997: 88; Hervorh. im Original). Laut Carol Summers hinterließ jene koloniale Intervention jedoch „not only a group of doctors and scientists familiar with conditions in Uganda but also a pattern for administrative intervention in the health and lives of the protectorate’s people by a system of local administration that oversaw public health, and a pattern of visiting medical commissions that advocated advanced and coercive

therapies and population management.“ (Summers 1991: 789) Denn die Schlafkrankheit war nicht die einzige Front, an der zu Anfang des 20. Jahrhunderts vonseiten des Kolonialstaats gekämpft wurde, hatte man doch festgestellt, dass auch nach der Schlafkrankheit-Epidemie vor allem die bugandische Bevölkerung eine niedrige Geburtenrate aufwies (vgl. Summers 1991: 789f.). 1908 stellte der Vorsitzende der im selben Jahr nach Uganda zitierten Kommission, F.J. Lambkin, fest, dass „another malady of an even more serious nature had begun to sap the life-blood of the tribes. [...] In fact, as things stand at present, owing to the presence of syphilis, the entire population stands a good chance of being exterminated in a very few years, or left a degenerate race fit for nothing.“ (Lambkin 1908, zitiert nach Summers 1991: 790). Es ist bemerkenswert, dass die Kolonialadministration relativ früh Fragen nach der Reproduktion der ugandischen Bevölkerung stellte und den Versuch unternahm, nicht nur die medizinisch erkennbaren Symptome von Krankheiten in den Blick zu nehmen, sondern ebenfalls die Gesellschaft, innerhalb der sie entstanden. Bereits in den 1920er Jahren kamen in diesem Zusammenhang Konzepte der „social hygiene“, „sexual behaviour“ und Fragen nach „motherhood“ auf und die *Maternity Training School* wurde gegründet „in an effort to make more women reproduce and to make them better mothers“ (Summers 1991: 788).

5. Bedrohungsszenarien und die Machbarkeit ordnender Entwicklung

„It is hardly necessary to stress the literally vital importance of the proposals [...] and it is only desired to call attention to the need for accepting the position and to the fact that some of the natives of this generation may have to submit to some deprivation and inconvenience for the benefit of future generations.“

(„Report of the Teso Informal Committee, with Appendices“, 1937 [26.11.1935], CO 536/191/6, Nr. 9, S. 19)

„The situation which demands immediate attention is that prevailing in certain areas in and around Kampala, at present lying outside the Township Boundary. The unsatisfactory siting and the insanitary conditions of many of the dwellings render those areas a potential source of danger to the health of the town. Delay in dealing with this problem will increase the difficulties to be encountered and the cost of the remedial measures.

The class principally concerned is that whose standard of living is low [...] this class, which is not wealthy or progressive enough to provide sanitary and properly laid-out housing for itself, must in the common interest be assisted to that end.“

(„Town Planning and Urban Development“, 1937, TNA (PRO): CO 536/191/6, Nr. 3, Annexure B., S. 1)

Das Kapitel beginnt mit einer kurzen Darstellung des historischen Kontextes sowohl auf imperialer als auch auf der Ebene des ugandischen Protektorats. Die Analyse selbst orientiert sich hauptsächlich an der Chronologie der zentralen Dokumente, doch widme ich mich einführend der Frage, was die ugandischen Aktenbezeichnungen über das Schlagwort „development“ aussagen, das während der 1930er Jahre zunehmend Verwendung fand. Ein großer Teil der Analyse ist jenen Dokumenten gewidmet, die sich mit der Bodenproblematik auseinandersetzen. Das erste unter ihnen, das „Memorandum on the Instruction and Guidance of the Agricultural Survey Committee“

aus dem Jahr 1935, setzte einen Erfassungs- und Planungsprozess in Gang, der sich in Berichten aus den Jahren 1935 und 1937 sowie in weiteren Grundsatzpapieren kolonialer Entwicklung niederschlug. Nach dem Memorandum widme ich mich dem ugandischen Entwicklungsprogramm aus dem Jahr 1936, das zwar verschollen ist, aber unter Bezugnahme auf andere Dokumente ansatzweise rekonstruiert wird. Es scheint, als hätte es sich von den Entwicklungsplänen der 1940er Jahre in dem Sinne unterschieden, als dass es zum Großteil Investitionen in den Wohnungsbau vorsah. Es zeigt sich aber auch, dass es eine kolonialstaatliche Hinwendung zum Thema „Town Planning and Urban Development“ anstieß, wie ein Dokument aus Jahr 1937 lautet, das im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprogramm analysiert wird und einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchung darstellt. Die weitere Analyse widmet sich jenen bereits erwähnten Berichten, die durch das Agricultural Survey-Memorandum aus dem Jahr 1935 initiiert und im Jahr 1937 durch das *Agricultural Department* publiziert wurden. Es handelt sich hierbei um den relativ kurzen „Interim Report of the Agricultural Survey Committee“ sowie um den Bericht des „Teso Informal Committee“. Im Teso-Bericht wurden Thesen aufgestellt und Prozesse und Entwicklungsansätze angestoßen, die in Bezug auf die späteren Entwicklungspläne und ihr Verständnis als besonders zentral erscheinen.

5.1 Die 1930er Jahre: Diversifizierung kolonialstaatlicher Entwicklungsansätze

Auf der imperialen Ebene waren britische Ansätze kolonialer Entwicklung bis in die 1930er Jahre hinein im Großen und Ganzen von der Vision und dem Glauben daran gekennzeichnet, dass durch die punktuelle Investition in strategische Infrastruktur die kolonialen Reichtümer in Wert gesetzt werden könnten – *developing the great estate*, wie es die bereits zitierte Aussage von Linfield besonders gut veranschaulicht: „We have within the Empire millions of acres of fertile land and enormous mineral resources only waiting for development by the provision of roads, bridges, and railways.“ (Linfield 1926: Empire Development, zitiert in Hetherington 1978: 93) Zwar erkannten vor allem die Kolonialbeamten in den britischen Protektoraten und (Kron-)Kolonien und mit ihnen ein Teil der Beamten des Colonial Office spätestens während der 1920er Jahre, dass die Inwertsetzung und koloniale Herrschaft wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen sei, als in der Aussage von Linfield zum Ausdruck kam. Doch die Vision der prinzipiellen Machbarkeit des kolonialen Projekts konnte durch

unterschiedliche Problemlagen lediglich eingetrübt werden, verloren ging sie bis zum Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre, als sich die Emanzipation der afrikanischen Gesellschaften immer deutlicher abzuzeichnen begann, indes nicht. Wie sollte man auch etwas erreichen wollen, das unmöglich erscheint? Politisch breitenwirksam artikulierte Eintrübungen der kolonialen Vision erfolgten bis in die 1930er Jahre hinein vor allem über Problemlagen in den Bereichen der politischen Durchführbarkeit/Regierbarkeit der *natives*, ihrer Verfassung als (v.a. landwirtschaftliche) Arbeitskräfte sowie in Bezug auf die knappen finanziellen Ressourcen, die für das koloniale Projekt einerseits von der Metropole aus zur Verfügung gestellt wurden und andererseits in den Kolonien selbst erwirtschaftet werden konnten. Politische Stabilität, Arbeit, Kapital: dies waren im Groben die Konfliktfelder, mit denen sich kolonialpolitisch auseinandergesetzt wurde. Die 1930er Jahre, im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, internationaler Kritik an Kolonialregimen (Ernährungssicherheit, allgemein niedriger Lebensstandard in den Kolonien) und den ArbeiterInnenstreiks in britisch-afrikanischen Gebieten und den West Indies (ab 1935) trugen zu einer graduellen Reformulierung kolonialer Entwicklungsansätze bei und führten zum *Colonial Development and Welfare Act* (CDWA) des Jahres 1940 (vgl. Meredith und Havinden 1993: 187-205; Hodge 2007: 144ff.).

Unterschiedliche Themenbereiche kamen stärker in den Fokus derer, die von der Zentrale in London aus mit der Administrierung des British Empire beauftragt waren. Das *Colonial Development Public Health Committee* stellte 1930 fest, dass „[i]f the productivity of the East African territories is to be fully developed, and with it, the potential capacity of those territories to absorb manufactured goods from the United Kingdom, it is essential that the standard of life of the native should be raised and to this end the eradication of disease is one of the most important measures.“ (zitiert nach Havinden und Meredith 1993: 167) Ganz im Einklang mit der Meinung der Gesundheitskommission hatte das *Colonial Development Advisory Committee* (CDAC) zum Zeitpunkt seiner Auflösung im Jahr 1940 rund 16% der Gesamtausgaben für den Gesundheitsbereich veranschlagt und wiederholte im Wesentlichen die Einschätzung der Kommissions: „wise expenditure on public health was essential to economic development.“ (zitiert nach Abbott 1971: 74) Gesundheitsausgaben rangierten somit nach den 30%, die für den prominentesten Bereich, das koloniale Transportwesen, ausgegeben wurden, auf Platz zwei der sektoralen Ausgabenverteilung (vgl. ebd.).

Es kam jedoch zu keiner Anhebung des Lebensstandards, vielmehr stellte sich während der 1930er Jahre heraus, dass es um diesen schlecht bestellt war. Die Weltwirtschaftskrise führte dazu, dass sich importierte Waren verteuerten und sowohl die Preise der Rohstoffe als auch ihre Absatzmengen stark rückläufig waren. Die Verschlechterung der Terms of Trade machte sich in erster Linie bei den „natives“ bemerkbar, deren Lebensstandard angehoben werden sollte, deren Einkommen jedoch von den cash crops abhing und den Preisen, die sie für Konsumgüter ausgeben mussten (vgl. Havinden und Meredith 1993: 167ff.).

So ging während der 1930er Jahre die Beobachtung, dass es zum möglichst reibungslosen Ablauf kolonialer Herrschafts- und Wirtschaftsprozesse mehr bedurfte als des Baus von Eisenbahnen, immer mehr in den kolonialen Mainstream über (vgl. ebd.), ein Umstand, der sich auch in der tatsächlichen Ausgabenpolitik des CDAC ablesen ließ (vgl. ebd.: 218).

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren zwar auch in Uganda spürbar, jedoch in einem geringeren Ausmaß als im British Empire als Ganzem. Die ugandischen Baumwollexporte gingen lediglich im Jahr 1930 zurück, danach reagierten die ugandischen ProduzentInnen offensichtlich mit der auch in anderen kolonialen Ökonomien festzustellenden Strategie, angesichts wesentlich niedrigerer Weltmarktpreise mehr zu produzieren, um annähernd denselben Geldbetrag je Haushalt erwirtschaften zu können. 1932 waren die Exporte bereits wieder auf dem Niveau von 1929, 1933 war eine Steigerung von knapp 50% zu verzeichnen. Die Kaffeeproduktion setzte ihren Aufwärtstrend unbeirrt fort und wurde neben Baumwollexporten zum wichtigsten Exportgut des Protektorats.

Der Verfall der Weltmarktpreise für Kaffee und Baumwolle bedeutete für den ugandischen Kolonialstaat, dass er weniger von der Differenz zwischen Weltmarktpreis und dem Anteil, den die ProduzentInnen erhielten, profitieren konnte. Seine Einnahmen überstiegen erst 1936 wieder das Niveau von vor der Krise (vgl. Jørgensen 1981: 347ff.). Die 1930er Jahre sahen eine beständige Ausweitung der Baumwoll- und Kaffeeexporte sowie eine verhaltene Politik der Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion. „The purpose was not to get away from export production, but to complete the subordination of internal trade to the export trade, and to produce a variety of cash crops for export.“ (Mamdani 1976: 107) British-American Tobacco Co., Ltd. erhielt eine Konzession für die Vermarktung von Tabak, Lever Bros., Ltd. (A. Baumann and Co.) sicherte sich das Geschäft mit Erdnüssen (vgl. ebd.).

Die relativ gute finanzielle Lage des Protektorats war überdies ein Grund dafür, dass die CDF-Gelder fast vollständig an Uganda vorbei ausgegeben wurden. Kolonialminister Malcom MacDonald merkte am 8. Oktober 1935 in einem Brief an Governor Mitchell an, dass „[h]aving regard however to the present financial position of Uganda as compared with that of many other Dependencies, it is unlikely that the Colonial Development Advisory Committee would consider favourably the grant of assistance in respect of schemes which the Government is in a position to carry out unaided, and intends to carry out whether aid from the Colonial Development Funds is, or is not, available. I consider therefore that in present circumstances it is inexpedient to approach the Committee.“ (CO 536/184/11, Nr. 3, S. 1)

Thompson argumentierte, dass in Uganda “[n]otwithstanding the Depression, the 1930s was a decade of remarkable colonial tranquility.“ (Thompson 1999: 132) In der Tat führte der Umstand, dass das ugandische Protektorat die Weltwirtschaftskrise relativ zu anderen Kolonien gut überstand, zu einem geringeren Konfliktpotential. Die bereits erwähnten Streiks und Unruhen in anderen afrikanischen Territorien und den West Indies machten sich in Uganda weitaus weniger bemerkbar, aus der Perspektive Londons bzw. der Kommission, die die Streiks und Unruhen im Uganda des Jahres 1945 untersuchte, gehörte dessen „long untroubled existence“ (Whitley Report 1945, zitiert nach Kakembo 1989: 29) erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs endgültig der Vergangenheit an. Freilich war die Perspektive Londons nicht mit der tatsächlichen Situation im Protektorat gleichzusetzen.

Während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre entstand beispielsweise eine relativ breite Front aus afrikanischen LehrerInnen und SchülerInnen (in der klaren Trennung der beiden Gruppen sah die afrikanische Bevölkerung mehr Nach- als Vorteile, vgl. Hanson 2010: 157ff.) und den Missionen. Das Ziel war, das weit verbreitete und „alternative Bildungssystem“ der ugandischen Dorfschulen zu erhalten, doch „[i]nstead of responding to the Africans’ aspirations to improve the schools they had created, the Uganda Protectorate withdrew the small amount of funding that 5,673 of them received, in order to concentrate on improving 218. Mr. Jowitt, the Director of Education in Uganda explained this as ‚selecting the best’ and promised that more would be taken over, based on priorities provided to the Department of Education by the missionaries (De La Warr 1937, no. 48, February 12, 1937).“ (Hanson 2010: 165)

Der koloniale „Dauerbrenner“ – die relative Verteilung des landwirtschaftlich produzierten Mehrwerts – wurde auch in Uganda während der zweiten Hälfte der

1930er Jahre akut. Durch die drastische Absenkung des Preises, der afrikanischen BaumwollproduzentInnen für ihre Ernte ausbezahlt wurde – er fiel von 13,7 Cents/Pfund im Jahr 1937 auf nur mehr 8,8 Cents im darauffolgenden Jahr –, kam es durch drei bugandische Geschäftsleute zur Gründung der *Uganda Grower's Cooperative Union*. Ihr Ziel war es, die Ernte kollektiv verkaufen zu können „and to ‚eliminate the foreigner’ in the cotton industry“ (Bowles 1975: 52). Abgesehen hiervon artikuliert sich die Unzufriedenheit der BaumwollproduzentInnen in Buganda zu solch einem Grad, dass im selben Jahr eine Baumwollkommission eingesetzt wurde, um die Gründe hierfür zu untersuchen (vgl. ebd.).

Doch afrikanischer Widerstand gegen politische und wirtschaftliche Missstände im Uganda der 1930er Jahre war zu kurzlebig und im Vergleich zu den Streiks und Unruhen in anderen Territorien zu harmlos, als dass er die Protektoratsverwaltung wirklich aufgescheucht hätte und bis nach London vorgedrungen wäre. Relativ gesehen waren die 1930er Jahre also tatsächlich „a decade of remarkable colonial tranquility“ (Thompson 1999: 132).

Die nachfolgende Analyse geht dem nach, was sich abseits dieser Ruhe innerhalb des kolonialen Verwaltungsapparats abspielte und fokussiert auf eine kolonialstaatliche Introspektive. Durch sie zeigt sich, dass auf einer anderen Betrachtungsebene die zweite Hälfte der 1930er Jahre eine recht unruhige Phase waren, in der die Zukunft des Protektorats auf dem Spiel zu stehen schien und entsprechend drastische kolonialstaatliche Antworten gefunden werden mussten.

5.2 „Entwicklung“ als eine sinnstiftende Kategorie der Kolonialadministration

„The word ‚development’ was used constantly and ambiguously in this period“, wie Hetherington (1978: 90) in Bezug auf die 1930er Jahre angemerkt hat. Dass dem tatsächlich so war und sich dies außerdem nicht auf Uganda beschränkte, wurde bereits angedeutet. Auch in den Aktenbezeichnungen ugandischer Dokumente, abgelegt und kommentiert von Beamten des Colonial Office, kam es ab Mitte der 1930er Jahre zu einer – hier wortwörtlich gemeinten – Verschiebung in Richtung „Entwicklung“. Angestoßen durch den CDA 1929 und die darauf folgende Teilfinanzierung bestimmter Maßnahmen der Protektoratsverwaltung durch Gelder des CDF, wurden die Akten des Colonial Office in London dadurch schrittweise in einen anderen Sinnzusammenhang gestellt. Mit den Aktenbezeichnungen haben die Beamten nicht nur versucht, Auskunft

über ihren Inhalt zu geben – gleichzeitig wurden jene Inhalte bestimmten übergeordneten Themen zugeteilt. So entstand eine Art Schlagwortbaum; Sammelbegriffe, die die sektorale Aufteilung kolonialstaatlicher Maßnahmen und die Perspektive der Kolonialbeamten des Colonial Office hierauf widerspiegeln.

Bei manchen der Akten ergibt sich ein Unterschied zwischen den Aktennamen von damals und den Online-Aktenamen von heute, da die online verfügbaren Bezeichnungen teils von MitarbeiterInnen des Nationalarchivs in London angepasst wurden, um ihren Inhalt besser wiedergeben zu können. Beispielsweise heißt eine Akte aus dem Jahr 1935 eigentlich „Development – Road Construction“ (CO 536/184/11), während sie im Onlineverzeichnis des Archivs unter „Development schemes: proposed expenditure for road construction“ geführt wird. Manche der im Folgenden genannten Akten liegen mir nicht vor, sodass mir ein Vergleich nicht möglich ist. Die folgenden Ausführungen sind also einerseits mit Vorsicht zu genießen, andererseits legen die mir vorliegenden Akten nahe, dass die Unterschiede zwischen damaliger und heutiger Bezeichnung meine Beobachtungen nicht wesentlich verändern.

Sucht man im Nationalarchiv von London in der Uganda-Korrespondenz beispielsweise nach Akten zum Schlagwort „road“, ergibt sich folgendes Bild: In den späten 1920er Jahren und Anfang der 1930er Jahre wiesen deren Namen das Muster „Transport: road rail system in Uganda“ (CO 536/149/6; 1928) oder „Road transport: communications between Uganda and Sudan“ (CO 536/152/8; 1929) auf. Prinzipiell wurde demnach im ersten Teil des Titels das übergeordnete Thema benannt, während es nach dem Doppelpunkt näher spezifiziert wurde. Weitere Beispiele wären „Transport: Jinja-Kampala railway extension“ (CO 536/164/4, 1931), „Road Construction and Maintenance: possible purchase of [...]“ (CO 536/172/15; 1931/32), „Road transport: proposed establishment of a road board for Uganda [...]“ (CO 536/175/2; 1932/33). Die umgekehrte Perspektive ist ebenfalls möglich: eine bestimmte Maßnahme, beispielsweise die Schaffung eines *road board*, um beim letztgenannten Beispiel zu bleiben, schien zu spezifisch zu sein, als dass die Akte diesen Namen hätte tragen können. Die Schaffung eines *road board* wurde demnach kontextualisiert und in den größeren Zusammenhang des Straßenverkehrs als solchen gestellt.

Es sind jene Sammelbegriffe und mit ihnen die Zuordnung kolonialstaatlicher Maßnahmen, die sich in den 1930er Jahren allmählich und teilweise änderten; ein Reorganisationsprozess, der als Ausdruck eines allgemeineren und sich ebenfalls graduell vollziehenden Perspektivenwechsels angesehen werden kann. Nach der oben

genannten Akte aus dem Jahr 1932/33 findet sich im britischen Nationalarchiv eine Akte aus dem Jahr 1935 mit dem Titel „Development: road construction“ (CO 536/184/11). Der nächste relevante Eintrag lautet „Development: reconstruction of main roads“ (CO 536/205/4; 1939/41). Waren der Straßenbau oder das Verkehrswesen zuvor Sammelbegriffe, die eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen innerhalb des Verkehrswesens ordneten, wurde nun seinerseits der Straßenbau kontextualisiert und dem Sammelbegriff „Entwicklung“ untergeordnet.

Eine ähnliche Tendenz ist in Bezug auf den Wassersektor zu beobachten. Exemplarisch lässt sich die erste Akte aus dem Jahr 1926 („Kampala water supply: proposals and recommendations [...]“; CO 536/143/6) mit derjenigen aus dem Jahr 1935 vergleichen: „Development: Water Supply, Kampala“ (CO 536/184/10).

Durchsucht man die Uganda-Korrespondenz des Colonial Office nach dem Schlagwort „development“, stößt man bis 1951 (in diesem Jahr wurde Uganda der Ostafrika-Korrespondenz untergeordnet) auf 88 Akten, das erste Mal wird man im Jahr 1926 fündig: „Electric power: Ripon Falls development scheme“ (CO 536/142/2). „Entwicklung“ fungierte hier nicht als allgemeiner Sammelbegriff, sondern wurde mit einem bestimmten Thema verknüpft, eine Eigenschaft, die auf weitere Akten aus jener Zeit zutrifft. Ab 1930 änderte sich dies allmählich, es wurden Akten angelegt, die mit „Colonial Development Fund“, „Colonial Development Fund Schemes“ oder „Development – X“ betitelt wurden⁷ und offensichtlich im Zusammenhang mit dem CDA aus dem Jahr 1929 entstanden.

„Entwicklung“ schien dadurch einerseits immer öfter ein eigenständiges Thema neben vielen anderen zu werden (wie Wasser, Straßen, Bergbau, Landwirtschaft, Bildung etc.), es handelte sich andererseits jedoch nicht lediglich um ein neues Thema unter anderen. Vielmehr schien „Entwicklung“ allmählich ein übersektoraler Sammelbegriff zu werden, dem viele der bestehenden Themenbereiche unter- oder zugeordnet wurden und der insofern seinesgleichen suchte. Wie angedeutet, wurden bereits bekannte Sektoren (wie beispielsweise der Wasser- oder Straßenbau) „einfach nur“ in einen anderen, nämlich einen Entwicklungs-Zusammenhang, gestellt und es ließe sich argumentieren, dass es sich hierbei lediglich um einen neuen Namen für ein altes Programm handelte. Beispielsweise enthielt die bereits erwähnte Akte „Development –

⁷ vgl. CO 536/161/3 (1930); CO 536/173/1 (1932); CO 536/176/15 (1933); CO 536/181/8 (1934/35); CO 536/184/10 und CO 536/184/11 (1935)

Road Construction“ lediglich ein Schreiben von Governor Mitchell an Kolonialminister Malcom Macdonald und dessen Antwort hierauf. Offensichtlich hatte das ugandische Protektorat angeregt, den Straßenbau aus Mitteln des CDAC zu finanzieren. Der Kolonialminister riet jedoch angesichts der relativ guten finanziellen Lage des ugandischen Protektorates davon ab, einen Projektantrag beim Komitee einzureichen⁸. Es war also letztlich ein ganz „normales“ Projekt, bei dem der einzige Grund dafür, dass es mit „Entwicklung“ betitelt wurde, darin bestand, dass der Finanzierung über Colonial Development Fund-Mittel eine Absage erteilt wurde.

Der skizzierte Umbenennungsprozess ist nicht weiter verwunderlich, nimmt man die Arbeitsweise des CDA, des durch ihn ins Leben gerufenen *Colonial Development Fund* und die des Colonial Office in den Blick. Wie bereits dargestellt wurde, stand zwar der CDA ganz im Zeichen der britischen Arbeitslosigkeit während der 1920er Jahre und seine Ausgaben blieben hinter dem ohnehin niedrigen Gesamtvolumen weit zurück. Ein Umstand, von dem ebenfalls von Teilen des Kolonialapparats durchaus kritisch Notiz genommen wurde. So wurde beispielsweise in einem aus dem Jahr 1944 stammenden, vom Chief Secretary von Uganda zusammengestellten Dokument angemerkt, dass

Until 1940 all development work in any Colony or Protectorate of the Empire had been almost wholly dependent upon its local resources, for, although a Colonial Development Fund had been established by the Act of 1929, grants therefrom were limited to projects capable of 'promoting commerce with, or industry in, the United Kingdom'.

(CO 536/214/2, Nr. 5, S. 1)

Uganda hatte bis 1940 im Ausmaß von £ 24.505 von dem CDF profitiert und mit einem angesichts dieser niedrigen Summe fast schon ironischen Unterton wurde die Einschätzung abgegeben, dass es sich um eine „somewhat hampering policy“ (ebd., S. 2) gehandelt habe. Ob es sich nun beim CDA um einen „erschwerenden“ Ansatz handelte oder nicht, offensichtlich trug er dazu bei, das Schlagwort „Entwicklung“ in einem ersten Schritt im kolonialen Diskurs (hier: innerhalb des Colonial Office) zu verankern. Als symptomatisch hierfür kann einerseits der oben umrissene Umbenennungs- und administrative Reorganisationsprozess gesehen werden: Projekte, bei denen lediglich die Frage der (Teil)Finanzierung durch den CDF im Raum stand,

⁸ vgl. Brief von MacDonald an Mitchell, 08.10.1935, CO 536/184/11, Nr. 3, S. 1

wurden nun durch Beamte des Colonial Office in Akten abgelegt, die mit dem „Entwicklungssiegel“ versehen wurden.

Andererseits trug der CDA mutmaßlich dazu bei, einen etwas anders gelagerten Blick auf die Finanzen und Maßnahmen des Kolonialstaats zu werfen. Theoretisch standen ihm nun nicht länger drei, sondern vier Möglichkeiten der Finanzierung von Maßnahmen zur Verfügung: Zu den laufenden Einnahmen des Protektorats, den eigenen Rücklagen und der Kreditaufnahme gesellte sich der CDF hinzu. Das neueste Finanzierungsinstrument – wie bereits erwähnt im Falle Ugandas dem Volumen nach eine fast schon vernachlässigbare Größe – verlangte vielleicht noch mehr als die anderen drei einen erfassenden und planerischen Blick, denn Protektoratsverwaltung und Colonial Office wechselten so manches Telegramm und Memorandum, in dem es um die Frage ging, ob das jeweilige Projekt nun eigen-, kredit- oder doch „entwicklungsfinanziert“ werden sollte. Bevor ein Projekt dem Ausschuss zur Verwaltung des CDF vorgelegt wurde, holte sich die Protektoratsverwaltung ein informelles Einverständnis vom Colonial Office ein. Für dieses wiederum war es erforderlich oder offensichtlich zumindest hilfreich, die bestehenden und geplanten Maßnahmen des Protektorats zusammenzutragen, auf ihre Wichtigkeit und Finanzierungsmöglichkeiten hin zu prüfen und dem Colonial Office zur Begutachtung vorzulegen. Ob es letzten Endes zu einer Finanzierung durch den CDF kam oder nicht war weniger entscheidend als der Umstand, dass, wer an das Geld aus dem Fonds gelangen wollte, einen Projektantrag schreiben musste, der klaren Regeln zu folgen hatte. Ein Schreiben von Governor Bourdillon an den Kolonialminister vom 19.07.1935 veranschaulicht dies: „I should be glad to receive your instructions as to whether you consider that application can be made to the Colonial Development Committee for assistance in financing these services with reasonable prospects of success, and, if your reply in this point is favourable, I will submit applications for assistance on the prescribed form.“ (CO 536/184/7, Nr. 1, S. 12)

Kolonialstaatliche Entwicklungsansätze der 1930er lassen sich jedoch nicht auf jene soeben beschriebenen Prozesse reduzieren. In einer Akte aus dem Jahr 1935, die lediglich den Titel „Agricultural Survey“ trägt und vordergründig mit Entwicklung nicht sonderlich viel zu tun zu haben scheint, findet sich ein wesentliches Dokument auf dem Weg zum spätkolonialen Entwicklungsstaat in Uganda.

5.3 Ökologischer Kollaps - das koloniale Projekt an den Grenzen seines „natürlichen“ Wachstums

Das „Memorandum for the Instruction and Guidance of the Agricultural Survey Committee“ (CO 536/186/11, Nr. 1, nachfolgend „Memo 1935“) stieß einen relevanten kolonialstaatlichen Planungsprozess an, welcher aus den Entwicklungsansätzen der 1940er und 50er Jahre nicht wegzudenken ist. Das vom Chief Secretary E.L. Scott verfasste sechsseitige Memorandum, das mit dem 4. Juli 1935 datiert ist und in einem Schreiben des Governors vom 7. Juli dem Colonial Office in London übermittelt wurde, befasste sich mit der Einsetzung eines Komitees und entwarf den Plan einer klassischen spätkolonialen Entwicklungsintervention der Kategorie „Fortschritt durch Konservierung“ (oder alternativ: „nachhaltige Entwicklung“). In diesem Dokument wurden weniger Fragestellungen einer allgemein gehaltenen Entwicklung verhandelt. Von dem her unterscheidet es sich von den ab der ersten Hälfte der 1940er Jahre verfassten Entwicklungsplänen. Wie bereits der Name des Memorandums nahe legt und wie des Weiteren durch die begleitenden Worte von Gouverneur Bernard Henry Bourdillon verdeutlicht wurde, ging es in dem Memorandum vielmehr um

the appointment of a Committee to carry out an agricultural survey of the Protectorate and to draw up a long-range programme of agricultural development designed to conserve the country's agricultural resources. (CO 536/186/11, Nr. 1)

Womit auch bereits relevante Grundzüge des Memorandums auf den Punkt gebracht wären: zum Einen wird zwischen Erfassen und Planen unterschieden – die Erstellung eines *survey* ist lediglich der erste Schritt, die Vorarbeit für den eigentlichen Entwurf eines *long-range programme of agricultural development*. Auch ein Ziel des ganzen Unterfangens wird bereits von Governor Bourdillon in groben Zügen umrissen, schließlich ist die Erfassung und Planung landwirtschaftlicher Entwicklung kein Selbstzweck, sondern *designed to conserve the country's agricultural resources*.

Das Memorandum selbst beginnt mit einer Problem- und Zielbenennung, mit der Zuteilung von Verantwortlichkeiten und der Frage, wie dem Problem begegnet werden kann:

1. The Governor has recently had under careful consideration the problems of dessication [sic!] and of soil erosion and deterioration which have assumed from time to time such formidable proportions in other parts of Africa.
2. These problems have been created sometimes by factors beyond human control but not less often by factors which are within human control - such as by extensive and careless cultivation, involving the unnecessary destruction of forests, trees and other protective vegetation, and by the heedless and improvident multiplication of cattle and other livestock.
3. Although the latter factors may be held to be within human control, it must be clear to any student of the question that it is only by foresight and by the formulation of a carefully planned and co-ordinated "long-range" policy of agricultural development that their operation, with inevitably disastrous results, can be averted. (Memo 1935: S. 1)

Diese drei Abschnitte veranschaulichen auf pointierte Weise eine im ugandischen kolonialen Entwicklungsdiskurs immer wieder anzutreffende Argumentationsweise, die dem kolonialen Staat erlaubt bzw. auferlegt, zu intervenieren: Nachdem das Problem benannt wurde (die Austrocknung und Erosion der Böden; Paragraph 1), wird die Möglichkeit der Intervention verhandelt – das Problem würde sich zwar zum Teil der menschlichen Einflussnahme entziehen, bestünde jedoch auch aus von Menschen verursachten Aspekten, die in diesem Fall sämtlich mit Ackerbau und Viehzucht verknüpft werden (Paragraph 2). Im nächsten Abschnitt wird das Ziel benannt (die negativen Faktoren zu bannen), die Eingriffsmöglichkeit problematisiert und – abgeleitet von ihrer Schwierigkeit – die Art und Weise der Intervention, der *modus operandi*, in Ansätzen konkretisiert (*by foresight and by the formulation of a carefully planned and co-ordinated „long-range“ policy of agricultural development*). Die Schritte in Richtung einer Intervention des kolonialen Staats bestehen in diesem Fall demnach aus a) der Problembenennung, b) dem Abschätzen der Interventionsmöglichkeit, c) der Zielbenennung und d) der Klärung der Vorgehensweise/des *modus operandi*.

Diese ersten drei der insgesamt 12 Absätze des Memorandums bereiten also den zu verhandelnden Gegenstand in einer Art und Weise auf, die das Problem als schwerwiegend, jedoch unter bestimmten Umständen als lösbar darstellt. Bevor auf

weitere relevante Inhalte des Memorandums eingegangen wird, sei darauf hingewiesen, auf welche sprachlichen und argumentativen (diskursiven) Mittel in den drei Absätzen zurückgegriffen wird, um eine solche Aufbereitung in nur drei Absätzen leisten zu können.

Chief Secretary E.L. Scott verfasst ein Memorandum, in dem es um die Austrocknung, Erosion und abnehmende Fruchtbarkeit der Böden und die Befassung eines Komitees mit eben jenem Thema geht. Es liegt auf der Hand, dass die personellen und finanziellen Möglichkeiten der Protektoratsverwaltung beschränkt sind und somit fast zwangsläufig die Frage im Raum steht, mit welchen konkreten Problemen sie sich auf welche Art befasst. Die Beschreibung des Problems in seinem ganzen Ausmaß muss somit die ergriffene Maßnahme (die der Einsetzung eines Komitees und der Erstellung eines *long-range programme*) rechtfertigen.

Der erste Absatz des Memorandums verdeutlicht, dass es sich nicht um spezifisch ugandische Probleme handelt, sondern um solche, *which have assumed from time to time such formidable proportions in other parts of Africa*. In Bezug auf Uganda zeichnet sich eine latente Bedrohung ab, jedoch eine mit potentiell *formidable proportions*, eine Bedrohung großen Ausmaßes also, deren Wichtigkeit durch den Verweis auf andere Teile Afrikas verstärkt wird.

Wie bereits angemerkt wurde, würde das Problem teilweise durch „menschliches Handeln“ hervorgerufen. Ein Blick auf die Beschreibung jener Handlungen in Absatz 2 verdeutlicht einerseits, dass eine bestimmte Gruppe für das Problem verantwortlich gemacht wird und andererseits, dass die Handlungen jener Gruppe unnötig und wandelbar seien: *such as by extensive and careless cultivation, involving the unnecessary destruction of forests, trees and other protective vegetation, and by the heedless and improvident multiplication of cattle and other livestock*. Wie sich im Memorandum noch genauer zeigen wird, handelt es sich bei der Zielgruppe der Entwicklungsmaßnahme – und das Memorandum befasst sich lediglich mit der Planung einer solchen – um die ugandischen Kleinbäuerinnen und -bauern, die an dieser Stelle zwar nicht explizit genannt werden, jedoch relativ offensichtlich als eine homogene Gruppe in Erscheinung treten (denn wer sonst ist auf der Ebene des Protektorats landwirtschaftlich in einem solchen Ausmaß tätig?). Durch die Problembeschreibung entsteht ein Oben und Unten aus ProblemlöserInnen und -verursacherInnen, ein Oben und Unten, das die kolonialen Machtstrukturen nicht zufällig abbildet und reproduziert. Beschreibungen wie „*careless cultivation*“, „*unnecessary destruction of forests*“ oder

„heedless and improvident multiplication“ (unachtsam, unnötig, rücksichtslos, unbedacht/unwirtschaftlich) knüpfen an jenes Oben und Unten an und verstärken es. Die von Scott dargestellten Aspekte des Problems – die Handlungsweisen der ugandischen Kleinbäuerinnen und -bauern – finden fast schon beiläufig Erwähnung, eine grundlegende Diskussion von Ursache und Wirkung findet nicht statt. Scotts Beschreibung schwankt zwischen dem Versuch einer sachlichen Darstellung der verursachenden Faktoren des Problems und einer an koloniale Denkstrukturen anknüpfenden Darstellung der ugandischen Bevölkerung als ein per Definition rücksichtslos und unbedacht agierendes homogenes Ganzes.

Demgegenüber steht der noch nicht eindeutig benannte Akteur, der *by foresight and by the formulation of a carefully planned and co-ordinated „long-range“ policy of agricultural development* das Problem angehen und lösen kann (aus den kolonialen Machtverhältnissen und dem Gegenstand des Memorandums – der Einsetzung eines Komitees – lässt sich leicht erschließen, dass es sich bei jenem Akteur um kolonialstaatliche Organe/Personen handeln muss). Die vorgeschlagene Vorgehensweise wird nicht diskutiert, *it must be clear to any student of the question*, dass sie der einzig gehbare Weg ist.

Bisher wurde das Problem demnach als eine latente Bedrohung dargestellt, heruntergebrochen auf bestimmte, auch in Uganda operierende Faktoren, einer homogenen, irrational agierenden Gruppe zugeordnet und dem *by foresight* handelnden Akteur gegenübergestellt.

Im Zusammenhang mit Fragen kolonialer Entwicklung ist insbesondere die *carefully planned and co-ordinated „long-range“ policy of agricultural development* von Interesse, denn es ist u.a. diese erfassende, in die Zukunft blickende und planende Perspektive, die spätkoloniale Ansätze von Entwicklung auszuzeichnen scheint.

Scott fährt in seinem Memorandum mit einer Bestandsaufnahme fort und merkt an, dass Maßnahmen im Bildungsbereich gesetzt worden seien „for the purpose of improving native methods of agriculture and animal husbandry, altering the native outlook in the matter of stock-hoarding, and teaching him to appreciate the objects of afforestation and forest conservation.“ (ebd.: 2) Kolonialstaatliche Organe befassen sich also bereits mit dem Problem; an dieser Stelle bedeutet dies, dass sie sich mit den unzulänglichen Anbaumethoden und Ansichten der *natives* befassen mit dem Ziel, diese zu ändern.

Wie zuvor bei der Darstellung der Problem verursachenden Anbaumethoden der ugandischen Kleinbäuerinnen und -bauern schwankt auch diese Bestandsaufnahme

zwischen der Schilderung existierender kolonialstaatlicher Praktiken auf der einen Seite und der Reproduktion kolonialer Denkstrukturen, die zu eben jenen Praktiken führen, auf der anderen: Erneut ist es *the native*, dessen/deren unzureichende Anbaumethoden und Ansichten der Veränderung bedürfen, eine Veränderung, die scheinbar nur durch die britische Präsenz herbeigeführt werden kann. Während der ugandischen Bevölkerung jeglicher eigener Handlungsspielraum abgesprochen wird und sie, abgesehen von der Verursachung des Problems, als passiv dargestellt wird, ist es an der Protektoratsverwaltung (im weitesten Sinn), den *native outlook* zu ändern. Dass es bereits vor dieser britischen Intervention lokale Praktiken im Bereich der Bodenerosion gab, wie Grace Carswell zumindest in Bezug auf Kigezi herausgearbeitet hat (vgl. 2007: 49ff.), findet im Memorandum keine Erwähnung.

Im Anschluss daran stößt man auf eine kleine Tabelle, die neben der Anzahl von Rindern, Schafen und Ziegen je Quadratmeile des Protektorats auch die Anzahl der *natives* wiedergibt. Auch diese Tabelle ist durchaus symptomatisch für den technokratischen Kolonialstaat, der *the native* und das Vieh gleichermaßen als Variablen und Ressourcen ansieht, deren Entwicklung nun mit Blick auf die nächsten 50 Jahre hochgerechnet und geplant werden soll. Die stetig steigenden Zahlen (von Mensch und Vieh) würden verdeutlichen, dass die Maßnahmen im Bildungsbereich unzureichend sein könnten und es notwendig wäre,

to frame, district by district, in as much detail as may be found practicable, long-range programmes of agricultural development to cover a period of fifty years, which shall primarily indicate how much of the present unused land available in each district should be reserved for the expansion of cultivation both of food and economic crops and how much for the pasturage of livestock. (Memo 1935: 2)

Bemerkenswert ist nicht nur die lange Planungsperiode von 50 Jahren, sondern zudem das Ziel: Im Gegensatz zu später aufkommenden, wesentlich stärker auf direkte landwirtschaftliche Produktionsausweitung und somit auf mobilisierende Aspekte von Entwicklung abzielenden Ansätzen, geht es der Kolonialregierung Mitte der 1930er Jahre in Bezug auf Landwirtschaft um Konservierung und Stabilisierung, um die Absicherung, dass gegenwärtige Produktionsverhältnisse angesichts der Zunahme von Mensch und Vieh auch in Zukunft nicht von der Erosion der Böden ernsthaft gefährdet werden. Der Governor merkte in seinen begleitenden Worten an, dass es darum ginge,

to conserve the country's agricultural resources, im dritten Absatz des Memorandums wurde nach der Herangehensweise an das Problem gefragt, um die Wirkung der negativen Faktoren abwenden zu können (*avert*). Im obigen Zitat wird folgende Frage aufgeworfen: Wie viel der insgesamt zur Verfügung stehenden Fläche *should be reserved*? An anderer Stelle ist von „preventive measures“ (ebd.: 3) die Rede.

So sehr es Scott in seinem Memorandum demnach um Verhinderung, um Stabilisierung oder auch Naturschutz geht, ist diese konservierende Bewegung mit einer expandierenden verbunden. Stabilisierung wird überhaupt erst zu einem Thema, da sich eine Gefährdung der stetigen Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion abzuzeichnen scheint. Innerhalb des breiten Spektrums landwirtschaftlicher Produktion legt auch Scott wenig überraschend einen Schwerpunkt auf den Anbau von exportfähigen cash crops:

„As far as can at present be foreseen the future prosperity of the Protectorate must (excluding the possibility of important mineral developments) depend entirely on the cultivation of economic crops for export.“ (ebd.: 4)

Dies war nicht das erste Mal, dass der Fokus auf den Anbau von *economic crops for export* beschworen wurde, ganz im Gegenteil ist dies, im Zusammenhang mit dem Konzept der Komplementarität imperialer Märkte (s. Kapitel 3), ein Grundprinzip des kolonialen Projekts gewesen. Beispielsweise hatte Governor Coryndon diesen Sachverhalt im Juni 1922 folgendermaßen dargestellt: „The output of agricultural produce by natives on a large scale is the proper and indeed the only commercial destiny of the country, and of this the cotton industry is of paramount importance...“ (Governor Coryndon an Churchill, Juni 1922; zitiert nach Youé 1978: 182)

Der ausschließende und normative Charakter der Formel *must [...] depend entirely on the cultivation of economic crops for export* kommt im Dokument klar zum Vorschein:

Livestock should not be regarded as an asset for development from the point of view of the export market. When framing programmes of development, therefore, allowance should be made for an increase of livestock sufficient only to meet the needs of the tribe concerned and the requirements of internal trade. It is hoped that hides and skins will contribute a useful and increasing quota to the export trade of the country but this should be regarded as an incidental aspect of co-ordinated development, and should

not be permitted to influence the decision as to future livestock policy.
(ebd.)

Es sind also die Bedürfnisse des Exportmarktes, von denen sich die *programmes for development* ableiten und die darüber entscheiden, was als ein *asset for development* betrachtet wird und welches nicht. Die „koordinierte Entwicklung“ beinhaltet eine Prioritätensetzung bzw. eine gezielte Politik, die auf die Unterstützung des einen und auf den Ausschluss bzw. der strikten Kontrolle des anderen Sektors abzielt. Diese altbekannte Frage, letztlich jene nach dem Verhältnis der Exportwirtschaft zu den anderen Sektoren, scheint angesichts der relativ neuen Einsicht über die Grenzen des Wachstums an neuer Fahrt und Brisanz zu gewinnen: die Vieh- und insbesondere die Rinderpopulationen würden dem Exportsektor den begrenzt zur Verfügung stehenden und von Erosion bedrohten Boden wortwörtlich unter den Füßen wegziehen. Die Frage *how much of the present unused land available in each district should be reserved for the expansion of cultivation both of food and economic crops and how much for the pasturage of livestock* ist in eben diesem Sinne zu verstehen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der koloniale Staat Mitte der 1930er Jahre aufmachte, die landwirtschaftlichen Ressourcen (Boden, Vieh, sowie Menschen-als-Ressourcen) neu zu erfassen und ihr Wachstum sowie ihre Verwendung bis ins Jahr 1985 einerseits zu antizipieren und andererseits der antizipierten immanenten oder „natürlichen Entwicklung“ eine neue, intendierte Richtung zu geben. Dabei baut der Ansatz auf der Gegenüberstellung von zwei Akteursgruppen auf: dem/der irrational agierenden *native* auf der einen und der in die Zukunft blickenden Kolonialregierung auf der anderen Seite (sprachlich vermittelt durch das Gegensatzpaar *improvident* und *by foresight*). Hierdurch werden Verantwortlichkeiten festgelegt, die weniger dem konkreten Problem geschuldet scheinen als vielmehr den Charakteristika kolonialer Herrschaftsverhältnisse und ihrer Diskurse, die auf eben einer solchen Gegenüberstellung aufbauen, um die Sinnhaftigkeit des kolonialen Unterfangens – die britische Präsenz in den Tropen – laufend bestätigt zu sehen.

Die Funktion des kolonialen Diskurses, d.h. die Beschaffenheit des dominanten britisch-kolonialen Weltbilds, scheint jedoch zu mehr beizutragen, als dass es lediglich die eigene Position legitimieren und bestärken und die der Anderen delegitimieren und schwächen würde. Die diskursiv vermittelte koloniale Ordnung der Dinge, die trotz ihres Facettenreichtums relativ simple Dichotomisierungen (re)produziert, trägt zudem zu dem Eindruck bei, dass das Problem erfassbar und kontrollierbar sei. Eine

komplexere Problemanalyse würde den eigenen, britischen Anteil an zur Bodenerosion führenden Politiken und Praktiken zutage fördern, die eindeutige Verteilung der Verantwortlichkeiten (ProblemverursacherInnen und -löserInnen) infrage stellen und somit die Machbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen problematisieren und weniger angemessen erscheinen lassen.

Thematisch im Mittelpunkt steht dabei die Beobachtung, dass bei einer stetigen Zunahme der Bevölkerung und der Ausweitung der Tierhaltung deren Verhältnis zum begrenzt zur Verfügung stehenden Boden geplant werden muss, da eine Übernutzung der Böden zu ihrer Erosion und einer stetig abnehmenden Fruchtbarkeit führt. Die „unnötig schlechten“ Anbaumethoden der ugandischen Kleinbäuerinnen und -bauern erscheinen als veränderbar und dies scheint den Grundstein zu legen für eine Intervention nicht nur in die Natur, sondern auch und vor allem in die Lebensweisen der ugandischen Bevölkerung, die noch einmal in einem gänzlich neuen Licht als mangelbehaftet und bedrohlich erscheint.

Stabilisierung und Expansion gehen Hand in Hand; das Thema der Bodenerosion wird überhaupt zu einem, weil die beständige Ausweitung einer auf den Exportmarkt ausgerichteten landwirtschaftlichen Produktion auf lange Sicht gefährdet scheint. Diese Perspektive bildet gewissermaßen den Nährboden für eine in den 1940er Jahren prominenter werdende demographische Betrachtungsweise von Entwicklung.

5.4 Der „Report of the Development Committee“ (1936)

Am 28. August 1936 begann der neue Gouverneur Ugandas, Sir Philip Mitchell, seinen elfseitigen Brief an Kolonialminister Ormsby-Gore mit den Worten „Sir, I have the honour to transmit for your consideration a report...“ (CO 536/187/9, Nr. 1). Insofern verwundert es, dass das Entwicklungsprogramm („Development Programme“, laut Aktenname) entgegen der Ankündigung nicht beiliegt, zumal auch das im Falle der Vernichtung von Dokumenten übliche „destroyed under statute“ in den Minutes des Colonial Office nicht zu finden ist. Eine Darstellung und Einschätzung des Programms muss sich demnach auf sein „Umfeld“ stützen, hilfreich erscheinen das Begleitschreiben des Gouverneurs („Despatch 250“) und die Anmerkungen und Aufzeichnungen der Kolonialbeamten des Colonial Office (die „Minutes“ und ein Memorandum des Kolonialbeamten S. Evans).

5.4.1 Die drei Aufgabenbereiche des Komitees – Fragen der Priorität, Finanzierung und der Umsetzung von Projekten

Aus einem vierseitigen Memorandum, erstellt nach Erhalt des Entwicklungsprogramms von S. Evans, einem Beamten des Colonial Office, geht hervor, dass das *Development Committee* mit drei Aufgabenbereichen betraut wurde. Der erste von ihnen – „to examine projects for capital expenditure“ (CO 536/187/9, Nr. 1a, S. 1) – gliedert sich wiederum in zwei Unterbereiche: „a) works required“, um die staatseigenen Bauten zu modernisieren und angemessene Unterkünfte für Beamte zu schaffen und

b) Development schemes

to extend existing facilities or services;

to provide new facilities and services, and to recommend to Government an order of precedence and urgency and which of the projects should, in the opinion of the Committee, be undertaken and the amounts which should be extended on each. (ebd.)

Der zweite Teil der Aufgabe des Komitees war es, die vorgeschlagenen Projekte auf ihre Finanzierungsmöglichkeiten hin zu klassifizieren. Genannt wurden Projekte, die entweder durch Kredite, die Rücklagen des Protektorats oder durch den laufenden

Staatshaushalt finanziert werden sollten. Der dritte Bereich - „[i]n consultation with the Public Works Department, to draw up a programme, extending over such period of years, not exceeding five, as may be thought suitable for the execution of the projects recommended“ (ebd.: 2) – wurde vom Komitee nicht berücksichtigt.

Im Arbeitsauftrag des Komitees kommt ein deutlicher Schwerpunkt auf Projekte im Bereich der *capital expenditures* zum Ausdruck, da sowohl die *works required* als auch die *Development schemes* in diesem Bereich angesiedelt sein sollten. Der ugandische Kolonialstaat (und nicht nur dieser) unterschied generell zwischen einmaligen Ausgaben zur Schaffung längerfristiger materieller Werte, den sogenannten *capital expenditures*, und Maßnahmen, die einer wiederkehrenden oder fortlaufenden Finanzierung bedurften (*recurrent expenditures*). Letztgenannte Ausgaben bezogen sich beispielsweise auf Personalkosten, während typische Bereiche von *capital expenditures* die Wasserwirtschaft, Elektrifizierung, Straßen- oder Eisenbahnbau, der Bau von Krankenhäusern und Schulen waren. Obwohl der dritte Aufgabenbereich vom Komitee nicht abgedeckt wurde, spiegelt doch allein die Aufforderung, basierend auf der Zusammenstellung von wünschenswerten Projekten in Zusammenarbeit mit dem Public Works Department ein konkretes Programm zu entwickeln, das Ziel wider, in bauliche Maßnahmen zu investieren. Genuin soziale Dienstleistungen wurden im Entwicklungsprogramm allem Anschein nach ausgeklammert, ganz im Gegensatz zu den Entwicklungsplänen der 1940er Jahre.

Bemerkenswert ist, dass sich das erste und das letzte ugandische Entwicklungsprogramm rein kolonialer Provenienz (aus dem Jahr 1936 respektive 1955) in zweifacher Hinsicht ähneln und insofern eine Art Klammer kolonialer Entwicklung in Uganda bilden: zum einen waren die beiden Programme auf „nur“ fünf Jahre ausgelegt, zum anderen sahen sie in erster Linie einmalige Kapital-, doch so gut wie keine wiederkehrenden Ausgaben vor. „A Five-Year Capital Development Plan“ hätte insofern nicht nur der Entwicklungsplan aus dem Jahr 1955 (vgl. CO 822/1018, Nr. 24), sondern ebenfalls sein Pendant aus dem Jahr 1936 heißen können.

5.4.2 „Entwicklung“ 1936

Abgesehen von dem dritten Aufgabenbereich, der, wie erwähnt, in dem Bericht des *Development Committee* nicht abgedeckt wurde, scheint das Komitee generell nah entlang seiner Aufgabenstellung gearbeitet zu haben (Zusammenstellung von Projekten,

Prioritätensetzung, Frage der Finanzierung). Das Entwicklungsprogramm des Jahres 1936 zeigt auf, dass sich hinter dem Schlagwort „Entwicklung“ teilweise nicht mehr verbarg als die Zusammenstellung von bereits bekannten Maßnahmen und die Planung der konkreten Umsetzung in Bezug auf einen bestimmten Zeitraum (in diesem Fall fünf Jahre).

Was nun die vorgeschlagenen Projekte betrifft, teilte sie das Komitee getreu seines Auftrags in vier Kategorien mit absteigender Priorität ein. Insgesamt belief sich das Volumen des Entwicklungsprogramms auf £ 1,636.710 (vgl. CO 536/187/9, Nr. 1a, S. 3), die Maßnahmen in Kategorie A – jene mit der höchsten Priorität, die umgehend umgesetzt werden sollten – nahmen von der Gesamtsumme £ 1,272,210 in Anspruch und sollten zu ca. 60% kreditfinanziert werden. Dass das Entwicklungsprogramm, abgesehen von einem Kredit in Höhe von £ 705,710, so gut wie vollständig aus den Rücklagen des Protektorats (den sogenannten *surplus balances*) bestritten werden sollte (£ 831,500), stieß im Colonial Office aufgrund „the Secretary of State’s reluctance to approve large expenditure from surplus balances“ (CO 536/187/9, Minutes, 19.09.1936, S. Evans, S. 1) auf wenig Gegenliebe. Somit hing laut Evans (einem Beamten des Colonial Office) die Umsetzung des Entwicklungsprogramms wesentlich stärker von der Entwicklung der laufenden Einnahmen ab, als das *Development Committee* ursprünglich eingeplant hatte.

Die kreditfinanzierten Projekte – ganz dem Credo der Kapitalbildung verpflichtet – waren in den Bereichen „Kampala Drainage Scheme“ (£ 338,810), „Water Supplies“ (£ 105,400), „Electric light“ (£ 21,500), „Rural Water Supplies“ (£ 200,000), „Agricultural Department Buildings“ (£ 40,000) und „Kampala Market“ (£ 20,000) angesiedelt und „in the whole proper“ (ebd.: 30.09.1936, W. Flood, S. 5). Über die eigenfinanzierten Projekte finden sich keine konkreten Informationen, jedoch lassen sich anhand der vonseiten des Colonial Office mehrfach geäußerten Einschätzung und Kritik an der grundlegenden Ausrichtung des Entwicklungsprogramms Rückschlüsse auf jene Projekte ziehen. W. Flood merkte an, dass „[a] great part of the expenditure proposed is on housing and I am not happy about this“ (ebd.: 3). An anderer Stelle wurde angemerkt, dass „[t]he objects on which the money is to be spent [...] are nearly all buildings, the exception being £ 105.400 for water supplies which apparently includes the £ 75.000 already provided in the Estimates for 1936 and £ 338.810 for the drainage of Kampala.“ (ebd.: 30.09.1936, W. Flood, S. 1)

Glaubt man also den Ausführungen der Beamten des Colonial Office, so zielten lediglich die Maßnahmen in den Bereichen „water supplies“ und „the drainage of Kampala“ (beide waren für den Kredit vorgesehen) *nicht* auf die Errichtung von Gebäuden. Festgehalten werden kann überdies, dass der Beamte W. Flood eine interessante Unterscheidung traf zwischen „housing“ und „development“: „I should very much have preferred a programme which spent far less on housing, and more on development“ (ebd.: Minutes, 05.10.1936, S. 1). In seinen Augen konnte es sich bei dem Programm aus dem Jahr 1936 also nicht, oder nur bedingt, um ein „Entwicklungsprogramm“ handeln, da lediglich ungefähr ein Drittel der Ausgaben in diesem Bereich der „Entwicklung“ getätigt werden sollten (eigene Berechnung).

Einen anderen Bereich, den Governor Mitchell in seinem Brief an Kolonialminister Ormsby-Gore ansprach, war das inzwischen bekannte Thema der Bodenerosion. Nachdem der Bericht des *Agricultural Survey Committee* zum Zeitpunkt der Abgabe des Entwicklungsprogramms im Jahr 1936 nicht vorlag, sah das Programm keine konkreten Maßnahmen und Ausgaben in diesem Bereich vor (vgl. Despatch 250). Mitchell wies jedoch darauf hin, dass „[t]here can be no question but that this project is of *vital importance* to the country; large capital sums will be required and if local resources prove inadequate I may find it necessary to appeal for assistance from the Colonial Development Fund.“ (ebd.; Hervorh. DS)

Abschließend kann festgehalten werden, dass in Uganda relativ früh ein Entwicklungskomitee mit der Erarbeitung eines sogenannten Entwicklungsprogramms beauftragt wurde. Dieses lässt sich jedoch nicht direkt mit seinen Pendanten aus der Phase der Second Colonial Occupation vergleichen, denn das Ziel war es, eine Liste mit Sonderprojekten zu erstellen und nicht, die Entwicklung des gesamten Protektorats zu planen.

5.5 Die Unterbringung öffentlich Bediensteter: „...in which he can live his own life while remaining under control“?⁹

Der Beamte des Colonial Office W. Flood hatte also angemerkt, dass es sich beim Wohnungsbau nicht um „Entwicklung“ handle. Hier zeigten sich demnach unterschiedliche Meinungen in Bezug auf die Frage, was Entwicklung bedeute. Entwicklung in den Augen Floods bestand aus mehr als nur *housing*, oder genauer: *housing* war gar nicht Teil von Entwicklung. Dass sich das ugandische Entwicklungsprogramm mit seiner Schwerpunktsetzung gar nicht so sehr außerhalb kolonialer Entwicklungsansätze der 1930er Jahre befand, zeigt Amanda Bullens Arbeit zu „The Expansion of Housing Policy in the West Indies, 1935-1960“ auf (Bullen 2002). Verstärkte Interventionen im Bereich des Wohnungsbaus seien während der 1930er Jahre ein Teil der britisch-kolonialen Entwicklungs-Antwort auf das unruhige Jahrzehnt gewesen. „According to Home, the Rhodesian strikes, along with the 1937 riots in Trinidad, were ‘the key events behind the change in official thinking’ regarding worker housing.“ (Bullen 2002: 22) Nun datierte das ugandische Entwicklungsprogramm aus dem Jahr 1936 und überdies beschrieb Thompson die 1930er Jahre in Uganda trotz der Weltwirtschaftskrise als „a decade of remarkable colonial tranquility“ (Thompson 1999: 132). Auch wenn also die Schwerpunktsetzung des ugandischen Entwicklungsprogramms nicht auf unmittelbare Unruhen zurückgeführt werden kann, bewegte sie sich dennoch innerhalb einer breiteren kolonialen Hinwendung zu Fragen des Wohnungsbaus, die mit jenen der Hygiene und Kontrolle verbunden wurden.

Gouverneur Mitchell ging in seinen Kommentaren zum Entwicklungsprogramm darauf ein, dass zwischen zwei Gruppen von „African staff“ (Despatch 250)¹⁰ unterschieden werden müsse. Einerseits wären da „the limited number of superior African staff [...]: their needs are not in principle different from those of the non-native employees whose places they are progressively taking, and they must be housed accordingly.“ (ebd.: 8) Das Problem, das es zu lösen gelte, „is in regard to the provision of suitable quarters for those employees, as for example, private soldiers, police constables, forest guards, cotton inspectors, veterinary guards and others, who may be classed as the rank and

⁹ CO 536/187/9; Minutes, 30.09.1936, W. Flood, S. 6.

¹⁰ Hier ist von Angestellten des kolonialen Verwaltungsapparats die Rede.

file.“ (ebd.) Die afrikanischen Angestellten im öffentlichen Dienst wurden also nach Dienstgraden in zwei Gruppen unterteilt und es war die „breite Masse“ der Staatsbediensteten, die ein Problem darstellen würden.

Müsse der ugandische Kolonialstaat auf der einen Seite die Verantwortung für die Unterbringung übernehmen, „ensuring that the housing provided is adequate and proper, but also for setting an example in this respect to private employers and to the African population generally“ (ebd.), bestehe das Problem auf der anderen Seite darin, die hierfür benötigten Mittel aufzubringen. Die vom Komitee vorgeschlagenen Maßnahmen „must necessarily fall short of the ideal, dependent as they are upon the financial resources available“. Gewisse „modern sanitary requirements“ (ebd.) müssten jedoch erfüllt werden, wie es recht beiläufig hieß. Dass es beim Wohnungsbau auch um Fragen der Kontrolle ging, brachte einmal mehr W. Flood in seiner Diskussion der vorgeschlagenen Maßnahmen auf den Punkt: „The proper thing to do is for each man to have a hut of native pattern as improved as can be in which he can live his own life while remaining under control.“ (CO 536/187/9, Minutes, 30.09.1936, W. Flood, S. 6)

Diese Diskussionen verliefen nicht im Sand, vielmehr führten sie zu einem teilweise neuartigen Ansatz in Bezug auf die Kontrolle der Stadtentwicklung Kampalas, wie der nachfolgende Abschnitt verdeutlicht.

5.6 Town Planning and Urban Development (1937) - „Die Gesundheit der Stadt“, die „Armen“ Kampalas und die ambivalente „Steigerung ihres Lebensstandards“

Der Wohnungsbau wurde schließlich zu einem Bereich von „Town Planning and Urban Development“, wie der Anhang B eines Schreibens von Gouverneur Mitchell an Kolonialminister Ormsby-Gore vom 15. Oktober 1937 lautete (vgl. CO 536/191/6, Nr. 3). Das Schreiben des Gouverneurs bezog sich auf die Korrespondenz rund um das Entwicklungsprogramm aus dem Jahr 1936. Zur Debatte stand, welche der in dem Entwicklungsprogramm enthaltenen Projekte in welcher Form für eine Kreditfinanzierung infrage kamen und Mitchell war nun in der Lage „to put forward definite proposals.“ (ebd.: 1) Insgesamt war das Kreditvolumen im Vergleich zu dem im Entwicklungsprogramm vorgesehenen um gute £100.000 auf £823.000 gestiegen und beinhaltete nun ebenfalls eben jenen Bereich des *Town Planning and Urban Development*, welcher mit £100.000 bedacht werden sollte (ebd.: 5).

Der zweieinhalbseitige Anhang ist insofern interessant, als er auf den im vorhergehenden Abschnitt thematisierten Problemstellungen aufbaute, jedoch die Frage des Wohnungsbaus von den Angestellten des öffentlichen Dienstes löste und zu einer der gesundheitlichen Sicherheit von Kampala erhob. Die Verbesserung der Wohnsituation von Staatsbediensteten wäre richtig und wichtig und „will introduce an important section of the population to better living conditions. This will no doubt influence the social progress of the less enlightened sections“ (ebd.: Annexure B). Es schien also um *social progress* zu gehen. Die indirekte Beeinflussung der *less enlightened sections* durch die bessere Wohnsituation der Staatsbediensteten sei angesichts des Zustands der Behausungen außerhalb der Township-Grenzen – „a potential source of danger to the health of the town“ – zu wenig, es würden Maßnahmen benötigt „to promote development“ (ebd.). Es sei wahrscheinlich notwendig, Straßen, Kanalisation und Straßenbeleuchtung bereitzustellen, „to assist prospective tenants to build houses to specifications on approved plots“ (ebd.). Die Häuser selbst würde der Kolonialstaat nicht zahlen, denkbar wäre jedoch, Subunternehmen Kredite zur Verfügung zu stellen. Diese würden die Wohnungen dann vermieten. Des Weiteren sei es wahrscheinlich „expedient for Government to build one or more demonstration units in each development area, as a guide to private builders or contractors.“ (ebd.)

Bestimmte Gebiete sollten begutachtet werden, „in order that a plan of existing conditions may be produced upon which a development plan would be superimposed to demonstrate how properties can be laid out to the best advantage to attract buildings of a good type and thus greatly increase the revenue received from the land by rent.“ (ebd.) Die Aussicht auf höhere Mieteinkünfte würde, „it is hoped“, dabei helfen, die Privatinitiative zu befördern. Die *prospective tenants* indes waren lediglich die unmittelbare Zielgruppe, denn „[t]he class principally concerned is that whose standard of living is low, that is to say, the bulk of comparatively low-paid urban workers, clerks in civil employ, chauffeurs, shop assistants, etc.“ (ebd.). Das mittelbare Ziel war es, jener Gruppe „which is not wealthy or progressive enough“ neue Unterkünfte zur Verfügung zu stellen; jenen, denen „must in the common interest be assisted to that end.“ (ebd.)

Heutige Entwicklungshilfe-Projekte werden anhand gewisser Schemata geplant und evaluiert (vgl. Dale 2004) und für die Darstellung der Projekte steht ein Katalog an Konzepten zur Verfügung, von denen ein Teil auf das „Projekt“ *Town Planning and Urban Development* angewendet werden soll. Das Projekt stellt sich demnach folgendermaßen dar:

- a) *stakeholder analysis* und die genaue Erhebung der problematischen Ausgangslage mittels mehrerer Gutachten für unterschiedliche Entwicklungsgebiete.
- b) die Identifizierung unterschiedlicher Ziele der Maßnahme, welche auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind:
 - i) *overall objective*: eine Gefährdung der Gesundheit der Stadt abwenden,
 - ii) *project purpose*: „to carry out parcellation and rehousing projects, at profit to the promoters and extensively improving the householder’s lot at no greater cost than the present unsatisfactory arrangements“ (CO 536/191/6, Nr. 3, Annexure B, S. 2), *social progress*
 - iii) *results*: „sanitary and properly laid-out housing“ (ebd.: 1) sowie öffentliche Infrastruktur wurden bereitgestellt,
 - iv) *activities*: Gutachten erstellen, Richtlinien erarbeiten und „specimen’ plannings durchführen „to stimulate private initiative“ (ebd.: 1), Infrastrukturbau.
- c) unterschiedliche Zielgruppen:

- i) *target groups*: die „promoters“
- ii) *beneficiaries*: „the less enlightened sections“/„the bulk of [the] comparatively low-paid“/„whose standard of living is low“/„not wealthy or progressive enough.“ (ebd.)

Meiner Meinung nach zeichnete sich hier ein nicht unwesentlicher Perspektivenwechsel ab, als das Entwicklungsprojekt spezifisch „die Armen“ und nicht allgemein „die Primitiven“ in den Blick nahm. Die Höhe der Einkünfte/des Lebensstandards wurde mit dem Grad der „Aufklärung“ verknüpft, doch Letzterer spielte danach keine weitere Rolle mehr. Jenen, die zu „arm“ waren, selbstständig dafür sorgen zu können, dass sie keine gesundheitliche Bedrohung für die Stadt darstellten, musste geholfen werden – dies war die Hauptaussage des Dokuments/des Projekts in diesem Zusammenhang. Im Unterschied zu anderen Dokumenten und Entwicklungsansätzen (beispielsweise im nachfolgenden Teso-Bericht) hatte die bestimmte Charakterisierung der „beneficiaries“ – hier: als *the less enlightened sections* – keine weitere *unmittelbare* Funktion, da sie ohnehin keine aktive Rolle in dem Projekt einnahmen und ihre Handlungen somit nicht auf bestimmte „primitive“ oder sonstige Verhaltensweisen zurückgeführt werden mussten, um das Projekt als ein durchführbares zu porträtieren. Sie waren schlicht zu „arm“, um sich selbst *sanitary and properly laid-out housing* verschaffen und der Stadt einen gesundheitlichen Dienst erweisen zu können.

Die Darstellung der *promoters* des Projekts kann als unmittelbar instrumentell erachtet werden. Das Projekt baute wesentlich auf dem Prinzip auf, dass der Kolonialstaat zwar die nötige Infrastruktur schaffen müsse, sich jedoch der Rest – der eigentliche Wohnungsbau – aus den Mechanismen des Marktes ergeben würde. Zwar wurde der Zielgruppe einerseits eine kapitalistische Verwertungslogik unterstellt, andererseits musste man hoffen, dass sich diese auch tatsächlich als ein Stimulanz der notwendigen *private initiative* bemerkbar machte.

Aus einer projektevaluierenden Perspektive heraus könnte angemerkt werden, dass das Entwicklungsprojekt gewisse Zielkonflikte in sich trug, die nicht erkannt wurden. Das übergeordnete Projektziel nahm die „öffentliche Gesundheit“ in den Blick und mit dem unmittelbaren Projektziel hatte man eine dreifache Win-Situation ausformuliert: „to carry out parcellation and rehousing projects, at profit to the promoters and extensively improving the householder’s lot at no greater cost than the present unsatisfactory arrangements“ (ebd.: 2) Die *promoters* profitierten aus ihren „returns on investment“,

die *beneficiaries* von ihrer verbesserten Wohnsituation (welcher zudem einen aufklärerischen Nutzen zugeschrieben wurde), und die *no greater cost* bezogen sich zweifelsohne auf den kolonialen Staatshaushalt (da sich die Kosten auf den Vergleich zu *the present unsatisfactory arrangements* bezogen, die schließlich vor allem aus der Sicht der Stadtverwaltung ein Problem darstellte). So simpel sich diese dreifache Win-Situation dem Papier nach darstellte, so sicher musste sie in der Realität an ihre Grenzen stoßen – höhere Mieten waren schließlich ein integraler Bestandteil des Projekts, da sie die *promoters* dazu bewegen sollten, als Bauherren in den zukünftig kommerzialisierteren Wohnungsmarkt einzusteigen. Die höheren Mieten wiederum mussten fast zwangsläufig ein Problem für diejenigen „Armen“ darstellen, denen das gesamte Unterfangen dem Papier nach mittelbar zugute kommen sollte.

Ein weiterer Blick in das Dokument, auf seinen Kontext und in die koloniale Geschichte Kampalas trägt dazu bei, die projektevaluierende Perspektive einerseits als Grundlage anzunehmen, andererseits als weiteren Erklärungsrahmen zu verlassen.

Kampala als eine koloniale Stadt, die das wirtschaftliche und teils politische Zentrum (das sich offiziell im ca. 36 Kilometer entfernten Entebbe befand) des Protektorats darstellte, war, wie andere koloniale Städte auch, von einer Geschichte der räumlichen Segregation geprägt. Medizinische Erkenntnisse Anfang des 20. Jahrhunderts über Wirkungs- und Übertragungsweisen jener Krankheiten, denen die europäische Bevölkerung in Uganda neuerdings ausgesetzt war, führten u.a. zu dem Versuch, auf möglichst großen und eindeutigen Abstand zur afrikanischen Bevölkerung und zu den sogenannten „Asians“ zu gehen (letztere nahmen eine mittlere Stellung zwischen den beiden Polen von „Europeans“ und „natives“ ein): „In Kampala as in the whole of East and West Africa the thread of segregation was increasingly becoming stronger. Under the guise of hygiene and sanitation, policies were put in place to, what Njoh (2007:21) calls ‚compartmentalized land use activities‘.“ (Omolo-Okalebo 2011: 61). „Residential areas“, also der Ort der EinwohnerInnen Kampalas, waren dann Gebiete, die von EuropäerInnen bewohnt wurden und durch begrünte Pufferzonen von jenen anderen Bereichen strikt getrennt werden sollten, um die eigene Gesundheit bzw. das eigene Überleben zu sichern (vgl. hierzu auch Home 1997: 146-158). Kololo Hill, einer der sieben Hügel Kampalas und bis heute die Zone der „Expats“, der DiplomatInnen, der afrikanischen Wachleute, der afrikanischen Nannies und der ugandischen und ausländischen Reichen, wurde in den 1930er Jahren in das Stadtgebiet integriert und ab

den 1940er Jahren als solches entwickelt, wobei die grüne Pufferzone in diesem Fall bezeichnenderweise ein Golfplatz darstellt(e), eine Idee, die Albert Thompson bereits zwischen 1920 und 1924 für die „Pineland Garden City“ (Kapstadt) ins Spiel gebracht hatte: es handelte sich hierbei um ein „*estate, which was surrounded by wide tree-planted roads, golf courses and other 'buffer strips'*“ (Home 1997: 196; Herv. im Original).

Diese strikte Trennung galt indes auch für die anderen beiden Bevölkerungsgruppen, doch war es die afrikanische Bevölkerung, die in den Stadtentwicklungsplänen von 1919 (verfasst von Prof. William J. Simpson) und 1929/30 (A. E. Mirams) und auf ihren Reißbrettern nicht aufschien – ihr Platz war außerhalb der Stadtgrenzen, eigentlich am Land, und wenn doch im städtischen Gebiet, dann in der „Kibuga“, der Stadt der „natives“ (vgl. Omolo-Okalebo et al. 2010: 154-162 und Omolo-Okalebo 2011: 50ff.):

From these medical ideas came the segregation of European Reservations by a nonresidential area (sometimes called a building—free zone or the greenbelt). Whereas segregation against malaria was mainly a matter of separating the Europeans from the African town, the favorite measure against plague was to remove those who became ill. In a racist era, the natural solution was to expell Africans from the European town. The campaign for better sanitation was concerned with order, openness, ventilation, and the spatial demarcation of different activities. (Omolo-Okalebo et al. 2010: 158)

Die folgende Zeichnung aus dem Stadtentwicklungsplan aus dem Jahr 1930 veranschaulicht die Wirkungsmächtigkeit einer „geordneten“, parzellierten Stadtentwicklung, die bis dato exklusiv auf das offizielle Stadtgebiet beschränkt wurde. *Town Planning and Urban Development* bestand jedoch im Jahr 1937 aus dem Versuch der Anwendung dieses Ordnungsprinzips auf jene Gebiete, die auf dem sieben Jahre alten Plan lediglich angedeutet wurden und außerhalb des Stadtgebiets lagen.

different races will, by natural affinity keep together in separate quarters, but to effect such separation by legislative enactment except on the strongest sanitary grounds would not, in the opinion of His Majesty's Government, be justifiable.'

(der stellvertretende Kolonialminister The Duke of Devonshire, 1943-45, zitiert nach Omolo-Okalebo et al. 2010: 162)

Dass es sich bei dem Projekt um eine gentrifizierende Maßnahme handelte, die ein Teil der eigentlichen als solche gefassten *beneficiaries* fast zwangsläufig von jenem Ort vertreiben musste, der durch „geordnete“ bauliche Maßnahmen und höhere Mieten von der städtischen Peripherie zur Semiperipherie gemacht werden sollte, kann getrost angenommen werden. Was Singh in Bezug auf das Port of Spain und San Fernando des Zweiten Weltkriegs angemerkt hat, kann wohl auf Kampala übertragen werden: „The low-income groups, the casually employed and the unemployed in the towns could hardly compete with the economically stronger claimants on housing and had to resort to the city barracks and other overcrowded, dilapidated one-room tenements.“ (Singh zitiert nach Bullen 2002: 27) Eine Verlagerung der städtischen Peripherie auf abgelegene Einzugsgebiete Kampalas musste fast unweigerlich eine Folge dieser Maßnahmen sein. Hatte bereits Prof. William J. Simpson von der „London School of Hygiene and Tropical Medicine“ 1914 von „development on healthy lines“ gesprochen, bedeutete dies in seinen Augen die „physical separation of Europeans, Indians and Africans by the use of green belts that neither could ‚encroach‘ on.“ (zitiert nach Omolo-Okalebo 2011: 62)

Im Jahr 1937 sollte die neue, „geordnete“, „hygienischere“ Semiperipherie letztlich dem Golfplatz und anderen Grünflächen als Pufferzone zur Seite gestellt werden, um den Schutz der europäischen (und indischen) EinwohnerInnen der Stadt zu gewährleisten. Edgar Barton Worthington sollte diesen Prozess im ugandischen Entwicklungsplan aus dem Jahr 1946 treffenderweise „slum clearance and healthy housing“ (CO 536/218/3, Nr. 5) nennen. Der stadtplanerische Ansatz verbreiterte sich nicht nur in dem Sinne, dass zusätzlich zur „Natur“ nun auch das „Soziale“ als Pufferzone dienen sollte – und fast schon musste, schließlich waren die Gebiete bewohnt und der Zug für die Errichtung „grüner“ Pufferzonen bereits abgefahren. Dies war ebenfalls ein räumliches Ausgreifen des kolonialen Staats auf „certain areas in and around Kampala, at present lying outside the Township Boundary.“ (CO 536/191/6, Nr. 3, Annexure B, S. 1) Die Stadtentwicklungspläne aus den Jahren 1919 und 1929/30 sahen diese Wohngebiete

nicht vor, weshalb sie im Jahr 1937 außerhalb der offiziellen Stadtgrenze lagen. Wagte sich die Stadtplanung Kampalas Ende der 1930er Jahre demnach in Gefilde vor, die eigentlich außerhalb ihres offiziellen Zuständigkeitsbereichs lagen und bisher nicht als *development areas* wahrgenommen worden waren, wurde dem hier vorgestellten neuen Zugang während der 1940er und '50er insofern Rechnung getragen, als sich der Status Kampalas von der eines „township“ in den einer „municipality“ änderte und das offizielle Stadtgebiet vergrößert wurde (vgl. Omolo-Okalebo et al. 2010: 164).

Die im untersuchten Dokument verwendete akteurslose Formel der „Gesundheit der Stadt“, die die Geschichte Kampalas wesentlich als eine Geschichte des Schutzes der relativ kleinen europäischen Minderheit tendenziell verdeckte. Die Ansätze ab den späten 1930er Jahren zielten ebenfalls auf die „Gesundheit der Stadt“ ab und somit auf eine bestimmte *physical separation* der Bevölkerungsgruppen, bauten hierbei jedoch auf die „unsichtbare Hand“ des Marktes, auf die These, dass ein Ausschluss allein ungenügend war und offensichtlich auf das Faktum, dass Grünflächen als Pufferzonen in bereits bewohnten Gebieten schwer einzurichten waren. Im kolonialen Kampala wurde erkannt, dass „[i]t would be too simple to describe [or to think of] these relations as exclusion“ (Nederveen Pieterse 2004: 13). Es scheint, als zielten die Ansätze stattdessen auf eine „asymmetric inclusion or hierarchical integration“ (ebd.: 14) ab, um Nederveen Pieterse's Worte zu verwenden, die er in einem anderen Zusammenhang, nämlich in Bezug auf die Position Afrikas in Zeiten der „Globalisierung“ verwendet hat. Die Zeit, in der von *physical separation* gesprochen wurde, mochte nicht vorbei gewesen sein, wurde aber von einem anders gelagerten Duktus flankiert, der statt Segregation den *social progress* in den Vordergrund stellte, außerdem *extensively improving the householder's lot*, die *relatively lowly-paid urban workers*, den niedrigen Lebensstandard, *private initiative* und *to promote development*. Im vorliegenden Dokument findet der segregierende historische Kontext abgesehen von der Formel der „Gesundheit der Stadt“ kein einziges Mal Erwähnung.

Es zeigt sich, dass es sich in diesem Zusammenhang bei Entwicklung insofern um einen Prozess der Expansion handelte, als die planerischen Bemühungen der Stadtverwaltung auf neue Bereiche angewendet wurden (über die Stadtgrenzen und über Natur als Pufferzone hinaus). Es dürfte sich hierbei zunehmend um einen ambivalenten Prozess der hierarchischen Inklusion des einen Teils der Zielgruppe gehandelt haben, während nach wie vor mutmaßlich jener Teil der Bevölkerung räumlich verdrängt wurde, der es sich nicht leisten konnte, keine „Gefahr für die Gesundheit der Stadt“ darzustellen.

Insofern wurde die städtische Segregationspolitik ausdifferenzierter, wobei sich die Differenz zwischen den neu entstehenden Bevölkerungsteilen aus ihren Einkommen ergab: diejenigen, die es sich leisten konnten und sich dem Wohnregime unterwerfen wollten oder mussten, wurden von der Kolonialverwaltung als integraler und semiperipherer Bestandteil der Stadt akzeptiert, die anderen würden ihren Wohnbereich verlassen und entweder aufs Land oder in eine andere/neue städtische Peripherie abwandern müssen.

5.7 „Agricultural Survey“ at work I: Der „Interim Report of the Agricultural Survey Committee“ (1937)

Ein Jahr nach dem Erscheinen des ersten ugandischen Entwicklungsprogramms scheint es im Jahr 1937 zur Veröffentlichung eines weiteren gekommen zu sein, zumindest legt dies der Name der entsprechenden Akte nahe: „Development Programme“ (CO 536/191/6). Der Inhalt indes zeigt, dass es sich nicht um ein allgemein gehaltenes und/oder kohärentes Entwicklungsprogramm, sondern vielmehr um zwei thematisch spezifische Berichte sowie um Verhandlungen zwischen Protektoratsverwaltung und Colonial Office über kreditfinanzierte Entwicklungsmaßnahmen handelte.

Bei den beiden Berichten handelt es sich um die Zwischenergebnisse jenes Prozesses, der im Jahr 1935 durch das bereits analysierte „Memorandum for the Instruction and Guidance of the Agricultural Survey Committee“ angestoßen worden war und auf die Erfassung landwirtschaftlicher Ressourcen (Boden, Vieh, Arbeitskraft) abzielte. Beide Berichte sind in einer Publikation des *Agricultural Department* aus dem Jahr 1937 zusammengefasst. Zum einen handelt es sich um den „Interim Report of the Agricultural Survey Committee“, zum anderen um den „Report of the Teso Informal Committee, with Appendices“ (CO 536/191/6, Nr. 9).

Auf lediglich fünf Seiten wird in dem Zwischenbericht des *Agricultural Survey Committee* der Versuch unternommen, die Vorschläge aus drei weiteren Berichten in einem einzigen Dokument zusammenzuführen: das Memorandum „Soil Erosion“, der „Interim Report on Soil Erosion and Water Supplies in Uganda“ sowie ein Bericht über „19 Surveys done in small agricultural areas in Uganda“ (ebd.: 3). Die in der Analyse des Memorandums aus dem Jahr 1935 gemachte Beobachtung, dass sich der koloniale Staat in Bezug auf die Bodenproblematik von seiner „konservierenden“ Seite zeigte mit dem Ziel, einen drohenden Kollaps abzuwenden, trifft auch auf diesen Zwischenbericht zu. Die beiden Berichte zeigen konkret auf, dass und wie diese konservierende Haltung mit einer kolonialstaatlichen Expansion einherging – die Beherrschung der Natur sollte neu gefasst werden und die Autoren waren der Überzeugung, dass das Soziale bei diesem Prozess nicht ignoriert werden konnte.

Die auf Konservierung und Verhinderung ausgerichtete Haltung des Komitees kommt sowohl auf einer allgemeinen sprachlichen als auch auf der Ebene der vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausdruck. In Bezug auf den nordöstlichen Distrikt Karamoja, der

innerhalb des Kolonialapparats aufgrund der schlechten Bodenqualität als „the Karamoja Problem“ gehandelt wurde, könne es notwendig werden, „to incur very substantial expenditure in the area itself in order to *head off such a development*.“ (ebd.; Hervorh. D.S.) Die Entwicklung, die hier verhindert werden soll, ist sowohl eine zunehmende Desertifikation im Distrikt selbst als auch deren Übergreifen auf benachbarte Regionen. Nicht nur ist das Ziel auf Eindämmung, Kontrolle und Verhinderung ausgerichtet, auch die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sprechen eine ähnliche Sprache: „to *back up and hold water in sand beds*“ (Hervorh. DS) wäre ebenso hilfreich wie ein „*barrier forest between Karamoja and Teso*“ (ebd.: 4; Hervorh. DS).

In Bezug auf den Rest Ugandas wurde wiederholt, was bereits im Memorandum aus dem Jahr 1935 festgehalten wurde – die Anbaumethoden seien unzureichend, wobei implizit die ugandischen Kleinbäuerinnen und -bauern hierfür verantwortlich gemacht wurden: „the system of agriculture being practised is not adequate to meet the new strains being put upon the soil“ (ebd.). Trotz der unermüdlichen propagandistischen Bemühungen der Kolonialverwaltung „[in Buganda] cotton is still planted up and down the hills, mulching coffee with cut elephant grass is practically unknown and the planting of elephant grass after the cropping cycle is not done.“ (ebd.: 5)

„Blaming the native“ könnte wohl die polemische Zusammenfassung jener Bestandsaufnahme und der dahinter stehenden Kolonialpolitik sein. Denn seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Anbau von Baumwolle, später auch der von Kaffee, massiv gefördert. Dies war schließlich das Hauptaugenmerk eines Großteils kolonialstaatlicher Maßnahmen: Steuern wurden eingeführt, um die Subsistenzwirtschaft so gut es ging zugunsten der exportorientierten Produktion von cash crops zu verdrängen und Transportwege errichtet, um die landwirtschaftlichen Exportprodukte ihren Bestimmungsländern zuführen zu können. Noch bis in die 1930er Jahre hinein wäre der Kolonialapparat ob der Aussage, dass *cotton is [...] planted up and down the hills*, wohl restlos erfreut gewesen. Der Perspektivenwechsel, der jedoch spätestens Mitte der 1930er Jahre einsetzte, wird durch die folgende Aussage auf den Punkt gebracht: „doing everything that may be necessary to put things right from a soil deterioration point of view“ (ebd.).

Doch wiederum war es nicht die eigene, auf Exportproduktion ausgerichtete Politik, die unter Beschuss geriet und als Verursacherin des Bodenproblems wahrgenommen wurde, vielmehr waren es die als ungenügend wahrgenommenen Anbaumethoden und

diejenigen, die den Anbau betrieben, die der Veränderung bedurften. Brachen sollten eingerichtet werden, die Viehpopulationen kontrolliert und auch das Landrecht wäre Teil der „correctives for or preventives against soil deterioration and erosion.“ (ebd.) Ebenso wäre es „desirable to bring home to the people concerned [...] the facts of the case“ und klar, dass „the progress being made is slow and that if any methods can be devised for increasing the effectiveness of propaganda they should be adopted.“ (ebd.) Nicht zuletzt könne der Kolonialstaat auch auf autoritärere Mittel zurückgreifen, um das Bodenproblem zu lösen, schließlich könne ein Gesetz verabschiedet werden „making grass planting compulsory more or less successfully by the Chiefs who would thus be compelled to keep it themselves.“ (ebd.) Die Chiefs wurden als eine Gruppe erachtet, auf die der Kolonialstaat direkt Einfluss nehmen konnte. Sie sollten als Multiplikatoren dienen, da „[i]n many cases the law would be evaded by peasants at first, but the good results obtained by those who kept the law would, it is thought, encourage others to keep it and would help to render its administration easy and effective.“ (ebd.)

Der Zwischenbericht sah die Schaffung einer Reihe neuer Planstellen in der Kolonialverwaltung vor. Die Administration der Eastern Province sollte durch einen „Assistant District Officer“ verstärkt werden, auch das Agricultural Department sollte einen weiteren Beamten anstellen. Ein Forstwirt wäre für die Demarkierung der Schutzwälder in Teso und Karamoja vonnöten, die hierfür benötigten Ausgaben wären bereits im Haushaltsjahr 1937/38 veranschlagt. Ein Assistent im Bereich der Forstwirtschaft („Assistant Forest Conservator“) wäre für die Arbeit in bestimmten *gombololas* (Gemeinden) zuständig und würde darüber hinaus dem Teso-Komitee zuarbeiten. Im Bereich Geologie sollte ein Vorarbeiter („Overseer“) und ein Topograph angestellt werden und für die Labore in der Hauptverwaltung würden ein Chemiker und ein Gesteinswissenschaftler benötigt. (ebd.)

Die Protektoratsverwaltung initiierte den Anbau von Baumwolle und Kaffee, stieß jedoch 30 Jahre später auf sich hieraus ergebende Probleme – gemäß der eigenen Bestandsaufnahme war es ein Spiel auf und mit der Zeit. Von der Notwendigkeit angetrieben, die Exportproduktion aufrecht zu erhalten, sah sich der koloniale Staat dem Problem gegenüber, nicht mehr nur das „Ob“ und „Wieviel“, sondern nun auch verstärkt das „Wie“ der landwirtschaftlichen Exportproduktion zu regeln. Es gerieten die Anbaumethoden ins Visier, denn nur durch eine Veränderung jener Anbaumethoden könne der Boden geschützt werden. Dieser Ansatz wurde im Bericht des Teso-Komitee

mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung auf die bereits hier angesprochenen, möglicherweise notwendig werdenden autoritäreren Mittel wiederholt.

5.8 „Agricultural Survey“ at work II: Das „Pilotprojekt Teso“ - die Grenzen des Wachstums, die Eingrenzung der Bevölkerung und die Entgrenzung kolonialstaatlicher Visionen

Dem vierköpfigen Teso-Komitee stand der District Commissioner von Teso (einem Distrikt der Eastern Province) J. W. Steil vor, zusätzlich umfasste es die zuständigen Beamten aus den Bereichen der Vieh-, Land- und Forstwirtschaft. Der Bericht des Komitees wurde bereits am 26. November 1935 fertiggestellt, jedoch allem Anschein nach erst 1937 publiziert. Im Vorwort des Berichts, der ganz im Zeichen des allgemein verstandenen Bedürfnisses nach „investigating agricultural conditions in Uganda“ (CO 536/191/6, Nr. 9, S. 8) stand, wurde ohne Umschweife der Kontext und das Ziel der planerischen Bemühungen genannt. Das Komitee sah sich mit der Aufgabe betraut, die einlaufenden thematisch oder regional spezifischen Berichte zu sichten und auf diesen aufbauend „long-range programmes of agricultural development“ zu verfassen, „providing for the proper conservation of land so that expansion of cultivation and provision for pasturage can go on without permanently depleting the fertility of the soil.“ (ebd.: 8) Obwohl das hier genannte Ziel bereits im Memorandum aus dem Jahr 1935 und dem Zwischenbericht des Agricultural Survey Committee (ASC) durchschien, wurde es an dieser Stelle mit besonderer Klarheit benannt: die abnehmende Fruchtbarkeit und Erosion der Böden schien unmittelbar die beständige Expansion landwirtschaftlicher Exportproduktion zu bedrohen. Letztere war es, die im Zentrum der Bemühungen stand.

Generell kann der Bericht des *Teso Informal Committee* als eine Art Erweiterung bzw. Ergänzung des Zwischenberichts des *Agricultural Survey Committee* gesehen werden. Während das letztgenannte auf Protektoratsebene angesiedelt war, bildete das Teso-Komitee eine der regionalen Subeinheiten des Protektorats und arbeitete dem übergeordneten Komitee zu. Inhaltlich zeigte das Teso-Komitee auf, wie die im oben behandelten Zwischenbericht des überregionalen Komitees zum Ausdruck kommenden und eher allgemein gehaltenen Ansätze zur Lösung des Bodenproblems auf eine bestimmte Region angewendet wurden. Es zeigt sich, dass die Bodenproblematik als Aufhänger fungierte, um zu einer Art Rundumschlag anzusetzen – Fragen der Bodenerosion wurden nun nicht mehr bloß mit Verweis auf die „technischen“ Aspekte (landwirtschaftliche Anbaumethoden, Beschaffenheit der Böden, Topographie, Klima) beantwortet, vielmehr stand im Zusammenhang mit diesen die Frage im Raum, wie die

Iteso derart verändert oder „entwickelt“ werden könnten, um dem Ziel einer nachhaltig wachsenden Exportproduktion nicht im Wege zu stehen.

Das in sechs Kapitel unterteilte siebzehnseitige Dokument ist nach dem kolonialen Schema F gegliedert: nach den Arbeitsrichtlinien des Komitees wird im zweiten Kapitel ein Überblick über den Distrikt gegeben. Auch dieses Kapitel („The Teso District“) ist klassisch angelegt, da es zunächst auf die Topographie, dann auf die Bevölkerungszahlen – hier werden gesondert die Steuerzahler ausgewiesen – und schließlich auf die Bevölkerung selbst eingeht. Das dritte Kapitel ist einer Bestandsaufnahme der landwirtschaftlichen Anbaumethoden, das vierte deren Auswirkungen gewidmet. Es folgt eine relativ ausführliche Diskussion möglicher Eingriffe bzw. Problemlösungsstrategien („General Considerations“), bevor im sechsten und letzten Kapitel die Vorschläge des Komitees knapp zusammengefasst werden.

Das Komitee sollte laut den Arbeitsrichtlinien Vorschläge erarbeiten, um erstens 15% der Fläche des Distrikts für Schutzwälder zu reservieren und „[t]he consent of the natives concerned should be obtained in all cases“ (ebd.: 10). Zweitens sollte das Komitee die Situation bezüglich der Brandrodung erfassen und konkrete Maßnahmen ausarbeiten „to reduce the fire menace to reasonable proportions“ (ebd.). Drittens: „To review the suggestions that when in the Teso District, [sic] land is abandoned for the resting period, it should be planted up with trees or suitable grass and to make any recommendations that may be practicable for getting this procedure adopted as routine.“ (ebd.)

Die Mitglieder des Komitees verdeutlichten jedoch gleich zu Anfang ihres Berichts, dass sie jene Aufgabenbeschreibung als zu spezifisch ansahen, um sinnvolle Vorschläge erarbeiten zu können: „Some difficulty has been experienced by the Committee in keeping strictly to the terms of reference and *it has been necessary* to take rather a broad view of these terms *in order to enable the Committee to make suggestions* that will, *it is hoped*, be of value in dealing with the various difficulties in Teso.“ (ebd.: 11; Hervorh. DS). Diese Einschränkung gelte insbesondere für den oben zitierten dritten Aufgabenbereich (die Brachen), da „[i]n some parts of Teso, under existing conditions, there is not, *to all intents and purposes*, any resting period, and *the Committee has*, [sic] *therefore had to make recommendations* with a view to making such a resting period possible.“ (ebd.; Hervorh. D.S.) Bereits an dieser Stelle des Dokuments zeigt sich eine sprachlich vermittelte Verteidigungshaltung, die angesichts der hier angekündigten Abweichung des Komitees von ihren Vorgaben nicht weiter verwunderlich ist. Es war

also „notwendig“, dass das Komitee seine Vorgaben nicht allzu wörtlich auslegte, da es nur so befähigt wurde, Vorschläge zu erarbeiten, von denen es wiederum „hoffte“, dass sie dennoch von Nutzen sein würden. Doch angesichts des Umstandes, dass *to all intents and purposes* (praktisch) keine Brachen existieren würden, wählte das Komitee nicht aus einer bloßen Laune heraus einen anderen Weg. Dies wurde vielmehr als Sachzwang wahrgenommen: *the Committee has, therefore had to make [...]*.

Bemerkenswert ist in Bezug auf den Bericht des Teso-Komitees, dass erstens anerkannt wurde, dass es vor der britischen Kolonialherrschaft lokale Ansätze zum Erhalt der Fruchtbarkeit der Böden gab und zweitens, dass der britische Einfluss auf Teso und die Bodenproblematik durchaus problematisiert wurde. Angesichts dieser bisher differenziertesten Problemanalyse erscheinen die Schlüsse, die hieraus gezogen wurden, umso interessanter und geben den Blick frei auf Alternativen, die angesichts der strukturellen materiellen wie ideologischen Grenzen des Kolonialregimes offensichtlich nicht in Betracht gezogen werden konnten.

5.8.1 „Seeing Like a State“¹¹: die aufwändige Erfassung und Konstruktion des problematischen status quo

Ausgangspunkte für das Komitee bildeten topographische und demographische Anmerkungen zur Situation in Teso. Der Distrikt wurde in fünf Zonen mit unterschiedlichen Boden- und Klimacharakteristika und unterschiedlichen Bevölkerungsdichten unterteilt, wobei eine gesonderte Tabelle mit der Bevölkerung je *County*, zwischen Steuerzahlern und Gesamtbevölkerung differenzierend, erstellt wurde. Die schlechten Bedingungen in Kumi und Ngora – „there being no adequate resting period in such areas“ – „are spreading slowly into the neighbouring gombololas“, „with the result that the fertility of agricultural land is not being maintained.“ (CO 536/191/6, Nr. 9, S. 12) Das Bild der sich wie von selbst ausbreitenden Gefahr (*spreading slowly into*) ist inzwischen bekannt.

Wie verhält es sich nun mit Maßnahmen zum Schutz der Böden? Die Iteso hätten bereits „[p]rior to the impact of civilisation“ (ebd.) die abnehmende Fruchtbarkeit der Böden als Problem erkannt und durch regelmäßige Ortswechsel darauf reagiert: „the Teso rely on this resting period to restore fertility“ (ebd.: 13). An anderer Stelle heißt es,

¹¹ vgl. Scott 1998

dass „this natural resting period, [...] was customary prior to the comparatively recent increase in the area under economic crops“ (ebd.: 14). Bemerkenswert scheint einerseits der Umstand, dass es in den Augen des vierköpfigen Komitees funktionierende Praktiken im Bereich der Bodenregeneration gab, und andererseits, dass sie über einen bestimmten Sprachgebrauch dem Bereich der „Natur“ bzw. der „Bräuche“ zugeordnet wurden: *this natural resting period, [...] was customary*. Die „natürlichen“ und „gebräuchlichen“ Brachen waren zwar tatsächlich ein Teil der Praktiken der Iteso, die Fruchtbarkeit der Böden zu erhalten. „Natürlich“ waren sie hingegen nicht, sondern stellten einen gesellschaftlichen Umgang mit dem landwirtschaftlich genutzten Boden dar. Anhand der Verortung dieser gesellschaftlichen Praxis in der Natur konnte jedoch einerseits der Verwaltungsapparat als ein *nicht* „naturgemäß“, sondern „intentional“ handelnder, als ein „zivilisierter“ Akteur entstehen bzw. diese Eigenwahrnehmung bestätigt sehen. Andererseits, wie gezeigt werden wird, ist jene Zuordnung Teil einer breitenwirksameren Repräsentation der „Anderen“, welcher eine wesentliche Funktion bei der Legitimierung gewaltvoller Interventionspraktiken zukommt.

Prior to the impact of civilisation wären die Iteso also „a very primitive tribe“ gewesen, „conservative in their outlook, leading a communal life and the whole structure of social life was based on this local communal idea. [...] In their social life cattle played a very important part“ (ebd.: 12) Der Prozess der „Zivilisierung“ hätte aus der Substitution des „old communal system“ durch das System der „Native Administration“ bestanden, aus dem Einfluss von Bildung und Religion, der Einführung von „economic crops, particularly cotton“ sowie dem daraus resultierenden Handel (mit Handelsgütern). Jener Prozess hätte sich mit einer solchen Geschwindigkeit vollzogen, dass „the native mind in general has been unable to keep pace with it“. Obwohl „some of the people have now-a-days many of the outward signs of civilisation, the Teso are still essentially a very primitive tribe.“ Als ein weiterer Beleg hierfür scheint der Umstand gedient zu haben, dass „[c]attle still remain one of the most important factors in their social life and they have not yet become ‚money minded‘.“ (ebd.: 13)

Trotz der schnellen Transformationsprozesse scheint der einzige Unterschied zwischen den Iteso von früher und dem Heute des Jahres 1935 darin bestanden zu haben, dass sie ihre äußere Erscheinungsform zumindest teilweise „zivilisiert“ hätten und nicht mehr einfach nur ein *very primitive tribe*, sondern *still essentially a very primitive tribe* gewesen seien. Dass sie „noch“ primitiv seien, hätte nichts mit einer Absenz der zivilisatorischen Einflüsse (und somit einem Scheitern des Kolonialismus als einer

„civilising mission“), sondern vielmehr mit dem geistigen Unvermögen der „Primitiven“ zu tun.

Jenes „noch“ in Verbindung mit „primitiv“ indes ist entscheidend. Auf der einen Seite wären sie nach wie vor *conservative in their outlook* und „often unable, and consequently unwilling, to appreciate the benefits of any measures which may be devised for the benefit of the tribe as a whole“ (ebd.). Solche Maßnahmen einzuführen, wäre unter den gegebenen Umständen der „Primitivität“ „rendered extremely difficult“, auf der anderen Seite jedoch „by force of economic circumstances“ prinzipiell möglich: „the introduction and rapid spread of the plough has been mainly due to the fact that the native has found it required less work to use the plough than to cultivate with a hoe.“ (ebd.)

Jenes „noch“ also zeigt an, dass eine Transformation oder Entwicklung der Iteso durch kolonialstaatliche Interventionen zwar schwierig, aber unter bestimmten Umständen möglich wäre. Prinzipiell wären die Iteso den gut gemeinten kolonialstaatlichen Interventionen gegenüber skeptisch eingestellt. Die „Zivilisierung“ Tesos hätte eine lediglich dem Anschein nach „zivilisierte“ Bevölkerung hervorgebracht, allerdings auch zum Zusammenbruch lokaler Praktiken zum Erhalt der Fruchtbarkeit der Böden geführt. Was folgte, war eine genauere Untersuchung jener volkswirtschaftlich relevanten Variablen, die zur Erosion der Böden geführt hätten. Die Bevölkerungsdichte sowie die Anzahl der Rinder, Schafe und Ziegen hätten zu einer teilweisen Übernutzung der Böden geführt. Die „very large increase in numbers of all livestock“ wurde der Situation des Baumwollanbaus gegenübergestellt: „the acreage of cotton has *only* shown an increase of approximately 100% during the period 1920 to 1935, the cotton acreage is now stable and there is, *unfortunately*, no indication of increased yields per unit area.“ (ebd.: 14; Hervorh. D.S.). Die Wachstumsdynamik der Viehpopulationen wurde im Gegensatz zum Baumwollanbau in absoluten Zahlen dargestellt, auf die Künste der Mathematik, die in Bezug auf die Baumwollerträge zum Einsatz kamen (prozentuales Wachstum, mathematische Korrelationen, aufeinander aufbauende arithmetische Mittelwerte von 5-Jahres-Perioden, s.u.), wurde bezüglich der Viehpopulationen verzichtet. Dadurch wurde es der LeserInnenschaft wesentlich erleichtert, den Ausführungen des Komitees zu folgen, obwohl letzteres in Bezug auf zwei ähnliche Wachstumsprozesse zu konträren Einschätzungen gelangte. Anhand der Zahlen des Berichts lässt sich leicht ermitteln, dass ungefähr im selben Zeitraum (1920-33) die Viehpopulation ebenfalls um ca. 100% anwuchs. Ein *very large increase* von

100% bei der Viehpopulation, *only [...] an increase of approximately 100%* bezüglich der Anbauflächen von Baumwolle. Dies bringt ein deutliches Bekenntnis zu den cash crops und eine ebenso deutliche Distanzierung gegenüber der Viehwirtschaft (verstanden als Teil „primitiver“ Gesellschaften, die *not yet money minded* waren) zum Ausdruck.

Es kann sich wohl kaum um einen Zufall handeln, dass James Ferguson in Bezug auf Entwicklungsagenturen im Lesotho der 1970er Jahre zu ähnlichen Ergebnissen gekommen ist: „Development’ planners have long seen Lesotho’s grasslands as one of the few potentially exploitable natural resources the country possesses, and the country’s herds of domestic grazing animals as an inertia-ridden ,traditional’ sector ripe for transformation by the dynamic ,modern’ cash economy.“ (Ferguson 1997: 229) Er zeigt auf, dass der polit-ökonomische und soziale Kontext der Rinderzucht als ein in arbeitsmigrantische Lebensweisen eingebundenes Mittel, die „Sparquote“ zu erhöhen, der Altersvorsorge sowie der Steigerung des sozialen Prestiges zuträglich zu sein, im Entwicklungsdiskurs in und über Lesotho nicht aufscheint (vgl. ebd.). Ohne auf diese konkreten polit-ökonomischen Rahmenbedingungen in Teso eingehen zu können, scheint klar, dass auch das Teso-Komitee kein Interesse daran hatte und auch gar nicht in der Lage war, sie zu erfassen.

Die volkswirtschaftliche Erfassung fußte auf der nüchternen Feststellung, dass man es hier mit einem konkreten Verlust von Erträgen (Baumwolle je Hektar) zu tun hatte. Der volkswirtschaftliche Schaden in Form von geringeren direkten und indirekten Steuereinnahmen, der sich hieraus ergab und zunehmend ergeben würde, schien auf der Hand zu liegen und musste nicht, bzw. nicht an dieser Stelle, explizit erwähnt werden. Das Komitee sollte sich mit der Mikroebene des Distrikts auseinandersetzen und tat dies auch: um die These der abnehmenden Baumwollerträge zu testen, wurde der Distrikt nicht wie zuvor topographisch in fünf, sondern nun anhand des Parameters der Erträge je Hektar in drei Zonen unterteilt. Die Beschreibung der drei Zonen nimmt eine knappe Seite des Dokuments ein, beginnt jedoch immer mit „Areas in which“ und endet mit „yields per acre are...“ und lässt sich insofern herunterbrechen auf „(a) Areas in which [...] yields per acre are normal“, „(b) Areas in which [...] yields per acre tend to decline“ und „(c) Areas in which [...] yields per acre are low.“ (ebd.: 15) Eine Tabelle zeigt nachfolgend die unterschiedlichen Baumwollerträge von zwei Regionen im Zeitverlauf 1921-35 und diese ließen den Rückschluss zu, dass „there is a definite downward drift in cotton yields in each area, though there appears to be some slight

recovery in the last five-year period.“ (ebd.) Darüber hinaus könne eine mathematische Korrelation zwischen der abnehmenden Fruchtbarkeit der Böden und der Zunahme von Rindern, Pflügen, des Baumwollanbaus und zunehmender Trockenheit hergestellt werden; und auch wenn es möglich wäre, dass manche der genannten Faktoren rein zufällig mit dem Problem korrelierten, wäre es „safer, however, to assume that all have contributed towards the loss of fertility.“ (ebd.)

Bisher wurde deutlich, dass der Druck auf den Boden im Zuge der „Zivilisierung“ der Iteso und des Distrikts deutlich zugenommen hatte, die Baumwollerträge aufgrund der sich hieraus ergebenden abnehmenden Fruchtbarkeit der Böden rückläufig waren, die Iteso nach wie vor „primitiv“ und *conservative in their outlook* waren und dass sie lediglich *by force of economic circumstances* dazu zu bewegen waren, die in ihrem Sinne erdachten kolonialstaatlichen Maßnahmen anzunehmen.

5.8.2 Reißbretter und Schachfiguren: über den Teso-Distrikt als „Pilotprojekt“

Nach der Erfassung der problematischen Ausgangslage befasste sich das Teso-Komitee ausführlich mit jenen Fragen, die es zu beantworten galt und diskutierte unterschiedliche Strategien, wie Brachen geschaffen, diese aufgeforstet und die Brandrodung, die Rinderpopulationen und die Bevölkerung in „richtige“ Bahnen gelenkt werden könnten. Hierbei benutzte es den hierarchisch aufgebauten kolonialen Verwaltungsapparat, um die eigenen Thesen, vor allem die Anwendung von gewaltvoller Kontrolle, mit Verweis auf koloniale Autoritäten zu untermauern. Bezüglich der Aufforstung merkte das Komitee an: „From the native *evidence* before the Committee *it is clear* that it is *impossible* to obtain the willing consent of the natives to any reservation of land and forests“ (ebd.; Hervorh. DS), womit sich das Komitee wie erwähnt gegen seinen Arbeitsauftrag wandte. Freilich nicht, ohne dies ein weiteres Mal als einen Sachzwang zu porträtieren: Dies ergäbe sich aus den *Beweisen*, die *Unmöglichkeit* der Zustimmung wäre unvermeidbar. Schutzwälder und Aufforstung jedoch wären „*essential for the future welfare of the District*“, und wie nicht zuletzt „the Honourable the Chief Secretary“ angemerkt hatte:

It is hardly necessary to stress the *literally vital* importance of the proposals ... and it is only desired to call attention to the need for accepting the position and to the *fact* that some of the natives of this generation *may have*

to submit some deprivation and inconvenience for the benefit of future generations. (22.03.1935, zitiert in ebd.; Hervorh. D.S.)

Durch Verweis auf *the Honourable the Chief Secretary* wurde die Abweichung des Komitees zurück in den kolonialen Mainstream geholt. Die implizite Frage hierbei war: Sind Problemlösungsstrategien, die zwar dem konkreten Arbeitsauftrag zuwiderlaufen mochten, sich jedoch in den Einschätzungen von Chief Secretary E. L. Scott wiederfinden ließen, tatsächlich von der Hand zu weisen? Schließlich handelte es sich beim Chief Secretary um den Autor jenes zentralen Schriftstücks, das der Einsetzung des Teso-Komitees zugrunde lag.

Es drängt sich ein kurzer Verweis auf rezentere Konzepte „nachhaltiger Entwicklung“ auf. Der sogenannte Brundtland-Bericht aus dem Jahr 1987 merkte in Bezug auf „nachhaltige Entwicklung“ an: „Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (United Nations 1987: 24) Dieser Vergleich soll nicht über die bestehenden Unterschiede zwischen „nachhaltiger Entwicklung“ im Jahr 1937 und '87 und ihrer Konzeptualisierung in unterschiedlichen Räumen hinwegtäuschen. Doch kann man die seit 1987 so oft beschworene „Generationengerechtigkeit“ der Struktur nach in der kolonialen Formel wiederfinden, dass „some of the natives of this generation may have to submit some deprivation and inconvenience for the benefit of future generations.“ (E.L. Scott zitiert in CO 536/191/6, Nr. 9, S. 16)

Das koloniale Konzept der Generationengerechtigkeit würde *deprivation and inconvenience* für die damalige Generation mit sich bringen und auch der Brundtland-Bericht ging davon aus, dass „[p]ainful choices have to be made.“ (United Nations 1987: 25)

Die Frage nach der Aufforstung wurde zu einer „of survey and demarcation“; und nachdem die Iteso und die Karamojong die betreffenden Gebiete für ihre eigenen Zwecke nutzen würden, wurde es als essentiell angesehen, „therefore, to take all possible steps to prevent the ingress of natives for any purpose whatsoever“ (ebd.: 17). Einerseits sollte eine Waldpatrouille eingesetzt werden, andererseits die Bevölkerung durch die Bereitstellung neuer Wasserstellen außerhalb der Schutzgebiete davon abgehalten werden, die bestehenden Wasserstellen innerhalb der Gebiete zu nutzen.

Was die Viehzucht anbelangt, ließ das Komitee einen sensiblen Umgang mit Herrschaftstechniken erkennen. Es bezog sich ein weiteres Mal auf eine Autorität des

kolonialen Verwaltungsapparats, diesmal auf den Governor höchst persönlich, der mit den Worten zitiert wurde, dass „[n]o measures for limiting the indefinite increase of livestock *can be considered too drastic* to be justifiable if the Government is faced with the alternative of dessication [sic] or soil destruction in any areas through continuous overgrazing“ (Gouverneur Boudillon zitiert in ebd.: 19; Hervorh. D.S.). Die Umverteilung der bestehenden Rinderherden wäre eine Notwendigkeit, hänge aber wesentlich von „the redistribution of the human population“ (ebd.) ab. Die Antwort auf die Frage, wie denn die Rinderherden dezimiert werden könnten, ergab sich als eine logische Schlussfolgerung aus der zuvor analysierten Darstellung der Iteso: „every effort should be made to get the Teso look on money as the form of currency, so that he will cease to regard cattle as the only form of ,capital’“ (ebd.). Bildung wäre hier ein wesentlicher, jedoch zwangsläufig langfristiger Ansatz. Die Einführung einer Rindersteuer wurde erwogen, jedoch in Hinblick darauf, dass die Iteso bereits zu viele Steuern zahlen würden, festgehalten, dass „the various recommendations contained in the report will, it is realised, be unwelcome to the Iteso and it would be unwise to jeopardize the success of the various proposals by adding to them a tax which would be most unpopular with every cattle owner in Teso.“ (ebd.) Da sich die Umverteilung der Rinderpopulationen aus der Umverteilung der Bevölkerung ergeben würde und es letztere war, die bewerkstelligt werden sollte (s.u.), erschien eine direkte Kontrolle der Rinderpopulationen – da unpopulär – als kontraproduktiv.

Es folgt eine ausführliche, relativ technisch gehaltene und ins Detail gehende Diskussion der Vor- und Nachteile unterschiedlicher Brandrodungstechniken. Bemerkenswert erscheint der Umstand, dass das Teso-Komitee dabei auf die imperiale Expertise in diesem Bereich zurückgriff und sowohl einen Artikel diskutierte, der auf der „Conference on Cotton Growing problems convened by the Empire Cotton Corporation“ (ebd.: 20) vorgestellt wurde, als auch auf das Bulletin „Soil Erosion in Nigeria“ verwies.

„Optimierung“ ist das Stichwort bezüglich der brachliegenden Flächen: „shortening or increasing the value of this resting period“ (ebd.: 21) stellte sich jedoch als ein komplexes Unterfangen dar. Obwohl es denkbar wäre, dass sich mit der Zeit eine Verbesserung, d.h. Aufforstung, einstellen würde, wäre es „at present impossible to expect the native, either voluntarily or otherwise, to plant with trees all land that is abandoned for resting.“ (ebd.: 22) Hier verwies das Komitee auf die Grenzen kolonialstaatlicher Einflussnahme. Erschienen neue Wasserstellen als eine Möglichkeit,

die Bevölkerung daran zu hindern, die zu errichtenden Schutzwälder zu betreten, wurde die strategische Bereitstellung von Wasserstellen in diesem Zusammenhang als ein Mittel gesehen, eine „more even distribution of population“ (ebd.) zu erreichen.

Demographische Ansätze – auf die Kontrolle des Wachstums der Bevölkerung zielend – finden sich in dem Bericht des Teso-Komitees im Gegensatz beispielsweise zu dem Entwicklungsplan aus dem Jahr 1946 keine, sehr wohl aber ein wesentlich über die strategische Bereitstellung von Wasserstellen hinausgehender Politikansatz zur direkten Kontrolle der Bevölkerung, der nicht weniger vorsah als eine „controlled movement of population“ mit dem impliziten Ziel, aus Teso eine einzige „controlled area“ (ebd.: 24) zu machen. Das vierköpfige Komitee schien die „Pilotprojekte“ der Nachkriegszeit vorwegzunehmen und versuchte mit der hierfür notwendigen Forderung nach mehr Gewaltbefugnissen die Vision einer geordneten nachhaltigen Entwicklung in die Tat umzusetzen, wie das folgende „Planspiel“ des Komitees verdeutlicht.

„It is our opinion that little can at present be done for the bad areas“ (ebd.), womit jene Regionen gemeint waren, die bereits eine niedrige Fertilität der Böden („yields per acre are low“, Kategorie C, s.o.) aufwiesen. Die noch ertragreichen Regionen (Kategorie A) müssten jedoch vor den „evil effects“ der schlechten Regionen geschützt, nach einem entsprechenden Gutachten eindeutig demarkiert und als „„controlled’ areas““ deklariert werden, und „the movement of natives from one gombolola [sub county] to settle, cultivate or graze cattle in another should be prohibited except with the permission of the District Commissioner. Permission to settle or cultivate in a ,controlled’ area would be given only to people who agreed to farm on lines approved by the Standing Committee.“ (ebd.) In den Genuss jener Regionen der Kategorie A konnte demnach nur gelangen, wer sich dem Regime der Registrierung und der Überwachung der eigenen Anbaumethoden unterwarf, was einem Grenzregime innerhalb von Teso entspricht.

Die verpflichtenden Anbaumethoden wurden grob umrissen, jedoch offen gehalten, und in Bezug auf die mittlerertragreichen Regionen (Kategorie B) mit sinkenden Baumwollerträgen festgehalten: „a compulsory resting period would be enforced and land when abandoned would be planted up with suitable grass“ (ebd.). Das Kontrollregime, das in Bezug auf Kategorie A aufgebaut werden sollte, sollte ebenfalls auf die Regionen der Kategorie B angewendet werden (Verbot/Erlaubnis, bestimmte Anbaumethoden). Die unweigerlich eintretende Erosion der Böden in den Kategorie-C-Regionen würde zu einer ebenso unweigerlichen Bevölkerungsbewegung führen, und wenn „this land is abandoned by the people [they] will be allowed no alternative but to

move into controlled areas“ (ebd.). Einerseits sollte also bezüglich der Kategorie-A- und -B-Regionen ein Zuzugsverbot verhängt werden bzw. der Zuzug von der Einwilligung des District Commissioner und der Anwendung bestimmter Anbaumethoden abhängig gemacht werden, andererseits gab es eine nicht unbeträchtliche Anzahl derer, die die dicht besiedelten Regionen der Kategorie C würden verlassen müssen. In diesem Fall war es nunmehr keine Frage, ob der District Commissioner einwilligte und auch keine Frage des ausschließenden Verbots, sondern vielmehr eine des einschließenden Zwangs: *[they] will be allowed no alternative but to move into controlled areas*. Die verlassenen Gebiete wiederum sollten aufgeforstet werden „to be handed back as ‚control‘ areas when the land was [sic] again become fertile.“ (ebd.) Hier schloss sich also der Kreis: Auf lange Sicht würde der gesamte Distrikt aus kontrollierten Regionen der Kategorie A und B bestehen, da die verlassenen erodierten Gebiete wiederum aufgeforstet, aufgewertet und, als „Kontroll-Gebiete“ deklariert, an die Bevölkerung „zurückgegeben“ würden. Dies wäre eine positive Gesamtrechnung, mit der das Komitee offensichtlich einem Aufschrei der ansässigen Baumwollfirmen zuvorkommen wollte. Zwar würden letztere von „this controlled movement of population [...] at first, be adversely affected. On the other hand, over the district as a whole, the increased production in the controlled areas should counteract this decrease.“ (ebd.)

Dies also waren die unpopulären Maßnahmen, die das Komitee dazu bewogen hatten, im Sinne ihrer besseren Umsetzbarkeit auf die Einführung einer Rindersteuer zu verzichten. Da unpopulär, wurde es als wahrscheinlich angesehen, dass die betroffene Bevölkerung kurzerhand in benachbarte Distrikte abwandern und das Problem einfach verlagern würde, ergo: „it will probably be necessary for neighbouring districts to take steps to prevent unrestricted immigration“ (ebd.). Ein Kontroll- und Grenzregime sollte demnach nicht nur innerhalb Tesos aufgebaut werden, es galt, auch die Außengrenzen des gesamten Distrikts zu verstärken. Das Komitee schien durchaus den Umstand anzuerkennen, dass es sich hier um ein verstärktes Kontroll- und Grenzregime handelte: Es kalkulierte Widerstand mit ein und verzichtete in diesem Sinne darauf, eine Rindersteuer einzuführen; es sprach sich offen für verstärkte Grenzkontrollen aus und verfolgte seinen Ansatz bis in gesetzgeberische Details hinein. So enthielt die Liste der konkret zu ergreifenden Maßnahmen und Vorschläge des Komitees „[a]n amendment to Section 7 B (p) of the Native Authority Ordinance to give powers to take proceedings against persons who fail to obey orders regarding cultivation which have been issued by, or with the approval of, the District Commissioner.“ (ebd.)

Insgesamt schlug sich der Versuch, die Erträge des Baumwollanbaus zu steigern und die Böden zu schützen, in einer auf imperialer Expertise aufbauenden Analyse nieder, deren Ergebnisse wiederum zu einer verstärkten direkten Kontrolle der Bevölkerung führten. Die *orders regarding cultivation* zielten nicht nur auf das „Wie“ des Anbaus (von Baumwolle) ab, sondern wiesen zudem eine klare zeitliche Dimension auf, die sich aus der detaillierten Diskussion der Anbaumethoden und der Brandrodung ergab. Dies beinhaltete „enforcing burning as soon as possible in the dry season“ ebenso wie die Forderung „[t]hat a closing date be fixed each year for cotton planting after which date it would be an offense to plant cotton. At the present time large areas are planted with cotton in September. In Teso cotton planted at this late date gives but a very poor yield and it is considered that, from the point of view of maintenance of fertility in general, such late planting should be prohibited.“ (ebd.: 25)

In dem „Planspiel“ und der Vision, ein klar abgegrenztes Gebiet mit eindeutig definierten und eigenen Spielregeln erschaffen zu können, einem „Planspiel“, in dem die Bevölkerung scheinbar gar nicht anders konnte, als der gelenkten Binnenmigration zu folgen und zu einer positiven Gesamtrechnung beizutragen, zeigte sich jene Grundhaltung, die die sogenannten Pilotprojekte der Nachkriegszeit hervorbringen würde. Wie der Entwicklungsplan aus dem Jahr 1946 es vorsah, sollten die Pilotprojekte jedoch auf ungefähr 500 Quadratmeilen und ca. 6000 Familien beschränkt werden (vgl. CO 536/218/3, Nr. 5). Im Jahr 1935 schwebte dem Teso-Komitee eine Art Pilotprojekt für den gesamten Teso-Distrikt vor, mit einer Größe von ca. 3800 Quadratmeilen (CO 536/191/6, Nr. 9, S. 18) und einer Gesamtbevölkerung von 275.261 (Stand 1934; vgl. ebd.: 12). Bestand eine wesentliche Komponente der späteren Pilotprojekte, als „development as experiment“ (vgl. Bonneuil 2000), in dem Versuch, soziale Dienstleistungen für die effektivere Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Entwicklungs- und Produktionsformel zu instrumentalisieren, blieb das Teso-Komitee in seinen diesbezüglichen Ausführungen weniger spezifisch. Es brachte jedoch in besonderer Klarheit auf den Punkt, dass die „Steigerung des Lebensstandards“ u.a. als eine Formel dafür diene, die koloniale Konkurrenz zwischen der Subsistenz- und Exportwirtschaft durch die Zurückdrängung der ersteren abzumildern und diesen Prozess als einen der „Zivilisierung“ und „Entwicklung“ darzustellen. Paradoxerweise wies man gleichzeitig auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung hin, die hauptsächlich von der Subsistenzwirtschaft abhing.

Im Zusammenhang mit der Verdrängung der zu großen Rinderherden ging man erneut darauf ein „[t]hat every effort should be made to get the Teso to look on money as the form of currency, so that he will cease to regard cattle as the only form of ‚capital‘ possible.“ (CO 536/191/6, Nr. 9, S. 25) Die Besteuerung von Fahrrädern sollte, wenn nicht aufgegeben, so doch zumindest abgesenkt werden, um eine Substitution von Rindern durch Fahrräder zu initiieren, denn: „less money would be tied up in unproductive cattle.“ (ebd.: 26) Überhaupt sollte der/die „native“ dazu angehalten werden, „to reckon his wealth by a higher standard of living, by more hygienic housing, by the possession of a greater number of purchaseable goods such as bedding, lamps, better cooking utensils, clothing, implements, bicycles, etc. etc.“ (edb.) Die Grenzen der Fruchtbarkeit der Böden und somit die Grenzen des Wachstums führten zu einer noch einmal brisanter erscheinenden Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Wirtschaftssektoren – mit jener zwischen der Subsistenz- und Exportproduktion im Zentrum. Der Formel *to reckon his wealth by a higher standard of living* wurde die wichtige Rolle zugeschrieben, diese Konkurrenzsituation über den Umstieg von Rindern auf Fahrräder und andere monetäre Handelsgüter abzumildern. Ein Prozess, der überdies umso naheliegender und zentraler erschien, als er als ein Prozess der „Zivilisierung“ verstanden wurde: Rinder als Teil „primitiver Stämme“, die Geld- und Warenwirtschaft als Emblem der „Zivilisation“. Wie so häufig, sollte hier die spezifische Ausgestaltung des Steuersystems bei der Umsetzung kolonialstaatlicher Zielsetzungen behilflich sein. Besteuerung war indes nicht das einzige Mittel, Rinder als Teil der Subsistenzwirtschaft zu kontrollieren und teils zu verdrängen. Regelmäßige Auktionen sollten dabei helfen „to encourage the native to dispose of those of his cattle which, under present conditions, are *surplus* and *unproductive*.“ (ebd.; Hervorh. D.S.) Nicht nur Rinder wurden in Bezug auf Teso als „überschüssig“ und „unproduktiv“ wahrgenommen, schließlich gab es noch das Phänomen der zeitweisen Lohnarbeit; und solche „natives by their casual attention to their cotton and other plots do no good to the land they cultivate and it is considered that it would be better to encourage their permanent employment as hired labourers.“ (ebd.) Die Zeit wäre reif „to endeavour to build up a labouring class as distinct from the ‚Agricultural‘ [sic] peasant in Teso“. Für Privatunternehmen, vor allem aber für den kolonialen Staat als Arbeitgeber gelte, dass „every endeavour should be made to keep him in work. If work is not available, he should, whenever possible, be given preference as soon as work becomes available.“ (ebd.)

Es waren bisher also folgende Institutionen und Interventionstechniken, die geschaffen bzw. abgeändert werden sollten: Patrouillen sollten die Schutzwälder schützen, strategisch geschaffene Wasserstellen die Bevölkerung lenken helfen, das Steuersystem und Auktionen sollten dabei helfen *surplus cattle* zu dezimieren und mehr Flächen für die exportorientierte Landwirtschaft zu schaffen. *Surplus labour* sollte durch die Institutionalisierung einer Lohn- und Leiharbeiterschaft ebenfalls einen Teil des begrenzten Bodens freigeben, die Außengrenzen von Teso sollten außerdem verstärkt und ein Grenzregime innerhalb des Distrikts sowie ein Katalog akkreditierter Anbaumethoden geschaffen werden, und schließlich sollte die Native Authority Ordinance entsprechende Machtbefugnisse erteilen, deren Einhaltung zu gewährleisten. Nicht zuletzt sollte auf Provinzebene (Eastern Province) ein „Standing Committee“ institutionalisiert werden, das „should be given powers to:-

(a) Control, supervise and co-ordinate the work

(b) Inaugurate such experiments as may be considered necessary.“ (ebd.)

Dem *Standing Committee* würden der *Senior Veterinary Officer*, der *Senior Agricultural Officer* und der *Divisional Forest Officer* angehören (vgl. ebd.). Ein weiterer Aufgabenbereich würde darin bestehen, „to institute trials of grass planting, tree planting and mixed grass and tree planting“ sowie „to investigate methods of manure making suitable for natives [and] undertake trials of grazing grasses“ (ebd.: 27). Somit würden zu den beiden bereits genannten Aufgabenbereichen (a) und (b) folgende hinzukommen:

„(c) Modify the work in the light of experience

(d) Estimate for and handle the funds necessary for the work and experiments.“

(ebd.)

Koloniale Entwicklung war hoch experimentell, dessen waren sich die meisten Autoren der entsprechenden Dokumente durchaus bewusst. Diesem Informationsdefizit begegnete man, wie nicht zuletzt durch diesen Bericht vor Augen geführt wird, durch Komitees, der Erstellung von Gutachten, der Institutionalisierung von landwirtschaftlichen Versuchsreihen und ihrer systematischen Auswertung. Der Informationsbedarf wurde erkannt und es wurde versucht, den notwendigen Informationsfluss zu gewährleisten – das „Standing Committee“ sollte als ein Knotenpunkt auf Provinzebene fungieren und dem Umstand Rechnung tragen, dass „experience gained in one district will be invaluable in dealing with others“ (ebd.: 26).

Hatte sich der Bericht bisher auf den Distrikt selbst konzentriert, rekurrierte das Team im letzten Paragraphen seines Berichtes auf die Ebene des Protektorats, um die „considerable expenditures“ (ebd.: 27), die das Programm vorsah, zu rechtfertigen. Die Kosten von bis zu £100.000, verteilt auf mehrere Jahre, seien „less than two year’s revenue collected from Teso“ und „justified by the seriousness of the position“. Die letzten beiden Sätze des Berichtes halten fest: „We would mention, in conclusion, that the necessity for taking action to improve agricultural conditions in Teso is a matter of considerable urgency. If present conditions are permitted to continue Government will in all probability be faced with an ever decreasing revenue and the situation may well become so serious that the natives will have difficulty in growing adequate food supplies.“ (ebd.)

Die Zusammenfassung der Analyse des Teso-Berichts wird im nächsten Abschnitt vorgenommen, welcher der Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Arbeit dient.

6. Conclusio

Ausgehend von der Beobachtung, dass Prozesse kolonialer Entwicklung in der Historiographie von Entwicklung tendentiell unterrepräsentiert sind, war das zweite Kapitel dieser Diplomarbeit der Frage nach möglichen Gründen hierfür und dem breiteren Kontext dieser Arbeit gewidmet. Bei „Entwicklung“ handelt es sich um eines jener international wirkungsmächtigen Konzepte, die die internationalen Beziehungen bzw. die Nord-Süd-Beziehungen ordnen und hierarchisieren helfen. „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ sind keinesfalls als deskriptive, sondern vielmehr als normative Zuschreibungen zu verstehen, durch die eine mittlerweile Jahrhunderte alte Grundhaltung Europas (und später: des „Westens“) transportiert wird: die der eigenen zivilisatorischen Überlegenheit. Zwar kann die Blockkonfrontation als ein Motiv bei der Schaffung und Formung des Entwicklungsregimes angesehen werden, jedoch wird über Entwicklung(shilfe) weit mehr verhandelt, als der Blick auf die zurückliegenden 63 Jahre (seit Trumans Rede im Jahr 1949) offenbaren würde. Die Mitte des 16. Jahrhunderts geführte Debatte zwischen Las Casas und Sepúlveda diente in diesem Zusammenhang als ein Mittel, „Entwicklung“ nicht in erster Linie inhaltlich, sondern vielmehr strukturell verorten zu können – als ein während des 20. Jahrhunderts wirkungsmächtig gewordener Versuch, das größere Gut Europas bzw. des „Westens“ zu re-formieren.

Danach habe ich argumentiert, dass sich die positive Identität von Entwicklung nicht nur aus der Gegenüberstellung von Entwicklung und Unterentwicklung zu ergeben schien/scheint, sondern zudem aus der Gegenüberstellung von Kolonialismus und Entwicklung.

Im dritten Kapitel habe ich die Grundzüge kolonialer Entwicklungsansätze des British Empire bis zu den 1930er Jahren erläutert. Es zeigt sich, dass unter dem Stichwort „Entwicklung“ Fragen der finanziellen Unabhängigkeit der kolonialen Peripherien vom Zentrum verhandelt wurden. Dass die Kolonien sich finanziell selbst tragen sollten galt als gegeben, der Weg dorthin jedoch war umstritten und Debatten wurden darüber geführt, wie viel Anschubfinanzierung die Kolonien benötigen würden, um sich zu entwickeln. Die Formel des „zivilisierenden Kolonialismus“ hielt zwar von Beginn an das Versprechen bereit, nicht nur eine koloniale Ökonomie, sondern ebenfalls eine koloniale Gesellschaft aufzubauen – einen irgendwie gearteten zivilisatorischen Mehrwert bereitzustellen, der über den Anbau von cash crops hinausging. Jener soziale

Mehrwert jedoch blieb wesentlich unschärfer als sein ökonomisches Gegenstück, da er sich scheinbar automatisch aus letzterem ergeben würde. Das Ende des Ersten Weltkriegs und der Beginn des Mandatsystems des Völkerbunds verpflichteten das British Empire dem Papier nach dazu, es mit der Wohlfahrt kolonialer Völker ernster zu nehmen. Der *Colonial Development Act* aus dem Jahr 1929 brachte den Versuch zum Ausdruck, die Londoner Investitionen in die kolonialen Peripherien zu vereinheitlichen und einer einheitlicheren Logik zu unterwerfen. Es waren jedoch vor allem die wirtschaftlichen und politischen Unruhen der 1930er Jahre, die zu einer graduellen Reform kolonialstaatlicher Entwicklungsansätze führten. Der soziale Teil von Entwicklung geriet als eine politische wie wirtschaftliche Notwendigkeit verstärkt ins Blickfeld des kolonialen Establishments.

Das Protektorat Uganda folgte, wie ich im vierten Kapitel dargelegt habe, dem klassischen Werdegang einer Kolonie: auf die privatwirtschaftlichen Eroberungsfeldzüge folgten kolonialstaatliche, nach der offiziellen Annexion wurde damit begonnen, das Binnenland durch eine Eisenbahnlinie mit der Küste zu verbinden, der Baumwollanbau wurde mittels Besteuerung und der Androhung bzw. Anwendung von Gewalt forciert und die Bevölkerung dazu angehalten, die Subsistenzwirtschaft (teilweise) zugunsten der exportorientierten landwirtschaftlichen Produktion aufzugeben. Europäische SiedlerInnen traten spätestens mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wirtschaftlich wie politisch in den Hintergrund und der Kaffeeanbau verlagerte sich von den europäischen Plantagen auf die afrikanischen Äcker.

Die „afrikanische Äcker“ nahmen einen Großteil des Analysekapitels ein, da sie unter dem Stichwort der Bodenproblematik zu einem wichtigen kolonialstaatlichen Erfassungs- und Planungsprozess führten. Zunächst jedoch erweiterte ich den historischen Kontext auf die 1930er Jahre, ging auf den internationalen Druck ein, dem das British Empire während der 1930er Jahre ausgesetzt war und verdeutlichte, dass sich das Protektorat Uganda relativ zu anderen britischen Territorien trotz der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise während der 1930er Jahre in ruhigem Fahrwasser bewegte.

Aus dem allgemeinen *Colonial Development Fund* (CDF, 1929) wurden Uganda während der 1930er Jahre £24.505 für Entwicklung zur Verfügung gestellt. Diese Summe teilte sich auf in „Wireless and Meteorological Station Kampala“, „*Glossina Morsitans* eradication“, „Hydro-electric supply and investigation“ und „Agricultural and Veterinary Scholarships“ (CO 536/214/2, Nr. 5, S. 2). Der CDA 1929, als „großer

Wurf“ und als das Loslassen von der alten kolonialen Doktrin der finanziellen Selbstständigkeit der Kolonien gefeiert und verkauft, machte sich in Uganda finanziell in einem verschwindend geringen Ausmaß bemerkbar. Dies steht in einem bemerkenswerten Missverhältnis zu der Verankerung von „Entwicklung“ als einem Schlagwort in den Aktennamen ugandischer Akten im Colonial Office und als einem Schlagwort im Protektorat selbst, wo damit begonnen wurde, Komitees und ihre Berichte mit jenem Namen zu versehen und sowohl administrative Neuerungen als auch neue entwicklungsplanerische Perspektiven in dessen Namen einzuführen bzw. zu übernehmen. Rechnet man die ugandischen Staatsausgaben der 1930er Jahre anhand von Jørgensens Zahlenwerk (vgl. 1981: 347) zusammen und anhand des fixen Wechselkurses, der zwischen dem East African Shilling und dem Pfund Sterling seit den 1920er Jahren bestand (20 Shilling = 1 Pfund Sterling, vgl. Lomoro 1964: 1) in das britische Pfund um, so lässt sich der Anteil der durch den CDF zur Verfügung gestellten Mittel an den Ausgaben grob abschätzen: 0,13%. In gewisser Weise ist dies der Anteil der *Official Colonial Development Assistance*¹² (OCDA) an den Protektoratsausgaben. In Bezug auf Uganda ließe sich schwerlich argumentieren, dass es die tatsächlichen Bewegungen von Entwicklungsgeldern und die tatsächlich von britischen Steuergeldern finanzierten Entwicklungsprojekte in Uganda waren, die die Übertragung des Entwicklungskonzepts oder des Schlagworts bewerkstelligt hätten – der Anteil der OCDA an den Staatsausgaben des ugandischen Protektorats war nicht nur wie soeben angemerkt während der 1930er gering, sondern ebenfalls in den beiden darauf folgenden Jahrzehnten (vgl. Lury 1972 und Clark 1966: 27ff.). Vielleicht spielte hier schon eher die bloße Existenz des CDF eine Rolle, die, wie bereits angemerkt, dazu führte, dass sich zahlreiche Debatten zwischen dem Colonial Office und der ugandischen Protektoratsverwaltung darüber entspannen, welche Projekte und Maßnahmen in welcher Ausformulierung und Ausrichtung *potentiell* für eine Einreichung beim CDF infrage kommen würden.

Wie die ugandischen kolonialstaatlichen Ansätze der späten 1930er Jahre in den Bereichen der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Stadtplanung verdeutlichen, waren die Autoren angesichts der identifizierten Zu- und Missstände von der

¹² In Anlehnung an die Messung der „Official Development Assistance“ (ODA) des „Development Assistance Committee“ (OECD), vgl. Gomes 2006: 11

Auffassung getragen, dass es einer neuartigen kolonialstaatlichen Intervention bedürfe, um den sich abzeichnenden oder bereits bestehenden Problemen begegnen zu können.

Die scheinbar bevorstehende ökologische Krise auf dem Land schien im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Produktion in Uganda ein relativ neuer Topos des kolonialen Verwaltungsapparats zu sein, in der Stadt hingegen war der Ausgangspunkt der planerischen Bemühungen – „die Gesundheit Kampalas“ – ein alter Hut, der die Stadtplanung von Beginn an begleitet hatte. In beiden Bereichen zeichnete sich noch vor der Second Colonial Occupation und vor der Erstellung der Entwicklungspläne der 1940er Jahre ein „new imperial commitment to colonial peoples“ (Lewis 2000: 42) ab, das zwar nicht völlig neu war, aber doch neuartige Elemente enthielt.

Dazu zählte vor allem die Einsicht, dass die übergeordneten Zielsetzungen über eine verstärkte kolonialstaatliche Intervention in den Bereich der „sozialen Entwicklung“ und die Lebensweisen und „outlook“ der „natives“ zu erreichen waren. Die systematische Erfassung, Auswertung und Planung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse angesichts der ökologischen Krise schien zudem einen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauenden allgemeinen Prozess der Entwicklungsplanung loszutreten. Dies zeigte sich am markantesten in den Entwicklungsplänen der 1940er und 1950er Jahre, deren Erstellung zu einer Pflichtübung der kolonialen Peripherien wurde, um an OCDA-Gelder zu gelangen.

Kampalas Wohnungsbauprojekt aus dem Jahr 1937 veranschaulicht beispielhaft, dass kolonialstaatliche Entwicklungskonzepte auch im städtischen Bereich die Frage nach der Rolle der afrikanischen Bevölkerung im Entwicklungsprozess reformulierten. Nicht nur im Bereich der Bodenerosion bekam das Soziale einen spezifischen und teilweise neuartigen Platz zugewiesen, auch das Wohnungsbauprojekt aus dem Jahr 1937 lässt sich auf die These verdichten, dass sich ein direkter „entwicklerischer“ Zugriff auf die Zielgruppe im Sinne der „Gesundheit Kampalas“ auszahlen würde – für die Geschichte der Stadtplanung Kampalas tatsächlich ein Novum. Diesen Prozess hatte ich als einen der hierarchischen Inklusion beschrieben, welcher sich anhand der Stadtplanung besonders deutlich veranschaulichen lässt: wurden seit Anfang des Jahrhunderts Grünstreifen als innerstädtische Grenzen zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung der urbanen Segregationspolitik benutzt, sollten diese ab der zweiten Hälfte der 1930er Jahre durch ein neues sozialtechnisches Mittel flankiert werden: „slum clearing“. Gentrifizierung ist der eine Teil jenes hierarchischen Inklusionsprozesses, die

Intervention der Stadtverwaltung über die offiziellen Stadtgrenzen hinaus der notwendige andere.

Expandierte die Stadtverwaltung während der 1930er Jahre noch in jenen Teil Kampalas, der offiziell außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs lag, wurde dem Prozess der hierarchischen Inklusion nachträglich Rechnung getragen, indem während der 1940er und '50er Jahre die Stadtgrenzen nach außen verlagert wurden. Ein Teil der afrikanischen Bevölkerung Kampalas wurde mit dem Auftrag, die „Gesundheit Kampalas“ zu schützen, offiziell eingemeindet, ein Vorgang „so as to render them compliant to ‚development‘: more productive, more commensurable to expert knowledge, and more amenable to state intervention“ (Bonneuil 2000: 269), wie es Bonneuil bezüglich der landwirtschaftlichen Pilotprojekte vorgeschlagen hat. Die Ausweitung der Stadtgrenzen bedingte einerseits eine Situation, in der die betreffende Bevölkerung tatsächlich einfacher ins Blickfeld des interventionistischen Entwicklungsstaats geraten konnte, andererseits war dies ein symbolträchtiger Vorgang, da die afrikanische Bevölkerung zum ersten Mal offiziell zu einem integralen Bestandteil der Stadt erklärt wurde.

In Bezug auf die Bodenproblematik hat Hodge auf viele der in der vorangegangenen Analyse genannten Problemlagen auf einer allgemein imperialen Ebene hingewiesen (vgl. Hodge 2007: 144ff.). Der koloniale Staat Ugandas bewegte sich mit seinem Planungsprozess in diesem Zusammenhang durchaus im kolonialen Mainstream. Die Schreckensmeldungen im Zusammenhang mit der „American Dustbowl“ Mitte der 1930er Jahre erreichten auch das British Empire, und „[c]oncerns about sustainability (although the language of ‚sustainability‘ was obviously not used at this time) were seen across colonial Africa“ (Carswell 2007: 4)

Dass die „soziale Entwicklung“ der afrikanischen Bevölkerung bestimmten übergeordneten Zielen dienen sollte, gilt für die gesamte Phase kolonialer Entwicklung, doch wie zentral in diesem Zusammenhang die Entwicklung der „natives“ war, darauf wiesen bereits die Autoren der analysierten Dokumente hin. Der Beitrag der späten 1930er Jahre war es, Grundsätze zu klären, der der 1940er und 1950er Jahre sollte es werden, diese weiter auszuformulieren, zu operationalisieren und teils zur Anwendung zu bringen. Der Teso-Bericht zeigt am deutlichsten auf, wie unabdingbar es schien, sich dem „outlook“ der „natives“ zuzuwenden, um die Möglichkeit zu eröffnen, ihnen die richtigen Anbaumethoden beizubringen und ihre in „Primitivität“ verhaftete Präferenz für eine als unnötig, als *surplus*, erachtete Subsistenzwirtschaft zu beseitigen.

Ausgangspunkt für das Komitee war die bereits im Memorandum aus dem Jahr 1935 gemachte Beobachtung, dass die koloniale Exportwirtschaft und mit ihr der koloniale Staat durch die abnehmende Fruchtbarkeit der Böden an ihre „natürlichen“ Grenzen des Wachstums stoßen würden. Das Problem bestand einerseits aus technischen Aspekten: wie kommt es zu einer Abnahme der Fruchtbarkeit und zur Erosion der Böden? Welchen Einfluss hat die Zusammensetzung der Böden auf diese Vorgänge? Wie kann ihnen entgegengewirkt werden? Wie und mit welchen Pflanzen sollte der Ackerbau betrieben werden, um die Böden möglichst zu schonen? Wie können Böden „revitalisiert“ werden? Welche Pflanzenarten eignen sich besonders gut, um die Böden davor zu bewahren, ausgewaschen zu werden?

Andererseits bestand die Problemlage aus einem sozialen, die Bevölkerung betreffenden Teil: wie entwickelt sich die Bevölkerungsdichte? Warum kam es zum Zusammenbruch bewährter Praktiken zum Schutz der Böden? Wie kann die Bevölkerung dazu angehalten werden, auf den überflüssigen Teil ihres „primitiven Kapitals“, der Rinder, zu verzichten und effizientere Anbaumethoden zu übernehmen? Wie sieht das Weltbild/der „outlook“ der „natives“ eigentlich aus und wie kann es beeinflusst werden? Welcher Zusammenhang lässt sich also zwischen Lebensstandard, modernen Konsumgütern, dem „outlook“ der Bevölkerung und der Erosion der Böden herstellen? Die Problemlage schien zweifelsohne komplex zu sein und ließ durch eben jene Komplexität die Grenze zwischen der technisch beherrschbaren Natur und dem gesellschaftlichen Teil des Problems verschwimmen. Die einzelnen Teile des Problems ergaben mehr ein Kontinuum, als dass sie zwei gänzlich unterschiedlichen Bereichen zugeordnet wurden. Anders ausgedrückt waren technische und soziale Aspekte beide gleichermaßen Problem verursachend wie Teile der Lösung. Aus dieser Konstellation besteht die Rationalisierung des Sozialen. Gouverneur Charles Dundas sollte diesen Zusammenhang im Jahr 1943 folgendermaßen ausdrücken:

Progress, if it is to be fruitful, must be all along the line: Health, Education, Economic Prosperity, Administration, are but features of a whole advance and if not in right proportion one to another forward movement is like [sic] to be ragged and halting. Therefore it is most necessary to take into review the general situation in broadest outline so to gain a comprehensive picture of the aims and objects of future development. (CO 536/209/15, Nr. 18, S. 1)

An einer anderen Stelle merkte Dundas an: „It can be reasonably anticipated that given spread of education, medical services and generally speaking improved living conditions that growth may be considerable and relatively rapid and for this reason alone social and economic interests are *mutually complementary*.“ (ebd.: 3, Hervorh. DS)

Es sollte beachtet werden, dass es sich bei den Vorschlägen des Teso-Komitees um einen im Anfangsstadium befindlichen Planungsprozess handelte, zudem von einem Komitee, dessen Mitglieder zur Gänze den spezifischen „technical departments“, nicht dem allgemeinen Kader des kolonialen Verwaltungsapparats angehörten. Der Traum von einem „heilen“ Teso, den das Komitee innerhalb eines auf Kontrolle ausgerichteten und repressiver als bisher agierenden Kolonialstaats träumte, konnte nie verwirklicht werden. Einerseits kann vermutet werden, dass der Commissioner von Teso und diejenigen, die mit der Bevölkerung politisch in Kontakt standen, die Vorschläge des Komitees skeptischer einschätzten als das Komitee selbst, das mehr die „technischen“ Aspekte und weniger die politischen Implikationen ihrer Vorschläge bedachte. Andererseits handelte es sich bei dem Bericht des Teso-Komitees um eine offizielle Publikation des ugandischen Landwirtschaftsministeriums, sodass dieser nicht als eine Fußnote, vermerkt in irgendeiner Akte, abgetan werden kann.

Der „Druck des Bodens“, den die Autoren der 1930er Jahre auf ihren Schultern lasten sahen, wurde nicht nur in die 1940er und '50er weitergetragen, er verstärkte sich noch – es sollte nicht mehr länger nur die Rede von *surplus cattle* und von *surplus labour* sein, da die lokale Betrachtungsweise des Teso-Komitees in eine volkswirtschaftliche und demographische übergang und nicht mehr nur jener Teil der Bevölkerung als *surplus* erachtet wurde, der aufgrund der teilweisen Lohnarbeit dem Boden mehr schadete als nützte. Es geriet die afrikanische Bevölkerung als ganze ins Blickfeld.

Was das Themenfeld der Entwicklungsplanung angeht, hatte E. L. Scott im Jahr 1935 dazu aufgerufen, die Situation des Protektorats in 50 Jahren zu prognostizieren und hiermit einen Planungsprozess angestoßen, der auf die Erfassung der relevanten Variablen abzielte (Bevölkerungswachstum, Bewaldung, Wasser, etc.). Wie oben erwähnt, nahm auch Gouverneur Dundas eine 50-Jahres-Perspektive ein.

Der Bericht des Teso-Komitees veranschaulicht, wie jener Scott'sche Planungsprozess auf der Ebene eines Distrikts umgesetzt wurde: die landwirtschaftlichen Ertragszahlen wurden dafür benutzt, um drei Kategorien zu identifizieren, anhand derer der Distrikt in

unterschiedliche Regionen unterteilt wurde. Zahlenmaterial zu Bevölkerungswachstum und Viehpopulationen wurden statistisch zueinander in Beziehung gesetzt und bei der Diskussion besserer Anbaumethoden wurde die international vorhandene Expertise mit einbezogen. Die rechtliche Situation wurde ebenso mitbedacht wie institutionelle bzw. administrative Aspekte des Vorhabens. Im Rahmen des damals Möglichen handelte es sich hierbei um einen holistischen Planungsansatz, der in einer übersichtlichen Zusammenfassung der relevantesten Ergebnisse des Komitees mündete.

Das Dokument „Town Planning and Urban Development“ aus dem Jahr 1937 kann problemlos durch die Brille heutzutage gängiger EZA-Begrifflichkeiten verstanden werden und kommt, auf diese Art und Weise gesehen, rezenten Projektdesigns sehr nahe.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Autoren der analysierten Dokumente aus den 1930er Jahren im Zusammenhang mit „Entwicklung“ bemerkenswerte Konzepte vorlegten, die zwischen Expansion und Konservierung, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung sowie dem (Wohnungs)Markt und dem kolonialen Staat als Akteur jener Entwicklung schwankten. Hierbei schwang die Auffassung mit, dass jene Maßnahmen „will introduce an important section of the population to better living conditions. This will no doubt influence the social progress of the less enlightened sections“ (CO 536/191/6: Annexure B).

7. Quellenverzeichnis

7.1 Primärquellen

Die nachfolgende Liste enthält die in der Arbeit zitierten Dokumente aus dem Nationalarchiv in Kew, London. Da die Dokumente ausschließlich aus jenem Archiv stammen, wird an dieser Stelle darauf verzichtet, ihren Ort anzugeben. Das eigentlich obligatorische „TNA (PRO)“ – „The National Archives (Public Records Office) –, das der Signatur normalerweise vorangestellt wird, wurde wegen seines geringen Informationsgehalts weggelassen.

Die einzelnen Einträge der Liste beginnen mit der vom Nationalarchiv erstellten Signatur der jeweiligen Akte. „CO“ steht hierbei für Colonial Office und „536“ für die Korrespondenz des Colonial Office mit Uganda. Im Jahr 1951 wurde die Uganda-Korrespondenz der Ostafrika-Korrespondenz untergeordnet, sodass die Signaturen der Akten aus den Jahren 1951-64 mit „CO 822“ beginnen. Die jeweils nachfolgenden Zahlen in der Signatur bilden die Uganda-Korrespondenz chronologisch ab. Nach der Signatur ist das Jahr bzw. sind die Jahre angegeben, in welchen die in den Akten enthaltenen Dokumente entstanden sind; nach dem Doppelpunkt folgt der Titel der Akten. Die einzelnen Dokumente innerhalb einer Akte wurden von den Kolonialbeamten chronologisch und nach Themen sortiert abgelegt und durchnummeriert. Die Nummern der einzelnen Dokumente wurden separat am Anfang einer jeden Akte in den sogenannten „Minutes“ aufgeführt. Die Minutes fungierten somit einerseits als ein Inhaltsverzeichnis der jeweiligen Akte, wurden andererseits jedoch als ein Informations- und Diskussionsforum für die Beamten des Colonial Office genutzt.

Einzelne Dokumente aus Akten, auf die ich im Text verwiesen habe, werden (inklusive der Nummer, mit der sie innerhalb der Akte geführt werden) hier ebenfalls aufgeführt.

Für –

- „Memo 1935“ siehe CO 536/186/11, Nr. 1
- „Despatch 250“ siehe CO 536/187/9, Nr. 1

CO 536: Colonial Office: Uganda Original Correspondence (1905-1951)

CO 536/142/2 (1926): Electric power: Ripon Falls development scheme

CO 536/143/6 (1926): Kampala water supply: proposals and recommendations regarding introduction of water supply system; includes copies of typed reports of water examinations carried out during 1926

CO 536/149/6 (1928): Transport: road rail system in Uganda

CO 536/152/8 (1929): Road transport: communications between Uganda and Sudan

CO 536/161/3 (1930): Colonial Development Fund: proposed schemes; purposes and opportunities offered by the fund

CO 536/164/4 (1931): Transport: Jinja-Kampala railway extension

CO 536/172/15 (1931/32): Road construction and maintenance: possible purchase by Ugandan and Kenyan governments of road-making machinery and road-graders from American and British companies; includes printed copy of company catalogue *High-Speed Road Making* from J & F Howard Ltd of Bedford

CO 536/173/1 (1932): Colonial Development Fund schemes: progress reports; installation of wireless and meteorological station at Kololo Hill, Kampala; anti-tsetse measures; geophysical investigation of oil resources of Lake Albert Basin; With maps

CO 536/175/2 (1932/33): Road transport: proposed establishment of a road board for Uganda; views of Uganda Chamber of Commerce; includes copies of earlier correspondence

CO 536/176/15 (1933): Colonial Development Fund schemes: progress reports; anti-tsetse measures; geophysical investigation of oil resources of Lake Albert Basin; With maps

CO 536/181/8 (1934/35): Colonial Development Fund schemes: quarterly progress reports; annual audited statements of accounts

CO 536/184/7 (1935): Loan Expenditure – 1935 Programme

- Nr. 1: Brief von Gouverneur Bourdillon an Kolonialminister Malcom MacDonald, 19.07.1935

CO 536/184/10 (1935): Development: Water Supply, Kampala

CO 536/184/11 (1935): Development – Road Construction

- Nr. 3: Brief von Malcom MacDonald an Gouverneur Mitchell, 08.10.1935

CO 536/186/11 (1935): Agricultural Survey

- Nr. 1: „Memorandum for the Instruction and Guidance of the Agricultural Survey Committee“ („Memo 1935“)

CO 536/187/9 (1936): Development Programme. Report of Committee

- Nr. 1: Brief von Gouverneur Mitchell an Kolonialminister Ormsby-Gore, 28.08.1938 („Despatch 250“)
- Nr. 1a: vierseitiges Memorandum des Kolonialbeamten S. Evans (undatiert und ohne Titel)

CO 536/191/6 (1937): Development Programme

- Nr. 3: Brief von Gouverneur Mitchell an Kolonialminister Ormsby-Gore, 15.10.1937.
 - o „Annexure B“: „Town Planning and Urban Development“
- Nr. 9: „Report of the Teso Informal Committee, with Appendices“ [26.11.1935]; „Interim Report of the Agricultural Survey Committee“

CO 536/205/4 (1939/41): Development: reconstruction of main roads

CO 536/209/15 (1941-43): Development and Welfare Schemes

- Nr. 18: „Memorandum on post-war development in Uganda“

CO 536/214/2 (1944): Development and welfare schemes

- Nr. 5: „An Outline of Post-War Development Proposals as submitted to the Development and Welfare Committee for Consideration“
- Nr. 11: „Joint Report of the Standing Finance Committee and the Development and Welfare Committee on Post-War Development“

CO 536/218/3 (19478-49): Development & Welfare Schemes. Revision of : –

- Nr. 4: „A Development Plan for Uganda. 1948 Revision“
- Nr. 5: „A Development Plan for Uganda by E. B. Worthington. With a Foreword by His Excellency The Governor of Uganda. Uganda Protectorate.“

CO 822: Colonial Office: East Africa: Original Correspondence (1927-1964)

CO 822/1018 (1954-55): Arrangements for development finance in Uganda

- Nr. 24: „A Five-Year Capital Development Plan 1955-1960. The Report of the Agricultural Productivity Committee, published separately, is a

Supplement to this Report. Uganda Protectorate. Published by
Authority.“

IBRD [International Bank for Reconstruction and Development] (1962): The economic development of Uganda : [report of a mission organized by the International Bank for Reconstruction and Development at the request of the Government of Uganda]. Baltimore: Hopkins.

7.2 Sekundärliteratur

- Abbott, George C. (1971): A Re-Examination of the 1929 Colonial Development Act. In: *The Economic History Review*, Jg. 24, H. 1, S. 68–81.
- Bernstein, Henry (2005): Development Studies and the Marxists. In: Kothari, Uma (Hg.): *A radical history of development studies. Individuals, institutions and ideologies.* Cape Town; London; New York: David Philip; Zed Books, S. 111–137.
- Bhabha, Homi K. (2000): *Die Verortung der Kultur.* Tübingen: Stauffenberg.
- Biccup, April R. (2009): Theorising Continuities between Empire & Development. Toward a New Theory of History. In: Duffield, Mark; Hewitt, Vernon (Hg.): *Empire, development & colonialism. The past in the present.* Woodbridge, Suffolk: James Currey, S. 146–160.
- Bockhorn, Olaf; Grau, Ingeborg; Schicho, Walter (Hg.) (1998): *Wie aus Bauern Arbeiter wurden. Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt.* Wien; Frankfurt a. M.: Südwind; Brandes & Apsel (*Historische Sozialkunde*, 13).
- Bonneuil, Christophe (2000): Development as Experiment: Science and State Building in Late Colonial and Postcolonial Africa, 1930-1970. In: *Osiris*, Jg. 15, S. 258–281.
- Bowles, B. D. (1975): Economic Anti-Colonialism and British Reaction in Uganda, 1936-1955. In: *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines*, Jg. 9, H. 1, S. 51–60.
- Carswell, Grace (2007): *Cultivating success in Uganda. Kigezi farmers & colonial policies.* Oxford: Currey [u.a.] (*Eastern African studies*).
- Clark, Ralph (1966): *Aid in Uganda - Programmes and Policies.* Unter Mitarbeit von Tom Soper und Peter Williams. The Overseas Development Institute Ltd. London.
- Coleman, Gilroy (1987): Logical framework approach to the monitoring and evaluation of agricultural and rural development projects. In: *Project Appraisal*, Jg. 2, H. 4, S. 251–259.
- Constantine, Stephen (1984): *The making of British colonial development policy, 1914-1940.* London [u.a.]: Cass.

- Cooke, Bill (2003): A New Continuity with Colonial Administration: Participation in Development Management. In: *Third World Quarterly*, Jg. 24, H. 1, S. 47–61.
- Cooper, Frederick (2010): Writing the History of Development. In: *Journal of Modern European History*, Jg. 8, H. 1, S. 5–23.
- Cornwall, Andrea; Brock, Karen (2005): What do Buzzwords do for Development Policy? A critical look at ‘participation’, ‘empowerment’ and ‘poverty reduction’. In: *Third World Quarterly*, Jg. 26, H. 7, S. 1043–1060.
- Cowen, M. P.; Shenton, R. W. (1996): *Doctrines of development*. London: Routledge.
- Cullather, Nick (2000): Development? It's History. Research Note. In: *Diplomatic History*, Jg. 24, H. 2, S. 641–653.
- Dale, Reidar (2003): The Logical Framework: An Easy Escape, a Straitjacket, or a Useful Planning Tool? In: *Development in Practice*, Jg. 13, H. 1, S. 57–70.
- DuBois, Marc (1991): The Governance of the Third World. A Foucauldian Perspective on Power Relations in Development. In: *Alternatives*, Jg. 16, H. 1, S. 1–30.
- Eckert, Andreas (2004): Regulating the Social: Social Security, Social Welfare and the State in Late Colonial Tanzania. In: *The Journal of African History*, Jg. 45, H. 3, S. 467–489.
- Ellis, Stephen (2002): Writing Histories of Contemporary Africa. In: *The Journal of African History*, Jg. 43, H. 1, S. 1–26.
- Ferguson, James (1994): *The Anti-Politics Machine. ‘Development’, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.
- Ferguson, James (1997): Development and bureaucratic power in Lesotho. In: Rahnema, Majid (Hg.): *The post-development reader*. London: Zed Books [u.a.], S. 223–233.
- Forward, Alan (1999): „You have been allocated Uganda“. Letters from a district officer. Poyntington, Dorset: Poyntington.
- Gartrell, Beverly (1983): British Administrators, Colonial Chiefs, and the Comfort of Tradition: An Example from Uganda. In: *African Studies Review*, Jg. 26, H. 1, S. 1–24.
- Gomes, Bea Abreu Fialho de (2006): Geber-Empfänger-Beziehungen: Partnerschaften und Hierarchien. In: Gomes, Bea Abreu Fialho de; Maral-Hanak, Irmi; Schicho, Walter (Hg.): *Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen*. Wien: Mandelbaum, S. 11–24.

- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument (Argument-Sonderband).
- Hanson, Holly Elisabeth (2010): Indigenous Adaptation: Uganda's Village Schools, ca. 1880-1937. In: *Comparative Education Review*, Jg. 54, H. 2, S. 155–174.
- Havinden, Michael; Meredith, David (1993): Colonialism and development. Britain and its tropical colonies, 1850 - 1960. London [u.a.]: Routledge.
- Hetherington, Penelope (1978): British paternalism and Africa. 1920 - 1940. London: Frank Cass.
- Hodge, Joseph Morgan (2007): Triumph of the expert : agrarian doctrines of development and the legacies of British colonialism. Athens: Ohio University Press (Ohio University Press series in ecology and history).
- Hodge, Joseph Morgan (2010): British Colonial Expertise, Post-Colonial Careerism and the Early History of International Development. In: *Journal of Modern European History*, Jg. 8, H. 1, S. 24–46.
- Hödl, Gerald; Kopf, Martina; Schicho, Walter (2009): Research Proposal. Colonial Concepts of Development in Africa. A Comparative Study of British and French Policies and Discourses, 1920-1960. Online verfügbar unter <http://www.univie.ac.at/colonial-development/images/Proposal.pdf>, zuletzt geprüft am 21.06.2012.
- Hogendorn, J. S.; Scott, K. M. (1981): The East-African Groundnut Scheme. Lessons of a large-scale agricultural failure. In: *African Economic History*, H. 10, S. 81–115.
- Home, R. K. (1997): Of planting and planning : the making of British colonial cities. London [u.a.]: E. & F. N. Spon (Studies in history, planning and the environment, 20).
- Hoppe, Kirk Arden (1997): Lords of the Fly: Colonial Visions and Revisions of African Sleeping-Sickness Environments on Ugandan Lake Victoria, 1906-61. In: *Journal of the International African Institute*, Jg. 67, H. 1, S. 86–105.
- Hougham, David (1981): The Spatial Components of Anglo-African Development Plans, 1943-1956. In: *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines*, Jg. 15, H. 3, S. 527–538.
- Jamal, Vali (1978): Taxation and Inequality in Uganda, 1900-1964. In: *The Journal of Economic History*, Jg. 38, H. 2, S. 418–438.

- Jepma, Catrinus J. (1991): *The Tying of Aid*. Development Centre of the OECD. Paris. (Development Centre Studies). Online verfügbar unter <http://www.oecd.org/dataoecd/16/56/29412505.pdf>, zuletzt geprüft am 19.05.2012.
- Jørgensen, Jan Jelmert (1981): *Uganda. A modern history*. London: Croom Helm.
- Kakembo, Patrick Ntambi (1995 [1989]): *Colonial office policy and the origins of decolonisation in Uganda, 1940-1956*. Dalhousie Univ., Diss.--Halifax, 1989. Ann Arbor, Mich.: UMI Dissertation Services.
- Karugire, Samwiri Rubaraza (1980): *A political history of Uganda*. Nairobi: Heinemann.
- Kirk-Greene, A. H. M. (1980): *The Thin White Line: The Size of the British Colonial Service in Africa*. In: *African Affairs*, Jg. 79, H. 314, S. 25–44.
- Kothari, Uma (2005): *From colonial administration to development studies: a postcolonial critique of the history of development studies*. In: Kothari, Uma (Hg.): *A radical history of development studies. Individuals, institutions and ideologies*. Cape Town; London; New York: David Philip; Zed Books, S. 47–66.
- Lewis, J. E. (2000): *'Tropical East Ends' and the Second World War: Some Contradictions in Colonial Office Welfare Initiatives*. In: *The Journal of Imperial and Commonwealth History*, Jg. 28, H. 2, S. 42–66.
- Leys, Colin (2005): *The Rise and Fall of Development Theory*. In: Edelman, Marc; Haugerud, Angelique (Hg.): *The anthropology of development and globalization. From classical political economy to contemporary neoliberalism*. Malden, Mass.: Blackwell Publ. (Blackwell anthologies in social and cultural anthropology, 5), S. 109–125.
- Lomoro, G.M. (1964): *The East African Currency Board. Background and Current Problems*. Herausgegeben vom Economic Development Research Project. Makerere Institute of Social Research. Kampala. (EDRP Working Paper, 22). Online verfügbar unter <http://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/bitstream/handle/123456789/1607/EDRP22-327400.pdf?sequence=3>, zuletzt geprüft am 27.05.2012.
- Louis, William Roger (1999): *Introduction*. In: Brown, Judith M.; Louis, William Roger (Hg.): *The Oxford History of the British Empire*. Oxford; New York: Oxford University Press (Vol. 4: *The Twentieth Century*), S. 1–46.

- Low, Donald Anthony (1971): Buganda in modern history. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Low, Donald A.; Smith, Alison (Hg.): History of East Africa. Volume Three. Oxford: Clarendon Press, S. 212–250.
- Lury, D. A. (1976): Dayspring Mishandled? The Uganda Economy 1945-1960. In: Mamdani, Mahmood (1976): Politics and Class Formation in Uganda. London [u.a.]: Heinemann.
- Marshall, Peter (1999): The British experience of imperial rule. In: Smith, John (Hg.): Administering empire. The British colonial service in retrospect ; proceedings of a conference jointly sponsored by the University of London and the Corona Club held at the Senate House on 27th and 28th May 1999. London: Univ. of London Press, S. 1–18.
- Melber, Henning (1992): Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Morris, H. F. (1972): Sir Philip Mitchell and 'Protected Rule' in Buganda. In: The Journal of African History, Jg. 13, H. 2, S. 305–323.
- Nederveen Pieterse, Jan (2004): Globalization and culture. Global mélange. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield (Globalization).
- Neumann, Roderick P. (2002): The Postwar Conservation Boom in British Colonial Africa. In: Environmental History, Jg. 7, H. 1, S. 22–47.
- Nuscheler, Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Vollständig überarbeitete und aktualisierte Neuauflage eines Standardwerkes. 6., unveränd. Aufl. Bonn: Dietz.
- Omolo-Okalebo, Fredrick (2011): Evolution of Town Planning Ideas, Plans and their Implementation in Kampala City 1903-2004. Doctoral Thesis in Infrastructure, Planning and Implementation. Kampala und Stockholm. Makerere University (School of Built Environment) und Royal Institute of Technology (School of Architecture and the Built Environment).
- Omolo-Okalebo, Fredrick; Haas, Tigran; Werner, Inga Britt; Sengendo, Hannington (2010): Planning of Kampala City 1903-1962: The Planning Ideas, Values, and Their Physical Expression. In: Journal of Planning History, Jg. 9, H. 3, S. 151–169.

- Osterhammel, Jürgen (2006): Kolonialismus. Geschichte - Formen - Folgen. München: Beck.
- Pearce, Robert D. (1982): The turning point in Africa. British colonial policy, 1938-48. London: Cass.
- Rappard, W. E. (1925): The Practical Working of the Mandates System. In: Journal of the British Institute of International Affairs, Jg. 4, H. 5, S. 205–226.
- Rist, Gilbert (2008): The history of development. From Western origins to global faith. 3. Aufl. London: Zed Books.
- Sachs, Wolfgang (1992): Introduction. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power. London: Zed Books, S. 1–5.
- Schicho, Walter (1998): Die Bergbaugebiete Katangas 1900-1980. Koloniale Verwaltung, koloniale Wirtschaft und Mission machen aus Bauern Arbeiter. In: Bockhorn, Olaf; Grau, Ingeborg; Schicho, Walter (Hg.): Wie aus Bauern Arbeiter wurden. Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt. Wien; Frankfurt a. M.: Südwind; Brandes & Apsel (Historische Sozialkunde, 13), S. 127–152.
- Scott, James C. (1998): Seeing like a state. How certain schemes to improve the human condition have failed. New Haven: Yale University Press (Yale ISPS series).
- Simonis, Georg; Elbers, Helmut (2003): Stuidum und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft. Lehrbuch. Opladen: Leske und Budrich.
- Summers, Carol (1991): Intimate Colonialism: The Imperial Production of Reproduction in Uganda, 1907-1925. In: Signs, Jg. 16, H. 4, S. 787–807.
- Thompson, Gardner (1999): Governing Uganda - the Second World War and its aftermath. In: Smith, John (Hg.): Administering empire. The British colonial service in retrospect ; proceedings of a conference jointly sponsored by the University of London and the Corona Club held at the Senate House on 27th and 28th May 1999. London: Univ. of London Press, S. 129–148.
- United Nations (1987): Report of the World Commission on Environment and Development. "Our Common Future". Unter Mitarbeit von Gro Harlem Brundtland. (Official Records of the General Assembly, Forty-second Session, Supplement No. 25). Online verfügbar unter http://www.unric.org/html/german/entwicklung/rio5/brundtland/A_42_427.pdf, zuletzt geprüft am 30.06.2008.

- Wallerstein, Immanuel (1988): Development: Lodestar or Illusion? In: Economic and Political Weekly, Jg. 23, H. 39, S. 2017–2023.
- Wallerstein, Immanuel Maurice (1982): The colonial era in Africa: Changes in the social structure. In: Gann, Lewis H.; Duignan, Peter (Hg.): The History and politics of colonialism, 1914-1960. London: Cambridge Univ. Press (Colonialism in Africa, 1870-1960 ; 2), S. 399–421.
- Wallerstein, Immanuel Maurice (2007): Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus. Deutsche Erstausgabe. Berlin: Wagenbach.
- Wicker, E. R. (1955): The Colonial Development Corporation (1948-54). In: The Review of Economic Studies, Jg. 23, H. 3, S. 213–228.
- Wiggins, Steve; Shields, Dermot (1995): Clarifying the 'logical framework' as a tool for planning and managing development projects. In: Project Appraisal, Jg. 10, H. 1, S. 2–12.
- Wrigley, C. C. (1957): Buganda: An Outline Economic History. In: The Economic History Review, Jg. 10, H. 1, S. 69–80.
- Youé, Christopher P. (1978): Peasants, Planters and Cotton Capitalists: The "Dual Economy" in Colonial Uganda. In: Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines, Jg. 12, H. 2, S. 163–184.
- Ziai, Aram (2007): Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zwanenberg, Roger Maurice Arthur van; King, Anne (1977): An economic history of Kenya and Uganda 1800-1970. London: Macmillan.

8. Anhang

8.1 Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit leistet unter Verwendung von Primärquellen aus dem Nationalarchiv in London mit ihrer Fallstudie zu britisch-kolonialen Entwicklungskonzepten im Uganda der 1930er Jahre einen Beitrag zur Historiographie von Entwicklung. Sie schließt hiermit an bereits bestehende Analysen von AutorInnen an, die eine dynamischere Sicht auf jene Geschichte einfordern, konzentriert sich jedoch bei der Analyse kolonialstaatlicher Entwicklungskonzepte auf eine relativ kurze und frühe Phase kolonialer Entwicklung: die zweite Hälfte der 1930er Jahre. Der historische Kontext – britische Entwicklungskonzepte und -ansätze ab ca. 1900 und die Kolonialgeschichte Ugandas – trägt vor dem Hintergrund der Beschäftigung mit Entwicklungs- und kolonialen Diskursen zu einer hermeneutischen Auswertung des Datenmaterials bei. Thematisch im Vordergrund stehen aufgrund der inhaltlichen Gewichtung in den Dokumenten selbst die beiden Themenbereiche der Landwirtschaft und der Stadtplanung Kampalas. Durch die Analyse der Dokumente wird ersichtlich, dass bereits während der 1930er Jahre Ansätze formuliert wurden, die deutlicher noch während der 1940er Jahre in den Konzepte kolonialer Entwicklung an Bedeutung gewannen. Gesellschaftliche bzw. soziale Aspekte von Entwicklung wurden bereits während der 1930er Jahre als unerlässlich und instrumentell erachtet. Darüber hinaus begannen die Autoren, eine mitunter auf 50 Jahre ausgelegte systematischere Entwicklungsplanung unter Rückgriff auf die genaue Erfassung und Auswertung der als relevant erachteten Entwicklungsparameter zu etablieren. Vor dem Hintergrund eines scheinbar drohenden ökologischen und wirtschaftlichen Kollapses wurden desweiteren teils repressive Ansätze „nachhaltiger Entwicklung“ formuliert.

Insgesamt stellt die Studie eine Phase kolonialer Herrschaft zur Debatte, die von einer Rekonfiguration der Rolle des kolonialen Staats und des Sozialen im (primär ökonomisch verstandenen) Entwicklungsprozess geprägt war und als frühes Anzeichen des (post-) kolonialen Entwicklungstaats verstanden werden kann.

8.2 *Summary*

Based on empirical data obtained in the National Archives in London, this diploma thesis analyses concepts of colonial development in Uganda during the 1930s and thereby aims at contributing to the historiography of development. The thesis is embedded in relevant literature in this field and tries to pave the way for a more dynamic and diverse understanding of this historiography. With the second half of the 1930s as the selected timeframe, it focuses on a rather short and early phase of colonial development. The historical context that lays the ground for the subsequent analysis consists of British colonial development policies in general and the colonial history of Uganda. In relation to the author's background regarding development and colonial discourses, these contexts contribute to a hermeneutic appraisal of the documents. Agriculture and urban planning (of Kampala) are the themes that emanated from the documents and, therefore, constitute the dominant issues in the analysis.

As early as during the latter half of the 1930s, traces of concepts of development implemented in later decades can be identified. In this context, social and welfare aspects of development were given a prominent yet subordinate role by the colonial government and regarded as instrumental in the 'development' of the territory. A more systematic way of planning a sound and 'sustainable' development emerged, which relied on a thorough collection of data allegedly relevant to 'development'. In the face of an assumed ecological and, therefore, also economic crisis, the authors of some documents showed their will to experiment and to control the population more closely.

In conclusion, then, a phase of colonial rule is being discussed that anticipated a reconfiguration of the colonial state's role in 'development' as well as it exemplified an altered part for 'social development' within the broader framework of 'economic development' which can be interpreted as an early approach to the (post) colonial developmental state.

8.3 Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: David Schlauß
geboren: Oktober 1984
Geburtsort: Kirchheimbolanden (D)
Kontakt: david.schlauss@univie.ac.at

Bildungsweg:

1991-2004 Freie Waldorschule, Lübeck
2005 „Anderer Dienst im Ausland“ (Kankobe, Uganda)
2006-2011 Studium an der Universität Wien
(Internationale Entwicklung und Volkswirtschaftslehre)
2011-2012 Diplom (Internationale Entwicklung)

Sprachen:

Deutsch, Englisch, Französisch